



# Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt  
für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen

**10**  
Oktober 1992





# Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

44. Jahrgang · Oktober 1992

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:  
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn  
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:  
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,  
Postfach 10 11 05, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1  
Fernruf: (02 11) 94 49-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe gestattet

**Bestell-Nr. Z 01 1 9210**





# Inhalt

---

<b>Finanzen</b>	Besteuerung der Arbeitnehmer Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1989	503
<b>Geld und Kredit</b>	Finanzielle Auswirkungen der Insolvenzen 1985 bis 1990	508
<b>Preise</b>	Preisindex für die Lebenshaltung im September 1992	507
	Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im August 1992	536
<b>Handwerk</b>	Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1991	511
	Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im II. Quartal 1992	512
<b>Bevölkerung</b>	Bevölkerung am 31. Dezember 1991	512
<b>Rechtspflege</b>	Die Strafverfolgung 1991	513
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Industrieproduktion im August 1992	535
	Auftragseingänge der Industrie im August 1992	535
	Bauproduktion im August 1992	536
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	Lieferungen in die neuen Bundes- länder im ersten Halbjahr 1992	536
	Übernachtungen im Fremdenverkehr Januar bis Juli 1992	536
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 1992	535
	Tabellenteil	539
	Zahlenspiegel	552



### **Zeichenerklärung**

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- ( ) Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

## Besteuerung der Arbeitnehmer

### Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1989

Gemäß dem im Gesetz über Steuerstatistiken vorgeschriebenen dreijährigen Turnus war das Jahr 1989 wiederum Erhebungsjahr für die Steuern vom Einkommen. Frühzeitiger als es nach dem Gang der Veranlagungsarbeiten in der Finanzverwaltung und der Aufbereitung in den statistischen Landesämtern für die Einkommen- und Körperschaftsteuer möglich ist, liegen nunmehr vorab die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik vor.

In der Lohnsteuerstatistik wird jeder Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen erfaßt, für den auf der Lohnsteuerkarte ein Bruttolohn ausgewiesen ist. Arbeitnehmer im Sinne der Lohnsteuerdurchführungsverordnung sind alle Personen, die im öffentlichen oder privaten Dienst tätig sind oder waren und aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Auch die Rechtsnachfolger dieser Personen sind Arbeitnehmer, soweit sie Zahlungen aus dem früheren Dienstverhältnis ihres Rechtsvorgängers erhalten.

#### Zunahme der Veranlagungsfälle

Für eine weitgehend vollzählige Erfassung waren bei der als Sekundärstatistik durchgeführten Erhebung mehrere Materialteile aufzubereiten. Als Erhebungsunterlagen dienten bei maschinell durchgeführtem Lohnsteuerjahresausgleich und bei maschinell vorgenommenen Arbeitnehmerveranlagungen die von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten maschinellen Datenträger des dortigen Verwaltungsvollzugs, deren Inhalt auf die für die Einkommen- und Lohnsteuerstatistik erforderlichen Angaben beschränkt war.

Die in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Umschichtung von den Fällen mit einem Lohnsteuerjahresausgleich hin zu den Arbeitnehmerveranlagungen setzte sich auch 1989 fort. Rund sechs Zehntel (1986: 52 %) der Arbeitnehmer wurden zur Einkommensteuer veranlagt. Der Anteil der Lohnsteuerjahresausgleichsfälle betrug dagegen nur noch 29,9 (1986: 37,3) %.

Für Lohnsteuerpflichtige, die nicht zur Einkommensteuer zu veranlagten waren und keinen Antrag auf einen Lohnsteuerjahresausgleich gestellt hatten (10,1 %), standen Lohnsteuerkarten für die Auswertung zur Verfügung. Eine gewisse Untererfassung, insbesondere der Fälle ohne einen Jahresausgleich, ist dabei nicht ganz auszuschließen, da davon ausgegangen werden muß, daß trotz Vorliegen eines lohnsteuerpflichtigen Tatbestandes und der Vorschrift, die Lohnsteuerkarten beim Finanzamt einzureichen, nicht restlos alle Belege vom Arbeitgeber/Steuerpflichtigen auch abgegeben wurden. Zudem fehlen in der Lohnsteuerstatistik gänzlich die Pauschal-Besteuerten, für die – in der Regel – wegen eines geringen Umfangs der Beschäftigung und eines geringen Arbeitslohns vom Arbeitgeber keine Lohnsteuerbescheinigungen auszustellen waren.

Im Jahre 1986 haben in Nordrhein-Westfalen 5 639 156 Lohnsteuerpflichtige einen Bruttolohn von insgesamt 248,4 Mrd. DM bezogen, wofür 40,8 Mrd. DM an Lohnsteuer zu entrichten waren<sup>1</sup>.

1) Zum Zwecke einer bruttolohnbezogenen Auswertung werden zunächst nur Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit betrachtet. Demzufolge wurde bei der nachgewiesenen Lohnsteuer für Arbeitnehmer mit Einkünften ausschließlich aus nichtselbständiger Arbeit, die nach Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs oder der Einkommensteuerveranlagung sich ergebende Jahreslohn- bzw. festgesetzte Einkommensteuer eingezahlt – für veranlagte Arbeitnehmer mit auch anderen Einkünften, wurde dagegen die im Quellenabzug einbehaltene Lohnsteuer erfaßt.

Der in der Statistik ausgewiesene Bruttolohn ist weit gefaßt und umfaßt alle Einnahmen, die einem Arbeitnehmer oder seinem Rechtsnachfolger aus einem bestehenden bzw. aus einem früheren Dienstverhältnis zufließen, also im wesentlichen Löhne und Gehälter sowie Pensionen und betriebliche Renten<sup>2</sup>. Von der für 1989 ausgewiesenen Bruttolohnsumme entfielen z. B. 4,5 % auf Versorgungsbezüge. Auch Provisionen, Gratifikationen und sonstige Lohnzuschläge sowie Entschädigungen für Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen – um nur einige zu nennen – gehören der Lohnsteuerdurchführungsverordnung zufolge zum Bruttolohn, ebenso wie beispielsweise die tarifvertraglichen Leistungen für die Vermögensbildung. Vermögenswirksame Leistungen waren insgesamt in über 4,4 Mill. Fällen angelegt. Ihre Beträge summierten sich auf rund 2,8 Mrd. DM, das waren 1,1 % der Bruttolohnsumme. Hinzuzufügen ist außerdem, daß im statistischen Nachweis nicht nach dem Beschäftigungsumfang, also der Voll- oder Teilzeitarbeit, differenziert wird und daß Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn, deren Steuerkarten zusammengeführt wurden, in der Statistik als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen werden.

#### 44 041 DM Durchschnittsbruttolohn

Entsprechend weit gefächert stellte sich die Bruttolohnverteilung dar. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug 44 041 DM und lag um 11,5 % über dem des Jahres 1986 (39 509 DM). Aus der differenzierten Größenklas-

2) Dagegen zählen Sozialversicherungsleistungen nicht zum Arbeitslohn, da sie ganz oder teilweise auf früheren Beitragsleistungen des Bezugsberechtigten oder seines Rechtsvorgängers beruhen. Hier sind insbesondere die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu nennen. Sie sind mit ihrem sog. Ertragsanteil den sonstigen Einkünften (§ 22 EStG) zuzurechnen.

sengliederung ist ein gesunkener Anteil an Steuerpflichtigen bis zu einem Bruttolohn von 40 000 DM ersichtlich. Der relativ stark besetzte Bereich mit einem Bruttolohn bis 15 000 DM erklärt sich dabei im wesentlichen durch die hier erfaßten Teilzeitbeschäftigten, Aushilfskräfte sowie Arbeitnehmer, die nicht das ganze Jahr über beschäftigt waren, wie z. B. Berufsanfänger und zeitweilig Arbeitslose. So wurden in dieser Gruppe in 10,4 % der Fälle zusätzlich zum Bruttolohn Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Arbeitslosenhilfe) bezogen. Diese Leistungen sind zwar steuerfrei, werden jedoch bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt<sup>3)</sup>. Die der betrachteten Größenklasse zuzurechnenden Bruttolöhne und die darauf entfallenden Lohnsteuerbeträge waren anteilmäßig gering (3,0 % der gesamten Bruttolohnsumme, 0,4 % der Lohnsteuer-summe). Der Anteil der nicht mit Lohnsteuer Belasteten war in dieser Gruppe entsprechend hoch (35,8 gegenüber 9,7 % im Durchschnitt aller Steuerpflichtigen)<sup>4)</sup>.

Lohnsteuerpflichtige 1986 und 1989 nach Bruttolohngruppen		
Bruttolohngruppe von ... bis unter ... DM	Lohnsteuerpflichtige	
	1986	1989
	%	
unter 15 000 DM	24,1	22,4
15 000 – 30 000 DM	15,8	13,7
30 000 – 40 000 DM	16,6	14,2
40 000 – 50 000 DM	14,3	14,9
50 000 – 60 000 DM	9,4	9,9
60 000 – 70 000 DM	6,8	7,5
70 000 – 80 000 DM	4,7	5,5
80 000 – 90 000 DM	2,8	3,7
90 000 – 100 000 DM	1,8	2,5
100 000 – 150 000 DM	2,9	4,4
150 000 und mehr DM	0,8	1,3

Die Besetzungszahlen in den Größenklassen mit einem Bruttolohn von 40 000 DM aufwärts verzeichneten durchweg Anteilszuwächse. Auf die rd. 49,7 % Steuerpflichtigen dieses Bereiches entfielen 78,6 % der Bruttolohnsumme und 87,1 % der Lohnsteuer-summe.

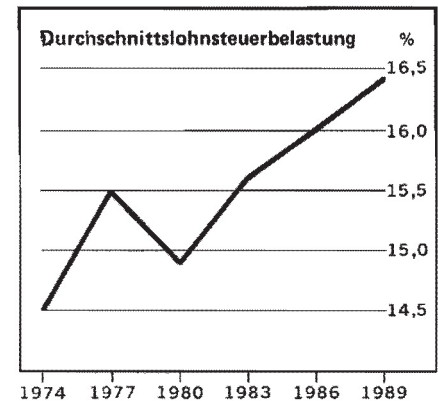
### Gestiegene Lohnsteuerbelastung

Wie sich die Wachstumsraten von Bruttolohn und Lohnsteuer entwickelt haben, zeigt die nachstehende Tabelle. Dabei wurden die Gesamtzuwächse im Dreijahreszeitraum auf eine durchschnittliche Jahresrate umgerechnet. Nachdem sich zwischen 1977 und 1980 für die Lohnsteuer vorübergehend eine hinter dem Bruttolohn zurückbleibende Steigerungsrate ergeben hatte, hat sich die „Steuersche-re“ nach 1980 wieder geöffnet.

Wachstumsraten von Bruttolohn und Lohnsteuer je Steuerpflichtigen 1974 – 1989					
Merkmal	Durchschnittliche jährliche Veränderung im Zeitraum ... in %				
	1974 – 1977	1977 – 1980	1980 – 1983	1983 – 1986	1986 – 1989
Bruttolohn je Steuerpflichtigen	6,7	5,8	3,1	2,7	3,7
Lohnsteuer je Steuerpflichtigen	9,0	4,6	4,6	3,7	4,5

Eine Zunahme der durchschnittlichen Lohnsteuerbelastung auf 16,4 % in 1989 (1986: 16,0 %) ging damit einher, obwohl zum Veranlagungszeitraum 1988 u. a. die zweite Stufe des Steuerreformpaketes 1986/88/90 in Kraft getreten war<sup>5)</sup>. Die Ursache hierfür ist im

Zusammenwirken von Bemessungsgrundlage und Ausgestaltung des Tarifs zu sehen.



### Anstieg der Werbungskosten

Wird vom Steuerpflichtigen ein Lohnsteuerjahresausgleich am Jahresende beantragt oder erfolgt eine Veran-

lagung zur Einkommensteuer, so findet zwischen der vom Arbeitgeber einbehaltenden Lohnsteuer und der unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse festzusetzenden Jahreslohnsteuer in diesen steuerlichen Verfahren ein Ausgleich statt. In der Regel ist bis auf einige in § 46 EStG näher genannte Fälle bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit die Möglichkeit zur Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs gegeben, wenn das Einkommen 24 000/48 000 DM für Alleinstehende/Verheiratete nicht übersteigt. Alle anderen Fälle werden veranlagt. Der Vergleich

3) Nach § 32 b Abs. 2 EStG sind Lohnersatzleistungen dem sog. Progressionsvorbehalt zu unterwerfen. Das bedeutet, daß auf das zu versteuernde Einkommen (ohne die steuerfreien Einnahmen) ein erhöhter Steuersatz anzuwenden ist. Dieser ergibt sich durch Einbeziehung der ausgezahlten Leistungen in ein fiktives zu versteuerndes Einkommen.

4) Aufgrund eines niedrigen Bruttolohns fiel unter Berücksichtigung der Freibeträge keine Lohnsteuer an.

5) Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 – StSenkErwG 1988) vom 14. Juli 1987, BGBl. I S. 1629. Neben einer Steuersenkung im Einkommensteuertarif (Abflachung der Steuerprogression, Aufstockung von Grundfrei- und entsprechendem Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern) brachte das Gesetz auch eine Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge mit sich.



der Jahre 1986 und 1989 beschränkt sich auf die maschinell durchgeführten Lohnsteuerjahresausgleichsfälle und Arbeitnehmerveranlagungen mit Einkünften ausschließlich aus nicht-selbständiger Arbeit.

Im Jahre 1989 wurden für Steuerpflichtige mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit 3,6 Mill. maschinelle Jahresausgleichsverfahren oder Veranlagungen durchgeführt. Das waren rd. 63 % aller Steuerpflichtigen. Die steuerfreien Abzugsbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben haben rd. 28 Mrd. DM betragen, das waren 17,8 % des Bruttolohns der in Frage kommenden Steuerpflichtigen. Von je 100 DM Bruttolohn unterlagen damit 17,80 DM nicht der Lohnsteuer.

Rund 7,8 Mrd. DM entfielen auf beruflich veranlaßte Werbungskosten, die der Arbeitnehmer zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitslohns aufgewendet hatte. Dazu zählen u. a. Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (3,8 Mrd. DM), für Arbeitsmittel und Beiträge zu berufsständischen Organisationen und sonstigen Berufsverbänden sowie notwendige Mehraufwendungen aus Anlaß einer doppelten Haushaltsführung.

Der Schwerpunkt der steuerlichen Entlastung lag bei den Sonderausgaben mit rd. 20 Mrd. DM. Sofern vom

Steuerpflichtigen nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen wurden, kam bei Arbeitnehmern für Sonderausgaben, die keine Vorsorgeaufwendungen sind (u. a. Unterhaltsleistungen, auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, Kirchensteuer, Aufwendungen für die Berufsausbildung), der Sonderausgaben-Pauschbetrag zum Abzug; für Vorsorgeaufwendungen (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Renten- und Lebensversicherungen sowie Bausparkassen-Beiträge) wurde die Vorsorgepauschale berücksichtigt. Der Sonderausgaben-Pauschbetrag betrug 270 bzw. 540 DM (für zusammenveranlagte Ehegatten). Für die Vorsorgepauschale (1. Stufe) wurden höchstens 2 340/4 680 DM für rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer (1 000/2 000 DM für Nicht-Rentenversicherungspflichtige) zur Anrechnung gebracht.

Betrachtet man die Veränderungen, so zeigt sich, daß die Werbungskosten relativ stärker zugenommen haben als die Bruttolohnsumme. Hier kommt zum Ausdruck, daß die Werbungskosten – mit Ausnahme der für Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte anerkannten Pauschbeträge (z. B. für PKW 1986: 0,36 DM; 1989: 0,43 DM je einfache Strecke) – in unbegrenzter Höhe abzugsfähig sind. Entsprechend hat sich der Anteil

der Werbungskosten am Bruttolohn erhöht. Demgegenüber verringerte sich das relative Gewicht der Sonderausgaben – u. a. weil die Höchstbetragsgrenzen, bis zu denen Vorsorgeaufwendungen steuerlich zum Abzug gebracht werden können, gegenüber 1986 unverändert blieben.

### Mehr Steuerpflichtige im Progressionsbereich

Das Einkommensteuerrecht ist von dem Grundsatz getragen, den einzelnen Steuerpflichtigen gemäß seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. In der tariflichen Ausgestaltung wird hierzu dem Steuerpflichtigen ein Grundfreibetrag seines Einkommens steuerfrei belassen. Es folgen bei höheren Einkommen eine sogenannte untere Proportionalzone mit einem gleichbleibenden Steuersatz, eine Progressionszone mit steigenden Grenzsteuersätzen sowie daran anschließend eine obere Proportionalzone, in der jeder Einkommenszuwachs gleichbleibend mit dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer belastet ist. Der grundlegende Aufbau des Tarifs führt bei allgemein steigender Lohn- und Einkommensentwicklung nun dazu, daß im Laufe der Zeit immer mehr Steuerpflichtige in Tarifbereiche vorrücken, in denen jeder Mehrverdienst prozentual höher belastet wird. Eine höhere Steuerbelastung geht damit zwangsläufig einher, auch dann, wenn aufgrund von Preissteigerungen ein Teil des Lohnzuwachses keine Entsprechung in einer höheren Leistungsfähigkeit hat (Problem der sog. heimlichen Steuererhöhung). In gewissen Zeitabständen vorgenommene Tarifanpassungen sind in der Regel darauf gerichtet, diesen Prozeß zu korrigieren.

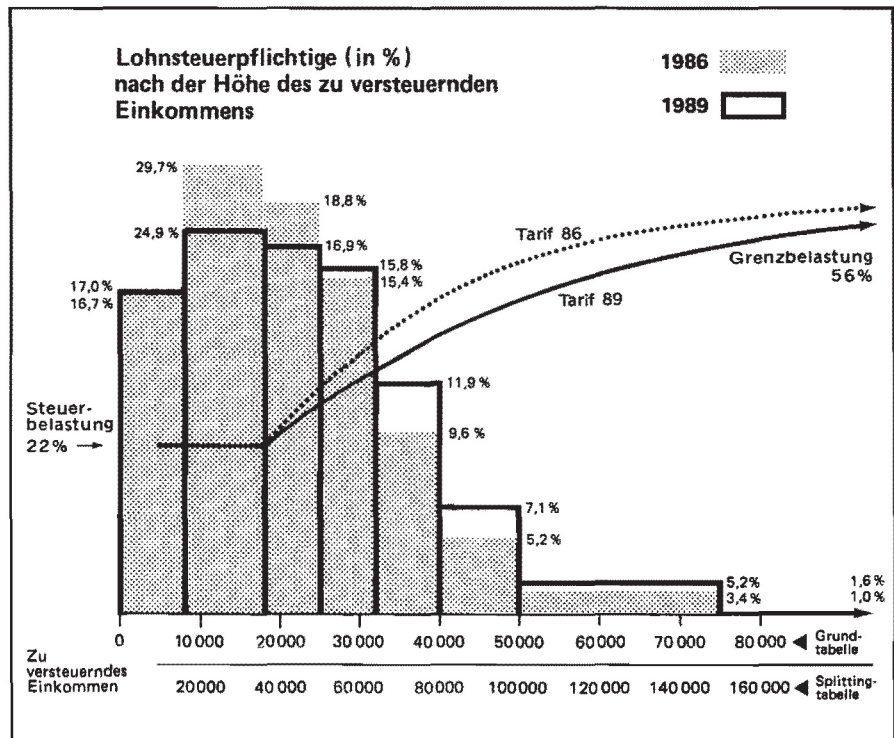
Werbungskosten und Sonderausgaben der Lohnsteuerpflichtigen mit maschinellm Lohnsteuerjahresausgleich und maschineller Einkommensteuer-Veranlagung*) 1986 und 1989							
Jahr	Steuerpflichtige	Bruttolohnsumme	Werbungskosten		Sonderausgaben		
			insgesamt				
	Anzahl	Mill. DM	% der Bruttolohnsumme	Mill. DM	% der Bruttolohnsumme		
1986	3 586 744	133 935	6 238	4,7	2 851	19 016	14,2
1989	3 562 555	157 167	7 825	5,0	3 841	20 181	12,8

Zu den wesentlichsten Änderungen des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 aus tariflicher Sicht zählten u. a. die Heraufsetzung des Grundfreibetrages um 216 DM für Ledige und um 432 DM für Verheiratete auf jährlich 4 752 bzw. 9 504 DM sowie die Korrektur des Tarifverlaufs in der Progressionszone. Die Erhöhung des Grundfreibetrages führte dazu, daß ein insgesamt höherer Betrag von der Besteuerung ausgenommen blieb. Das Ausmaß der Tarifkorrektur verdeutlicht die nachstehende Tabelle beispielhaft für den unteren Progressionsbereich (18 036 bis 80 027 DM).

Prozentuale Belastung des Mehrverdienstes 1986 und 1989 (untere Progressionszone des Einkommensteuertarifs)		
Zu versteuerndes Einkommen (Grund-/Splittingtabelle) in ... DM	Tarifliche Grenzbelastung	
	1986	1989
	%	
20 000/ 40 000	24,3	23,6
30 000/ 60 000	34,1	30,5
40 000/ 80 000	41,2	36,3
50 000/100 000	45,9	40,9
60 000/120 000	49,0	44,5
70 000/140 000	50,8	47,2
80 000/160 000	51,8	49,0

Während nach dem Tarif des Jahres 1986 die tarifliche Grenzbelastung im Bereich von 20 000 bis 80 000 DM von 24,3 % auf 51,8 % anstieg, lauteten die entsprechenden Werte der Grenzsteuersatzkurve des Tarifs 1989 23,6 % bzw. 49,0 %. Bei einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 80 000 DM (Grundtabelle) bzw. 160 000 DM (Splitting-Tabelle) wurde nur noch knapp die Hälfte eines Einkommenszuwachses wegbesteuert. Die Zone stark anziehender Grenzsteuersätze wurde dadurch etwas entschärft.

Welche Bedeutung der Tarifgestaltung im Hinblick auf die sich verän-



dernde Einkommensverteilung der Steuerpflichtigen zukommt, verdeutlicht die Abbildung, in der die Grenzsteuersatzkurven der Tarife 1986 und 1989 einander gegenübergestellt wurden. Während in den Größenklassen bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 25 000/50 000 DM (Grund-, Splitting-Tabelle) die Anzahl der Steuerpflichtigen rückläufig war, ergab sich für die Einkommen von 25 000 bis 32 000 DM (50 000 bis 64 000 DM) eine nahezu konstante Besetzung. Dem standen in den daran anschließenden Größenklassen mit höheren Grenzsteuersätzen durchweg höhere Besetzungszahlen gegenüber. Im Progressionsbereich und der oberen Proportionalzone befanden sich 1989 58,4 % der Steuerpflichtigen. Drei Jahre zuvor waren es noch 53,3 %.

### Durchschnittliche Einkommensteuerbelastung 23,4 %

Aus den Daten über die Einkommensermittlung der Lohnsteuerzahler ergab sich unter Berücksichtigung sämtlicher Einkunftsarten folgendes Bild: rd. 26,7 % aller Lohnsteuerpflichtigen hatten 1989 neben Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit noch weitere Einkünfte. In 8 von 10 Fällen stellten dabei die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit die überwiegende Einkunftsart dar. Insgesamt wurden rd. 256,3 Mrd. DM an Einkünften aus den 7 Einkunftsarten des Einkommensteuerrechts erzielt – rein rechnerisch 45 446 DM je erfaßten Arbeitnehmer.

Unter Berücksichtigung der durch das Einkommensteuergesetz vorgesehenen Kürzungsmöglichkeiten und nach Abzug u. a. der Sonderausgaben so-



Besteuerung der Lohnsteuerpflichtigen 1989		
Merkmal Einheit		1989
<b>Lohnsteuerpflichtige insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>5 639 156</b>
Einkünfte insgesamt	Mrd. DM	256,3
davon		
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Mrd. DM	0,4
Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Mrd. DM	18,0
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Mrd. DM	6,4
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Mrd. DM	227,7
Einkünfte aus Kapitalvermögen	Mrd. DM	4,8
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Mrd. DM	-3,1
sonstige Einkünfte	Mrd. DM	2,1
Zu versteuerndes Einkommen	Mrd. DM	206,3
Festgesetzte Einkommensteuer	Mrd. DM	48,4
Durchschnittssteuerbelastung	%	23,4

wie der außergewöhnlichen Belastungen wurde als Bemessungsgrundlage ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe von 206,3 Mrd. DM ermittelt. Auf dieses waren 48,4 Mrd. DM an Einkommensteuer zu entrichten. Die Steuerbelastung in bezug auf das zu versteuernde Einkommen betrug damit 23,4 % im Durchschnitt aller Lohnsteuerpflichtigen. ■

## Preisindex für die Lebenshaltung im September 1992

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem Monat (Mitte September / Mitte August) um 0,3 % auf 114,4 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem Vorjahr (September 1991) beträgt die Indexveränderung +3,4 %. Im

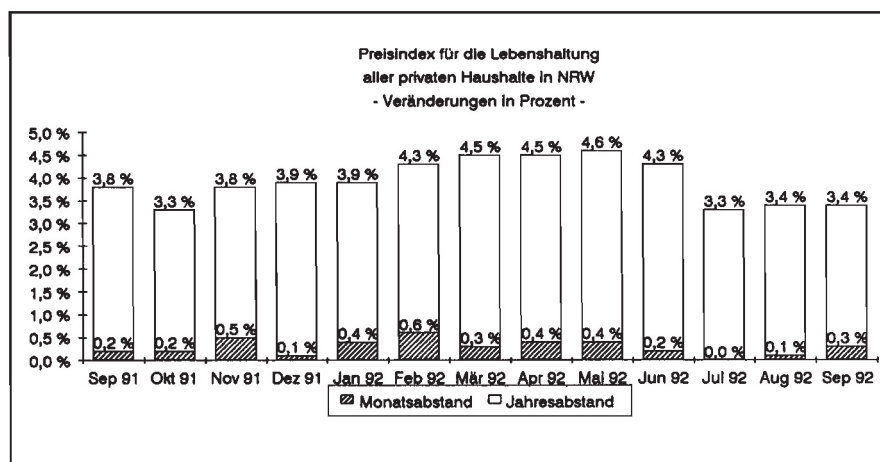
August hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate ebenfalls bei +3,4 % gelegen (Juli: +3,3 %).

Gegenüber Mitte August verteuerten sich Dienstleistungen, auf die rund ein Viertel der Konsumausgaben der Privathaushalte entfallen, mehr als doppelt so stark wie die gesamte Lebenshaltung (Dienstleistungen und Reparaturen: +0,7 %; gegenüber Vor-

jahr +5,1 %); überdurchschnittlich stiegen auch die Wohnungsmieten. Dagegen wirkten sich verbraucherfreundliche Preisentwicklungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln und auf dem Mineralölmarkt stabilisierend aus.

Für die ersten neun Monate 1992 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +4,0 % (Januar bis September 1991/90: +3,1 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung (auf 114,3 Punkte) gegenüber dem Vormonat +0,2 % und in Jahresfrist +3,3 %; für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 115,3 Punkte) +0,3 % bzw. +3,5 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringem Einkommen** (auf 114,1 Punkte) +0,2 % bzw. +3,6 %.





## Finanzielle Auswirkungen der Insolvenzen 1985 bis 1990

Im Rahmen der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden auch die finanziellen Einbußen ermittelt, die Gläubiger durch Insolvenzen zu tragen haben. Unterlage für die Aufbereitung sind von den Amtsgerichten ausgestellte Erhebungsvordrucke, die auf Angaben aus den bei den Gerichten geführten Verfahrensakten beruhen. Während die Meldungen über die beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren monatlich aufbereitet werden, erfolgt dies für die finanziellen Ergebnisse nur jährlich.

Einen ersten Anhaltspunkt über die finanzielle Tragweite der Insolvenzen gibt bereits die Angabe über die voraussichtliche Höhe der Gläubigerforderungen, die mit der Meldung der Amtsgerichte über die Eröffnung oder Ablehnung der Eröffnung eines Konkursverfahrens gemacht wird. Für die eröffneten Vergleichsverfahren liegen zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine Angaben vor. Endgültig stehen die durch Konkurse und Vergleiche verursachten Vermögensverluste erst nach der Abwicklung der gerichtlichen Auseinandersetzung fest. Dies kann eventuell Monate, manchmal sogar Jahre dauern. Um möglichst viele Insolvenzverfahren mit ihren finanziellen Auswirkungen erfassen zu können, wird für die Ergebniserstellung das Folgejahr nach dem Insolvenzeröffnungsjahr noch abgewartet. Die nachfolgende Darstellung enthält die finanziellen Ergebnisse der Konkurs- und Vergleichsverfahren aus den Jahren 1985 bis 1990, die bis Ende des entsprechenden Folgejahres abgeschlossen waren.

### Insolvenzurückgang

In Nordrhein-Westfalen ging die Zahl der Insolvenzen im Betrachtungszeitraum vom bisherigen Höchststand mit 5 785 Fällen in 1986 auf 3 654 Fälle in 1990 zurück. Damit verbunden war auch eine Abnahme der angemeldeten und als vorläufig zu betrachtenden Forderungen. Diese lagen im Zeitablauf zwischen 3 994 und 1 633 Mill. DM und beruhten auf Angaben von durchschnittlich rd. 90 % der Insolvenzfälle.

Über den Berichtszeitraum betrachtet entfielen rd. zwei Fünftel der vorläufig geltend gemachten Forderungen auf die wegen unzureichender oder generell fehlender Teilungsmasse abgelehnten Konkursverfahren, die rd. 73 % aller beantragten Konkursverfahren ausmachten. Mit dem Abweisungsbeschluß der Amtsgerichte

mußten die Forderungen in Höhe von insgesamt 6 618 Mill. DM vollständig abgeschrieben werden und standen somit für die Gläubiger als Verlust fest. Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß bei Nichteröffnung von Konkursverfahren viele Gläubiger wegen der Aussichtslosigkeit eines finanziellen Ausgleichs ihre Ansprüche gegenüber dem Konkursgericht nicht geltend machen. Die Forderungsausfälle sind daher noch als zu niedrig erfaßt anzusehen.

Von finanziell größerem Gewicht waren die zahlenmäßig weniger häufig auftretenden eröffneten Konkursverfahren. Dies zeigte sich bereits anhand der bei der Beantragung der Konkurse geltend gemachten Gläubigerforderungen. Diese lagen je Konkursfall im Durchschnitt gut viermal so hoch wie die der mangels Masse abgelehnten Verfahren.

Konkurs- und Vergleichsverfahren 1985 bis 1990					
Jahr	Beantragte Konkursverfahren			Eröffnete Vergleichsverfahren	Insolvenzen insgesamt <sup>1)</sup>
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen		
Anzahl					
1985	1 577	4 153	5 730	30	5 755
1986	1 523	4 241	5 764	26	5 785
1987	1 353	3 741	5 094	21	5 112
1988	1 225	3 365	4 590	11	4 600
1989	1 078	2 871	3 949	14	3 958
1990	1 008	2 638	3 646	9	3 654
darunter mit angemeldeten Forderungen					
1985	1 380	3 673	5 053	.	.
1986	1 359	3 901	5 260	.	.
1987	1 237	3 409	4 646	.	.
1988	1 043	3 008	4 051	.	.
1989	903	2 553	3 456	.	.
1990	836	2 321	3 157	.	.
Höhe der Forderungen in Mill. DM					
1985	2 571	1 423	3 994	.	.
1986	2 167	1 406	3 573	.	.
1987	2 040	1 308	3 348	.	.
1988	1 228	1 213	2 441	.	.
1989	1 194	627	1 821	.	.
1990	993	640	1 633	.	.

1) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

## Rückläufige finanzielle Verluste der Gläubiger

Von den im Zeitraum 1985 bis 1990 eröffneten Konkursverfahren hatten die Gerichte bis Ende des jeweiligen Folgejahres zwischen 78 % (1986) und 98 % (1990) soweit abgeschlossen, daß die finanziellen Auswirkungen dieser Fälle feststanden. Der überwiegende Teil dieser Verfahren konnte auf der Basis einer vorhandenen Teilungsmasse zum Abschluß gebracht werden. Die Gläubiger machten dabei Forderungen von insgesamt 11 317 Mill. DM geltend. Diesen Ansprüchen hatten die Schuldner eine Vermögensmasse von nur 677 Mill. DM entgegensetzen, womit sich die Einbußen der Gläubiger – in den einzelnen Jahren zwischen 1 027 und 2 349 Mill. DM – auf insgesamt 10 640 Mill. DM bezifferten.

Bei einigen bereits eröffneten Konkursverfahren stellte sich erst im Verlauf des Verfahrens die Masselosigkeit der Schuldner heraus. Die Gläubiger mußten deshalb die gesamten Forderungen in Höhe von 557 Mill. DM (1985 bis 1990) als Verlust hinnehmen.

Die Größenordnung für die zu erwartenden finanziellen Einbußen bei den im Betrachtungszeitraum eröffneten, aber bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres noch nicht abgeschlossenen Konkursverfahren kann an den angemeldeten Gläubigerforderungen in Höhe von insgesamt 1 874 Mill. DM abgelesen werden. Der tatsächliche Betrag dürfte jedoch noch höher liegen, da die Forderungen zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung häufig niedriger angegeben sind, als sie sich im Verlauf des gerichtlichen Prüfungsverfahrens herausstellen.

Die meisten der im Zeitraum 1985 bis 1990 immer weniger aufgetretenen gerichtlichen Vergleichsverfahren en-

Konkursverfahren und Konkursverluste 1985 bis 1990*)					
Jahr	Beantragte Konkursverfahren				insgesamt
	mangels Masse abgelehnt	eröffnet <sup>1)</sup>			
		mangels Masse eingestellt	mit Masse abgeschlossen	nicht abgeschlossen <sup>2)</sup>	
Anzahl					
1985	4 153	116	1 256	205	5 730
1986	4 241	92	1 101	330	5 764
1987	3 741	64	994	295	5 094
1988	3 365	64	923	238	4 590
1989	2 871	37	827	214	3 949
1990	2 638	87	897	24	3 646
finanzielle Verluste in Mill. DM					
1985	1 423	120	2 349	297	4 189
1986	1 406	144	2 034	661	4 245
1987	1 308	79	2 113	491	3 991
1988	1 213	71	1 823	184	3 292
1989	627	24	1 027	184	1 862
1990	640	119	1 295	57	2 111

\*) Jahr des Antrags auf Verfahrenseröffnung – 1) bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgeschlossen bzw. nicht abgeschlossen; einschl. der Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist – 2) bei Konkursantrag angegebene vorläufige Gläubigerforderungen

Vergleichsverfahren und Vergleichsverluste 1985 bis 1990*)						
Jahr	Eröffnete Vergleichsverfahren					insgesamt
	abgeschlossen <sup>1)</sup>			nicht abge- schlossen		
	Erlaßvergleiche		Stundungs- vergleich		Anschluß- konkurse	
	Anzahl	Mill. DM				
1985	21	46	1	3	5	30
1986	11	14	—	5	10	26
1987	8	15	—	2	11	21
1988	6	3	—	1	4	11
1989	8	7	—	2	4	14
1990	4	10	—	1	4	9

\*) Jahr der Verfahrenseröffnung – 1) bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgeschlossen

deten innerhalb von zwei Jahren in einem Erlaßvergleich. Hier standen 211 Mill. DM Gesamtschulden einer Vergleichsmasse von 117 Mill. DM (über alle Berichtsjahre gerechnet) gegenüber, so daß 94 Mill. DM im Vergleich erlassen wurden. In einem einzigen Fall (1985) konnte der Schuldner bei seinen Gläubigern eine Stundung der Verbindlichkeiten erreichen. Die finanziellen Auswirkungen der zunächst eröffneten, aber dann in einen Anschlußkonkurs übergeleiteten Vergleichsverfahren sind unter den Konkursen nachgewiesen, wenn die Verfahren abgeschlossen wurden.

Bei den in 1985 bis 1990 eröffneten und bis Ende des jeweiligen Folgejahres abgeschlossenen Konkurs- und Vergleichsverfahren hatten die Gläubiger finanzielle Einbußen von 11 291 Mill. DM zu tragen. Werden die angemeldeten Forderungen der eröffneten, aber innerhalb von zwei Jahren nicht abgewickelten Konkurse in Höhe von 1 874 Mill. DM berücksichtigt, so erhöhen sich die Insolvenzverluste auf 13 165 Mill. DM. Schließlich müssen noch die Gläubigerforderungen bei den von Anfang an mangels Masse abgelehnten Konkursanträgen mit 6 618 Mill. DM hinzugerechnet wer-



Insolvenzverluste 1985 bis 1990*)	
Merkmal	1985
	1990
	Mill. DM
Gläubigerverluste abgeschlossener Konkursverfahren <sup>1)</sup> zusammen	11 197
davon mit Masse	10 640
ohne Masse	557
Vergleichsverfahren <sup>1)</sup>	94
Konkurs- und Vergleichsverfahren <sup>1)</sup> zusammen	11 291
Gläubigerforderungen nicht abgeschlossener Konkursverfahren <sup>2)</sup>	1 874
Gläubigerforderungen der bei Antragsstellung mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren	6 618
<b>Insolvenzverluste insgesamt</b>	<b>19 783</b>

\*) Jahr der Verfahrenseröffnung – 1) soweit bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgeschlossen – 2) bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres nicht abgeschlossen

den. Damit ergeben sich für den Betrachtungszeitraum Gesamtverluste in Höhe von 19 783 Mill. DM. Die höchste Verlustsumme wurde mit 4 259 Mill. DM im zweiten und die niedrigste mit 1 869 Mill. DM im vorletzten Berichtsjahr festgestellt. Die Höhe der Verluste kann in starkem Maß von Einzelfällen beeinflusst sein und daher von Jahr zu Jahr schwanken. Im Durchschnitt je Insolvenzverfahren lagen die Verluste der Gläubiger zwischen 472 300 DM (1989) und 785 200 DM (1987).

Die ermittelten Verlustsummen liegen eigentlich noch höher, wenn man berücksichtigt, daß zum einen nicht für alle (von vornherein) mangels Masse abgewiesenen Konkurse und zum anderen nicht für alle eröffneten, aber noch nicht abgewickelten Konkursverfahren Forderungen angegeben wurden. Zudem sind die voraussichtlichen (ggf. von den Gerichten geschätzten) Forderungen zum Zeitpunkt der Eröffnung in der Regel niedriger, als sie sich im Verlauf des gerichtlichen Prüfungsverfahrens herausstellen. Außerdem fehlen bei der Verlustsumme die Ergebnisse der noch nicht bis zum Stichtag abgeschlossenen Vergleichsverfahren.

## Geringe Deckung der Gläubigerforderungen

Was bekommt ein Gläubiger von seinen Forderungen erstattet, wenn es zum Konkurs kommt? Aussagen darüber geben die Deckungsquoten. Wie bereits erwähnt, lehnten die Gerichte durchschnittlich rd. 73 % der in den Jahren 1985 bis 1990 beantragten Konkurse von vornherein ab, da es an einer die Kosten des Verfahrens deckenden Vermögensmasse fehlte. Weitere Fälle kamen nach der Konkursöffnung hinzu, so daß insgesamt fast drei Viertel aller Konkursanträge mangels Masse abgelehnt oder eingestellt werden mußten. Die Gläubiger erhielten dadurch keinerlei Entschädigung für ihre Außenstände.

Lediglich jedes fünfte Konkursverfahren konnte auf der Basis einer vorhandenen Teilungsmasse bis Ende des jeweiligen Folgejahres zum Abschluß gebracht werden. Aber auch in diesen Fällen konnten nur wenige Ansprüche der Gläubiger befriedigt werden. Am besten schnitten noch die bevorrechtigten Gläubiger, wie z. B. Arbeitnehmer, Finanzämter, Sozialversicherungsträger oder Krankenkassen ab, die von ihren Außenständen zwischen 21,3 % in 1987 und 30,6 % in 1985 ersetzt bekamen. Im Durch-

schnitt kamen also je 1 000 DM an Forderungen nur 213 bis 306 DM zur Erstattung. Fast vollständig leer gingen die Gläubiger nicht bevorrechtigter Forderungen aus. Für diesen Kreis, dessen Forderungsbetrag fast sechsmal so hoch war wie der Betrag der bevorrechtigten Forderungen, bewegte sich die Deckungsquote zwischen 2,0 % (1985) und 3,5 % (1989).

Bei Einbeziehung aller, also auch der masselosen Konkurse hätte das teilbare Vermögen der Gemeinschuldner lediglich dazu ausgereicht, drei bis vier Prozent der gesamten Gläubigeransprüche zu erfüllen. Somit waren die Gläubiger der im Berichtszeitraum beantragten Konkursverfahren im Durchschnitt von einem 96 bis 97%igen Forderungsausfall betroffen.

Entsprechend den immer seltener auftretenden gerichtlichen Vergleichsverfahren war, wie bereits gezeigt, die finanzielle Bedeutung dieser Fälle bei der Schuldenregulierung gering. Bei den abgewickelten Vergleichsverfahren konnten im Betrachtungszeitraum 37,0 (1986) bis 62,1 % (1985) der Schulden befriedigt werden, womit die gesetzlich vorgeschriebene Mindestdeckungsquote von 35 % teilweise deutlich überschritten wurde.

Deckung der Gläubigerforderungen 1985 bis 1990						
Verfahrensart	Deckungsquoten <sup>1)</sup>					
	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	%					
Abgeschlossene Konkursverfahren mit Vermögensmasse						
davon mit						
bevorrechtigten Forderungen	30,6	26,3	21,3	23,0	24,7	27,4
nicht bevorrechtigten Forderungen	2,0	3,4	2,2	2,1	3,5	2,3
Mit Erlaßvergleich abgeschlossene Vergleichsverfahren	62,1	37,0	48,2	46,6	51,9	50,2

1) für soweit bis Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgeschlossene Verfahren



## Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1991

Seit 1957 wird in halbjährlichen Abständen für die Monate Mai und November die Verdiensterhebung im Handwerk durchgeführt. Es handelt sich um eine repräsentative Erhebung in neun ausgewählten Handwerkszweigen. Zur Anwendung kommt das sog. Lohnsummenverfahren, nach dem die Arbeitszeit- und Verdienstabgaben für jeweils ganze Arbeitergruppen eines Betriebes in einer Summe erfaßt und hieraus Durchschnitte errechnet werden.

Die Verdiensterhebung im Handwerk bezieht sich auf vollbeschäftigte männliche Arbeiter und unterscheidet zwischen Voll- und Junggesellen sowie übrigen Arbeitern. Vollgesellen sind Gesellen, die mindestens in die Lohnklasse des im Tarifvertrag festgelegten Ecklohnes (100 %) eingestuft sind sowie qualifizierte Gesellen, die einen Zuschlag zum Ecklohn erhalten (Erstgesellen, Altgesellen, Vorarbeiter und Meister im Stundenlohn). Bei Junggesellen unterliegt der Lohn aufgrund ihres geringen Lebensalters oder ihrer geringen Anzahl von Berufsjahren einem gegenüber dem Ecklohn tariflich vorgesehenen

Abschlag. Zu den übrigen Arbeitern gehören alle Arbeiter, die aufgrund ihrer Berufsausbildung und ihrer Tätigkeit nicht als „Gesellen“ des betreffenden Handwerkszweiges anzusehen sind, wie angelernte Arbeiter, ungelernte Arbeiter, Fahrpersonal.

### Wochenarbeitszeit im Handwerk: 40,5 Stunden

Im November 1991 betrug die bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter in den von der Verdiensterhebung erfaßten Handwerkszweigen Nordrhein-Westfalens im Durchschnitt 40,5 Stunden. Diese Wochenarbeitszeit entsprach dem Durchschnitt für die Vollgesellen, während die bezahlte Wochenarbeitszeit der Junggesellen um eine halbe Stunde geringer war als die der Vollgesellen; diejenige der übrigen Arbeiter betrug 41,4 Stunden. Gegenüber dem Vergleichszeitraum November 1990 mit einem Durchschnittswert von 40,7 bezahlten Wochenstunden hat sich die Arbeitszeit im Handwerk damit um 0,2 Stunden vermindert.

Unter den neun nachgewiesenen Handwerkszweigen war die Arbeitszeit bei den Bäckern mit 42,2 Stunden am höchsten. Die niedrigste Wochenarbeitszeit hatte dagegen das Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk, wo nur noch 39,1 Stunden je Woche gearbeitet wurde. Unter 40 Stunden war auch die Wochenarbeitszeit der Klempner, Gas- und Wasserinstallateure (39,6 Stunden).

### Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst bei 19,88 DM

Im November 1991 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Arbeiter im Handwerk mit 19,88 DM nur wenig unter der 20 DM-Grenze. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres erhöhte sich der Stundenverdienst damit um 6,1 %. Im einzelnen verdiente die Gruppe der Vollgesellen im Durchschnitt 20,58 DM pro Stunde, während sich für Junggesellen 17,34 DM und für die übrigen Arbeiter im Bereich des Handwerks 17,44 DM Stundenlohn errechnete.

Abgesehen vom Bäckerhandwerk, in dem die männlichen Arbeiter mit durchschnittlich 17,87 DM die niedrigsten Stundenlöhne erzielten, den Kraftfahrzeugmechanikern (18,68 DM) und dem Fleischerhandwerk (18,71 DM), lag der Bruttostundenverdienst in allen anderen erfaßten Handwerkszweigen über 20 DM. Er war am höchsten im Tischlerhandwerk mit 20,78 DM, gefolgt von den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren mit 20,65 DM und den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern mit 20,56 DM je Stunde.

Gegenüber November 1990 weist der Stundenverdienst des Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerks und des Klempner-, Gas- und Wasserinstallateurhandwerks mit +8,3 % bzw. +8,1 % die höchsten Zuwachsrä-

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter in ausgewählten Handwerkszweigen im November 1991					
Gewerbe- zweig Arbeitergruppe	Bezahlte Wochenar- beitszeit	Bruttoverdienste		Zunahme gegenüber November 1990	
		je Stunde	je Woche	Brutto- stunden- verdienst	Brutto- wochen- verdienst
		h	DM	%	
Kraftfahrzeugmechaniker	39,1	18,68	730	3,5	1,0
Metallbauer	41,4	20,15	835	5,9	4,9
Tischler	40,3	20,78	837	7,3	6,4
Bäcker	42,2	17,87	755	7,0	5,9
Fleischer	40,8	18,71	763	5,9	6,7
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	39,6	20,65	819	8,1	7,3
Elektroinstallateure	40,4	20,19	815	4,0	4,8
Maler und Lackierer	40,7	20,26	826	6,6	7,1
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	40,5	20,56	832	8,3	8,3
<b>Alle erfaßten Gewerbe- zweige</b>	<b>40,5</b>	<b>19,88</b>	<b>806</b>	<b>6,1</b>	<b>5,6</b>
Vollgesellen	40,5	20,58	833	6,1	5,6
Junggesellen	40,0	17,34	694	8,3	7,8
Übrige Arbeiter	41,4	17,44	723	5,3	5,2

ten auf. Dagegen hatten die Kraftfahrzeugmechaniker mit +3,5 % und die Elektroinstallateure mit +4,0 % vergleichsweise niedrige Zunahmen beim Bruttostundenverdienst zu verzeichnen.

Der das Arbeitseinkommen bestimmende durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Arbeiter im Handwerk belief sich im Berichtsmonat November 1991 – bei einer bezahlten Wochenarbeitszeit von 40,5 Stunden – auf 806 DM. Höher als dieser für alle neun erfaßten Handwerkszweige errechnete Durchschnitt lag der Wochenverdienst der Vollgesellen: Sie verdienten 833 DM, während Junggesellen auf 694 DM und die übrigen Arbeiter auf 723 DM je Woche kamen.

In den einzelnen Handwerkszweigen war die Rangfolge in der Skala der Bruttowochenverdienste wie folgt: Wie bei den Stundenverdiensten lag das Tischlerhandwerk auch beim durchschnittlichen Wochenverdienst mit 837 DM vorn; gegenüber dem Vergleichsmonat November 1990 war das ein Verdienstsitzwachs von 6,4 %. Dicht dahinter folgten mit 835 DM Wochenverdienst die Metallbauer (gegenüber November 1990: +4,9 %) und mit 832 DM die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer (+8,3 %). Am unteren Ende der Skala fanden sich die Bäcker mit 755 DM (+5,9 %) und das Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk mit 730 DM je Woche (+1,0 %). Für die erfaßten Handwerkszweige zusammen ergab sich von November 1990 auf November 1991 ein Anstieg des Bruttowochenverdienstes von 5,6 %, der wegen des im Gesamtdurchschnitt registrierten leichten Arbeitszeitrückgangs im Handwerk nicht ganz so hoch ausfiel wie beim Stundenverdienst mit +6,1 %.

## Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im II. Quartal 1992

Steigende Umsatz- und Beschäftigtenzahlen meldet das nordrhein-westfälische Handwerk. Der Umsatz war im zweiten Quartal 1992 nominal um 4,9 % höher als ein Jahr zuvor, und die Zahl der Beschäftigten wuchs um 1,5 %.

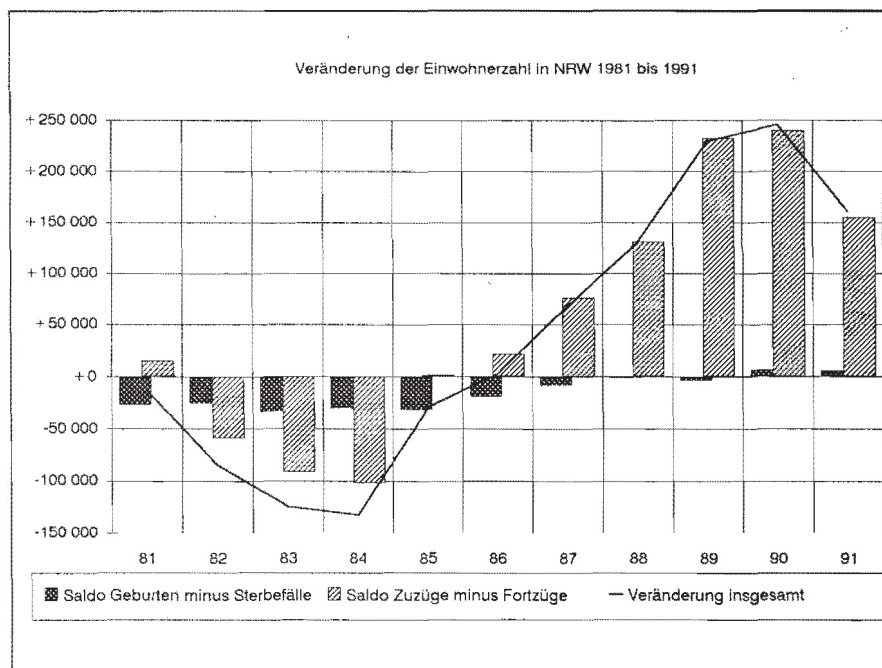
Bis auf das „Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe“ und das „Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe“ konnten alle Bereiche des Handwerks Beschäftigungs-Zunahmen verzeichnen.

## Bevölkerung am 31. Dezember 1991

Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ist im letzten Jahr weiter angewachsen. Anfang 1992 (exakt: 31. 12. 1991, 24 Uhr) hatte das größte deutsche Bundesland erstmals mehr als 17,5 Millionen Einwohner (17 509 866); das waren gut 160 000 oder knapp 1 % mehr als Anfang 1991. Dieser beachtliche Anstieg ist vor allem auf den kräftigen Überschuß der Zu- über die Fortzüge zurückzuführen (+154 586), der maßgeblich durch Zuwanderer aus den neuen Bundesländern und Aussiedler aus Osteuropa geprägt wurde. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Zahl der Neugeborenen – wie schon 1990 – höher war als die der Gestorbenen (+5 629).

Mit einem Plus von 4,7 % verzeichnete Senden im Kreis Coesfeld im letzten Jahr das stärkste Bevölkerungswachstum unter allen 396 Gemeinden des Landes, gefolgt von den Städten Kalkar und Paderborn (jeweils +4,2 %). „Schlußlichter“ in dieser Rangfolge waren die Städte Ennepetal (–0,5 %), Hattingen und Mülheim an der Ruhr (jeweils –0,4 %).

Der allgemeine Aufwärtstrend führte auch dazu, daß die Zahl der kleineren Gemeinden abnahm: Hatten zu Jahresbeginn 1991 noch 201 Gemeinden im Lande weniger als 20 000 Einwohner, so waren es zwölf Monate später nur noch 197. Den Sprung über die 20 000-Einwohner-Marke schafften Hiddenhausen (Kreis Herford), Verl (Kreis Gütersloh), Stadt Meinerzhagen (Märkischer Kreis) und Elsdorf (Erfkreis).





# Die Strafverfolgung 1991

## Vorbemerkungen

### Die rechtliche Situation

Der Bereich der „Strafverfolgung“ gehört nach Art. 74 Nr. 1 GG zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Wie für eine Vielzahl von Gebieten hätte der Bund für die Strafverfolgungsstatistik eine bundeseinheitliche Regelung treffen können. Das Programm und die Durchführung der Erhebung werden jedoch zwischen den Bundesländern koordiniert, um im Bundesgebiet zu vergleichbaren Ergebnissen zu gelangen. Mit dieser Koordinationsaufgabe haben die Länder das Statistische Bundesamt beauftragt.

## Ergebnisse

### Abgeurteilte und Verurteilte

Von 1984 bis 1990 sind Verurteilungen mit nachträglicher Bildung von Gesamtstrafen nach § 55 StGB und von einheitlichen Jugendstrafen nach § 31 Abs. 2 JGG in Nordrhein-Westfalen in der Strafverfolgungsstatistik nicht berücksichtigt worden. Der Erfassung von Gesamtstrafen liegt folgender Sachverhalt zugrunde.

Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere zeitige Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird gem. § 53 Abs. 1 StGB auf eine Gesamtstrafe erkannt.

Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird nach § 53 Abs. 2 Satz 1 StGB auf eine Gesamtstrafe erkannt. Jedoch kann das Gericht nach § 53 Abs. 2 Satz 2 StGB auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.

In allen diesen Fällen wird im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik nur diejenige Straftat erfaßt, die mit der schwersten Strafe bedroht ist. Das hat zur Folge, daß Straftaten, die mit einer weniger schweren Strafe bedroht sind und die im selben Verfahren abgeurteilt worden sind, von der mit der schwersten Strafe bedrohten Straftat verdrängt werden, weil einer Verurteilung immer nur eine Straftat zugeordnet werden kann.

Die Bildung der Gesamtstrafe geschieht folgendermaßen: Ist eine der Einzelstrafen eine lebenslange Freiheitsstrafe, so wird nach § 54 Abs. 1 Satz 1 StGB als Gesamtstrafe auf lebenslange Freiheitsstrafe erkannt. In allen übrigen Fällen wird nach § 54 Abs. 1 Satz 2 StGB die Gesamtstrafe durch Erhöhung der verwirkten höchsten Strafe (Einsatzstrafe), bei Strafen verschiedener Art (etwa Freiheitsstrafe und Strafverurteilung) durch Erhöhung der ihrer Art nach schwersten Strafe (hier der Freiheitsstrafe) gebildet. Dabei werden nach § 54 Abs. 1 Satz 3 StGB die Person des Täters und die einzelnen Straftaten zusammenfassend gewürdigt.

Nach § 54 Abs. 2 Satz 1 StGB darf die Summe der Einzelstrafen von der Gesamtstrafe nicht erreicht werden. Das bedeutet, daß die Höhe der Gesamtstrafe in der Spanne zwischen der schwersten Einzelstrafe und unterhalb der Summe der Einzelstrafen liegt. Die Gesamtstrafe darf bei zeitiger Freiheitsstrafe 15 Jahre und bei Geldstrafe 700 Tagessätze nicht übersteigen.

Wenn ein rechtskräftig Verurteilter, bevor die gegen ihn erkannte Strafe vollstreckt, verjährt oder erlassen ist, wegen einer anderen Straftat verurteilt wird, die er vor der früheren Verurteilung begangen hat, so wird gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 StGB nachträglich eine Gesamtstrafe gebildet. Ein Bei-

spiel mag diese Regelung verdeutlichen. Jemand wird wegen Diebstahls zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten verurteilt. Bevor er die Freiheitsstrafe von 9 Monaten verbüßt hat, wird er erneut – wegen eines Betruges – verurteilt, den er vor der ersten Verurteilung begangen hat, wobei dem Gericht die frühere Verurteilung ebenso bekannt war, wie der Umstand, daß die Freiheitsstrafe von 9 Monaten aus dem ersten Urteil noch nicht verbüßt war. Dann bildet das Gericht aus der Strafe des ersten Urteils sowie aus der für den Betrug verwirkten Freiheitsstrafe (in diesem Fall etwa eine Freiheitsstrafe von 1 Jahr) eine Gesamtstrafe. Diese Gesamtstrafe muß höher als die schwerste Einzelstrafe (1 Jahr Freiheitsstrafe für den Betrug) und niedriger als die Summe von 1 Jahr und 9 Monaten Freiheitsstrafe für beide Straftaten zusammen sein. Die Konsequenzen der Gesamtstrafenbildung in ein und demselben Verfahren bei Tatmehrheit einerseits und der nachträglichen Gesamtstrafenbildung in einem zweiten Strafverfahren andererseits sind für die Strafverfolgungsstatistik unterschiedlich. Während bei der Gesamtstrafenbildung im ersten Fall lediglich eine Verdrängung der Straftat bzw. der Straftaten, die mit einer weniger schweren Strafe bedroht sind, durch die mit der schwersten Strafe bedrohte Straftat festzustellen ist – also im wesentlichen nur ein Informationsverlust –, liegt der Fall bei der nachträglichen Gesamtstrafenbildung anders. Um bei dem o. g. Beispiel zu bleiben: In der Regel wird für die erste Verurteilung zu 9 Monaten Freiheitsstrafe wegen Diebstahls bereits eine Zählkarte ausgefüllt und von der Staatsanwaltschaft (bzw. bei einer Straftat nach Jugendstrafrecht vom Amtsgericht) an das statistische Amt abgesandt worden sein, wenn die Ausfüllung der Zählkarte der zweiten Verurteilung (hier wegen Betruges) fällig wird. Durch die Gesamtstrafenbildung geht hinsichtlich der Sanktionen, also der verhängten Freiheitsstrafe, die Sank-

tion für den früher bereits berücksichtigten Diebstahl in die Sanktion des zweiten Urteils mit ein. Bei der Ausweisung der Straftat wird insofern eine andere Wirkung erzielt, als bei der Gesamtstrafenbildung in ein und demselben Urteil immer die schwerste Straftat des zweiten Strafverfahrens ausgewiesen wird und die Straftaten des ersten Strafverfahrens auf jeden Fall untergehen. Es wird nicht etwa diejenige Straftat berücksichtigt, die in beiden Verfahren mit der schwersten Strafe bedroht war. Hätte man es bei der Strafverfolgungsstatistik dabei belassen, daß die Zählkarte sowohl für die erste Verurteilung wie auch für die zweite Verurteilung, in die die erste gem. § 55 StGB einbezogen wurde, in die Auswertung eingeht, wäre es – zumindest hinsichtlich der Sanktionen – zu einer Doppelerfassung gekommen. Um eine solche Doppelerfassung (hinsichtlich des Strafmaßes) zu vermeiden, war in den Ausfüllanleitungen seitens der Landesjustizverwaltungen angeordnet, daß bei nachträglicher Gesamtstrafenbildung gem. § 55 Abs. 1 StGB bzw. bei einer einheitlichen Jugendstrafe gem. § 31 Abs. 2 JGG auf der Zählkarte der späteren Verurteilung auf bereits früher angelegte Zählkarten hinsichtlich der einbezogenen Entscheidungen hinzuweisen ist. Dadurch sollte ermöglicht werden, die einbezogene Entscheidung aus der Auswertung herauszunehmen.

Dies war allerdings nur in begrenztem Umfang möglich, weil ein solcher Hinweis dann nicht mehr verfolgt werden konnte, wenn die einbezogene im Jahr vor der einbeziehenden Entscheidung ergangen war und die Zählkarte der einbezogenen Entscheidung bereits der Auswertung zugeführt worden war. Ein weiterer Fall, der allerdings etwas seltener vorkam, in dem eine befriedigende Behandlung von einzubeziehender und einbezogener Strafen nicht möglich war, lag dann vor, wenn die einzubeziehende Strafe und die einbezogene

Strafe von Gerichten aus verschiedenen Bundesländern verhängt worden waren. Weil die Aufbereitung der Strafverfolgungsstatistik bundesländerweise erfolgt, ist eine länderübergreifende Berücksichtigung von Einbeziehungen nicht vorgesehen.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung im Jahre 1983 wurde ab 1984 in Nordrhein-Westfalen Name und Vorname des Verurteilten nicht mehr erfaßt, so daß eine Zuordnung von einbeziehender und einbezogener Entscheidungen nicht mehr möglich war. Nur anhand des Aktenzeichens war eine eindeutige Zuordnung deshalb nicht möglich, weil in 20 % der Strafverfahren mehr als eine Person abgeurteilt wird.

Ab 1984 wurde nicht – wie bis 1983 – die einbezogene Entscheidung aus der Auswertung genommen, sondern die einbeziehende – spätere – Entscheidung. Bis zum Jahre 1990 wurden auf diese Weise zwar die einzubeziehenden Entscheidungen nicht doppelt gezählt, aber die Straftat und die Sanktion, die Gegenstand der einbeziehenden Verurteilung bei einer Gesamtstrafenbildung war, fielen damit unter den Tisch.

Es ist eine Frage, ob man (Statistisches Bundesamt, Vorbemerkung zur Arbeitsunterlage „Strafverfolgung 1990“, Seite 5, letzter Absatz) dies – undifferenziert – als eine Untererfassung der freiheitsentziehenden Strafen ansieht. Dem Sachverhalt kommt man wohl näher, wenn man davon ausgeht, daß es sich hier um einen Zielkonflikt handelt, der letztlich nicht zu lösen ist und bei dem nur zweitbeste Lösungen praktiziert werden können. Nimmt man die einbeziehende Verurteilung in die Auswertung – wie dies ab 1991 in allen Bundesländern geschieht – so muß man sich vergegenwärtigen, daß in diese Verurteilungen – zumindest hinsichtlich der Einzelstrafe – die einbezoge-

nen Verurteilungen eingehen, das heißt insofern muß man mit einer Doppelerfassung leben, weil ja auch die Zählkarten der einbezogenen Entscheidungen ausgewertet worden sind. Nimmt man die Einbeziehung nicht in die Auswertung (wie in Nordrhein-Westfalen 1984 bis 1990), so vermeidet man die Doppelerfassung der einzubeziehenden Entscheidung, läßt aber die einbeziehende Entscheidung außer Acht; insofern also eine Untererfassung. Darauf, daß diese Untererfassung nur um den Preis der o. a. Doppelerfassung der einzubeziehenden Entscheidung zu vermeiden ist, sollte man allerdings deutlich hinweisen. Wenn dies geschieht, wird es dadurch um so interessanter, wie sich die Berücksichtigung der Einbeziehungen auf die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik auswirken. Die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (am angegebenen Ort), die für 1989 auf eine Untererfassung der freiheitsentziehenden Strafen in Höhe von etwa 40 % gehen, sind nicht nachvollziehbar. In Wirklichkeit sind die Auswirkungen – wie noch zu zeigen sein wird – weitaus bescheidener und liegen hauptsächlich bei den Verurteilungen zur Jugendstrafe und in geringerem Umfang bei den Verurteilungen zur Freiheitsstrafe; bei beiden Straforten in stärkerem Maße bei den längeren Strafen als bei den kurzfristigen Strafen.

Bevor man sich den Auswirkungen der Berücksichtigung der Einbeziehung auf die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik zuwendet, sollte der Vollständigkeit halber auf einen Fall der nachträglichen Gesamtstrafenbildung hingewiesen werden, der sich der Berücksichtigung in der Strafverfolgungsstatistik aus praktischen Gründen entzieht. Es handelt sich um die Gesamtstrafenbildung im Beschlußweg gem. § 460 StPO.

Nach dieser Vorschrift ist für den Fall, daß jemand durch verschiedene rechtskräftige Urteile zu Strafen ver-



urteilt worden ist und dabei die Vorschriften über die Zuerkennung einer Gesamtstrafe (§ 55 StGB) außer Betracht geblieben sind, vorgesehen, daß die erkannten Strafen durch eine nachträgliche Entscheidung auf eine Gesamtstrafe zurückzuführen sind. Diese Entscheidung ergeht im Beschlußweg. Dieser Fall der nachträglichen Gesamtstrafenbildung wird in der Strafverfolgungsstatistik nicht berücksichtigt, weil für die beiden Verfahren, in denen die Einzelstrafen verhängt worden sind, bereits Zählkarten ausgefüllt wurden und beide der Auswertung zugeführt worden sind. Eine Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildung im Beschlußweg in der Strafverfolgungsstatistik würde zu echten Doppelerfassungen führen. Wollte man diese Doppelerfassungen vermeiden, wäre eine zeitliche Verzögerung der Aufbereitung und Auswertung die Folge, die die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik uninteressant machen würden.

Im Jahre 1991 hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen die Verurteilungen mit nachträglicher Gesamtstrafenbildung nach § 55 StGB sowie von einheitlichen Jugendstrafen nach § 31 Abs. 2 JGG in der Strafverfolgungsstatistik berücksichtigt und die entsprechenden Datensätze gekennzeichnet, so daß eine gesonderte Betrachtung möglich ist. Dadurch ergibt sich die Chance, die Ergebnisse von 1984 bis 1990 – in denen die Einbeziehungen nicht berücksichtigt worden waren – einer neuen Bewertung zu unterziehen.

Seit 1984 mußten sich in Nordrhein-Westfalen jährlich etwa 247 000 Personen wegen Straftaten vor Gericht verantworten. Die Zahl der Abgeurteilten 1991 entsprach – wenn man die Einbeziehungen berücksichtigt – mit

244 533 in etwa dem Durchschnitt der letzten sieben vorangegangenen Jahre. Läßt man die Einbeziehungen – wie 1984 bis 1990 – außer Acht, so ist sogar ein geringer Rückgang gegenüber dem Durchschnitt der vorausgegangenen Jahre zu verzeichnen. Allerdings ist gegenüber dem Vorjahr wie 1990 in Bezug auf 1989 ein geringfügiger Anstieg zu beobachten, dessen Ursache aber – wie noch zu zeigen sein wird – zu Lasten der Ausländer geht. (Siehe Tabelle Seite 538.)

1991 waren gut vier Fünftel (81,1 %) der Abgeurteilten Erwachsene, ein Zehntel (10 %) Heranwachsende und ca. ein Dreizehtel (7,6 %) Jugendliche. Der Anteil der Frauen lag bei den Jugendlichen und bei den Heranwachsenden (jeweils 13,2 %) niedriger als bei der Gesamtzahl der Abgeurteilten (16,8 %), während die Frauen bei den Erwachsenen mit 17,6 % stärker vertreten waren.

Die Zunahme 1991 gegenüber dem Vorjahr wurde überwiegend von den Erwachsenen getragen.

Bei den Abgeurteiltenziffern (Abgeurteilte je 100 000 der entsprechenden Altersjahrgänge zu Beginn des jeweiligen Berichtszeitraums) sind für 1991 die auf den 1. 1. 1991 fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen aufgrund der Volkszählung 1987 berücksichtigt worden. Damit sind die Ungenauigkeiten bei den Bezugswerten, die sich durch die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen aufgrund der Volkszählung 1970 ergaben, die bis zum Jahre 1987 für die Bezugswerten zugrunde gelegt worden waren, beseitigt worden. (Siehe Tabelle 538.)

Das hat allerdings zur Folge, daß die Abgeurteiltenziffern, die einen Bezug der Zahlen der Abgeurteilten auf die Bevölkerung darstellen, für die Zeit bis 1987 mit den Zahlen ab 1988 nur noch eingeschränkt vergleichbar sind.

Allerdings kann man – abgesehen von dieser Einschränkung – für die männlichen und weiblichen Heranwachsenden, die in der Zahl der Aburteilungen Rückgänge der Zahlen aufzuweisen haben, den gleichen Anstieg der Abgeurteiltenziffern auf den besonders starken Rückgang der Bevölkerung in Folge des Pillenknicks (besonders bei den Geburtsjahren 1970 bis 1974) zurückführen. Die Zahl der gleichaltrigen Bevölkerung hat stärker abgenommen als die Zahl der Abgeurteilten, was zu einer höheren Abgeurteiltenziffer geführt hat. (Siehe Tabelle Seite 539.)

### Die Verurteilten nach Personengruppen

Im Jahre 1991 wurden in Nordrhein-Westfalen 185 686 Personen verurteilt. Gegenüber 1990 bedeutete das eine Zunahme von 6 789 Verurteilungen (+3,8 %), wenn man die nachträgliche Gesamtstrafenbildung berücksichtigt. Läßt man diese außer Acht (183 242), so betrug der Anstieg 4 345 = +2,4 %. Diese Zunahme betraf nur die Männer (4 797 = +3,2 %), weil die Zahl der Frauen (– 452 = –1,2 %) abnahm. Bei den Männern war diese Entwicklung überwiegend durch die Zunahme bei den Erwachsenen (+5 623) und Heranwachsenden (+1 001) bestimmt, während bei den Frauen die Abnahme bei den Erwachsenen (–172) und bei den Jugendlichen (–106) durch die Zunahme bei den Heranwachsenden (+12) nicht ausgeglichen wurde. Wenn man die nachträgliche Gesamtstrafenbildung unberücksichtigt läßt, ging die Zunahme gegenüber dem Vorjahr (+4 345 = +2,4 %) faßt ausschließlich zu Lasten der erwachsenen Männer.

Betrachtet man die Verurteilten, bei denen die Verurteilung eine nachträgliche Gesamtstrafenbildung enthielt

(2 444), so waren 1 062 = 43,5 % Erwachsene, 976 = 39,9 % Heranwachsende und 406 = 16,6 % Jugendliche. Heranwachsende und Jugendliche waren bei den Verurteilungen mit nachträglicher Gesamtstrafenbildung überrepräsentiert, denn bei den Verurteilungen insgesamt war nur jeder Elfte ein Heranwachsender (9,5 %) und nur jeder Achtzehnte ein Jugendlicher (5,5 %). Sieben Altersjahrgänge stellten somit drei Fünftel der Verurteilungen mit nachträglicher Gesamtstrafenbildung, was auf eine höhere Rückfallgeschwindigkeit schließen läßt. (Siehe Tabelle Seite 539.)

Siehe Grafik 1

Bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung war – abgesehen von den Veränderungen, die mit der neuen Basis der Bevölkerungszahlen durch die Volkszählung 1987 einhergehen – besonders die Auswirkung des Pillenknicks festzustellen. Speziell die Abnahme der Geburten in den Geburtsjahren 1970 bis 1974 war in ihrer Auswirkung auf die Bezugszahlen stärker als die Veränderungen der Zahlen der Verurteilten aus dieser Altersgruppe, was bei den weiblichen Jugendlichen zu einem Anstieg der Verurteilungsziffern führte. 1991 wurde der Rückgang der Verurteilungsziffern gegenüber dem Vorjahr von den Männern – in allen Altersgruppen – beeinflusst, weil der Anstieg der Bevölkerung die Zunahme bei der Zahl der Verurteilten übertraf. (Siehe Tabelle Seite 543.)

Siehe Grafiken 2 bis 5

Bei fünf Sechsteln der Verurteilungen (83,2 %) war das Strafgesetzbuch die verletzte Strafnorm, bei einem Sechstel (16,8 %) beruhte die Verurteilung auf anderem Bundes- oder Landesrecht (z. B. Betäubungsmittelgesetz). Hier wirkte sich die Berücksichtigung der Verurteilungen mit nachträglicher Gesamtstrafenbildung gem. § 55 StGB so gut wie nicht aus.

## Die gerichtlichen Entscheidungen

Der überwiegende Teil der Strafverfahren (75,9 %) endete wie in den Vorjahren mit einer Verurteilung, die restlichen führten zu Verfahrenseinstellungen (20,9 %) oder zu Freisprüchen (3,1 %). Allerdings gibt es hier beträchtliche Unterschiede zwischen den Erwachsenen einerseits und den Heranwachsenden und Jugendlichen andererseits. Wurden bei den Erwachsenen fast vier Fünftel (79,5 %) verurteilt, während nur fast ein Sechstel (17,3 %) der Strafverfahren durch Einstellung endete, so lag die Verurteilungsquote bei Heranwachsenden mit 64,7 % (Vorjahr: 62,2 %) und bei den Jugendlichen mit 54,9 % (Vorjahr: 55,0 %) erheblich niedriger – was bei den Heranwachsenden und bei Jugendlichen durch einen größeren Anteil der Verfahrenseinstellungen

gen. (32,3 % bzw. 42,7 %), (Vorjahr: 34,3 % bzw. 42,5 %) verursacht wurde. Soweit sich gegenüber dem Vorjahr Veränderungen bei den Verurteilungsquoten ergeben haben, beruhen sie auf der Berücksichtigung von nachträglichen Gesamtstrafenbildungen, die nur bei Verurteilungen möglich sind. Besonders stark aus dem Rahmen fällt der Anteil der Verfahrenseinstellungen bei den Strafverfahren, die Betrug (§§ 263 bis 265b StGB) zum Gegenstand der Urteilsfindung hatten. Hier führte insgesamt jedes vierte Strafverfahren (25,4 %) und bei den Erwachsenen jedes fünfte (20,2 %, Vorjahr: 20,9 %), bei den Heranwachsenden fast jedes zweite (47,2 %, Vorjahr: 51,1 %) und bei den Jugendlichen fast zwei Drittel (65,8 %, Vorjahr: 61,9 %) Strafverfahren zu einer Verfahrenseinstellung. (Siehe Tabellen Seite 540ff.)

Verurteilte 1984 – 1991 nach angewandter Rechtsnorm						
Jahr	Verurteilte wegen Straftaten					
	insgesamt		davon gegen			
			das StGB		anderes Bundes- und Landesrecht	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1984	204 912	100	171 837	83,9	33 075	16,1
1985	193 177	100	162 765	84,3	30 412	15,7
1986	182 298	100	153 955	84,5	28 343	15,5
1987	177 718	100	149 438	84,1	28 280	15,9
1988	180 705	100	151 858	84,0	28 847	16,0
1989	177 487	100	149 311	84,1	28 176	15,9
1990	178 897	100	150 702	84,2	28 195	15,8
1991 <sup>1)</sup>	183 242	100	152 330	83,1	30 912	16,9
1991 <sup>2)</sup>	185 686	100	154 424	83,2	31 262	16,8

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

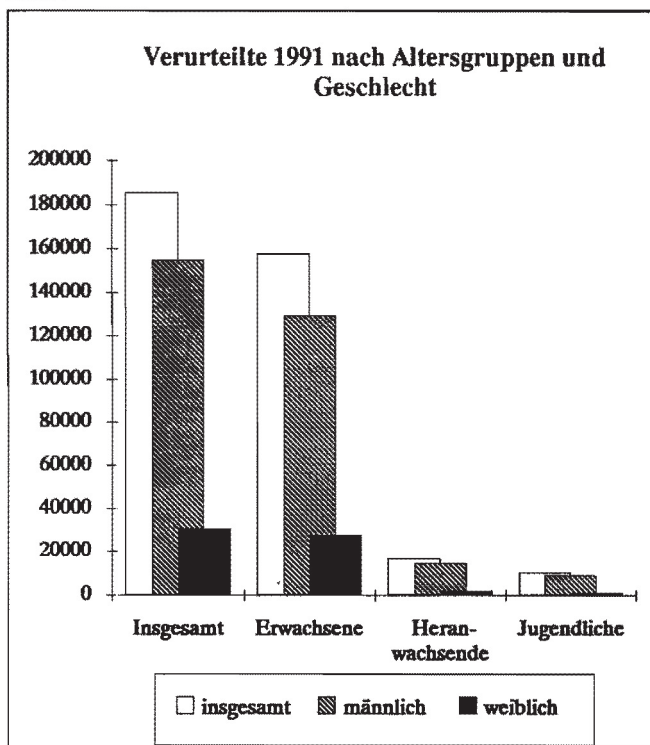
Gerichtliche Entscheidungen 1984 – 1991								
Jahr	Verurteilungen		Freisprüche		Einstellungen		Andere Entscheidungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1984	204 912	75,5	8 880	3,3	57 543	21,2	138	0,1
1985	193 177	74,9	8 926	3,5	55 631	21,6	226	0,1
1986	182 298	74,6	8 488	3,5	53 378	21,8	249	0,1
1987	177 718	74,0	8 608	3,6	53 721	22,4	129	0,1
1988	180 705	74,9	8 177	3,4	52 275	21,7	118	0
1989	177 487	74,9	7 977	3,4	51 475	21,7	131	0,1
1990	178 897	74,9	8 044	3,4	51 726	21,7	127	0,1
1991 <sup>1)</sup>	183 242	75,7	7 618	3,1	51 057	21,1	172	0,1
1991 <sup>2)</sup>	185 686	75,9	7 618	3,1	51 057	20,9	172	0,1

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

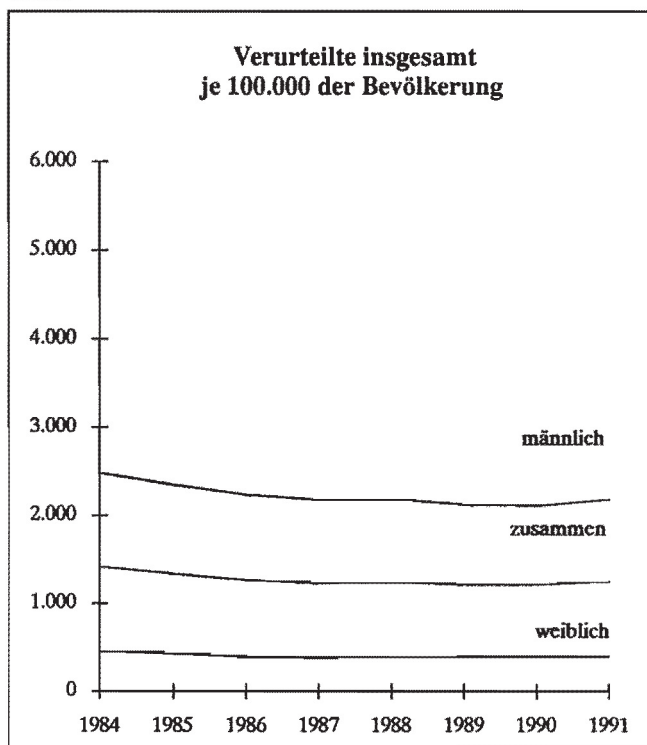
Fortsetzung Seite 518



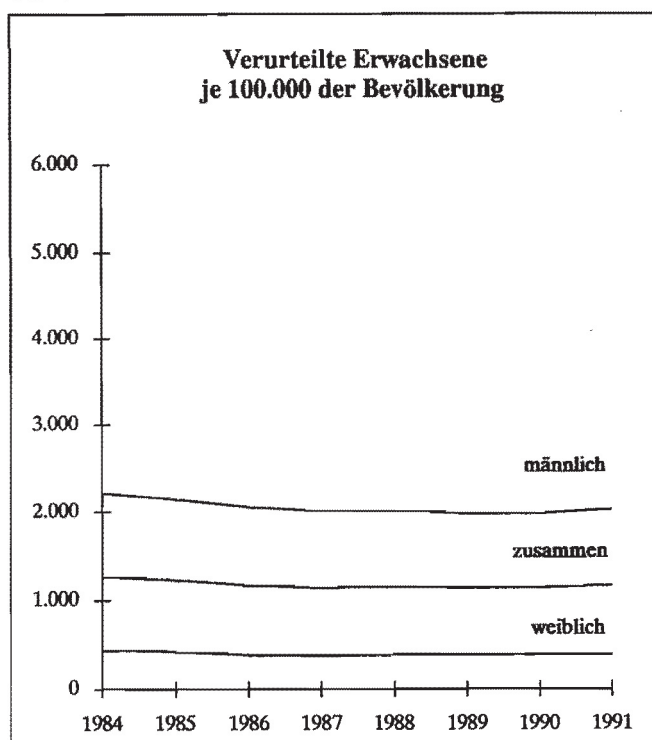
Grafik 1



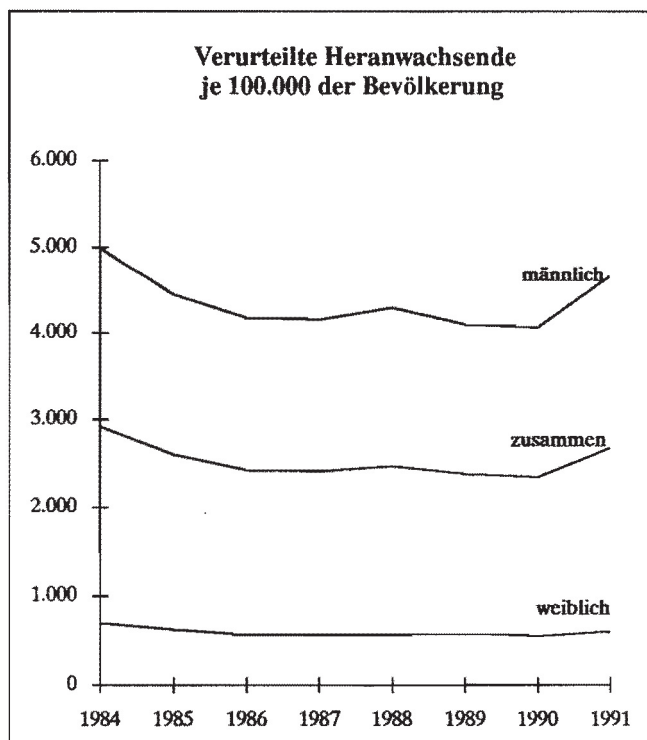
Grafik 2



Grafik 3



Grafik 4





Von den im Jahre 1991 Verurteilten (185 686) waren 80 308 = 43,2 % vorbestraft. Bei den Männern lag der Anteil der Vorbestraften mit 45,8 % merklich höher als bei den verurteilten Frauen (30,4 %). Der Anteil der Vorbestraften an der Zahl der Verurteilten lag damit nur geringfügig unter dem Durchschnitt der letzten 8 Jahre (44,6 %).

Der Anteil der Vorbestraften an der Zahl der Verurteilten war unterschiedlich je nach dem, ob Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht angewendet wurde und bei den einzelnen Altersgruppen. Bei den nach Erwachsenenstrafrecht Verurteilten betrug der Anteil der Vorbestraften 43,3 %, und bei den nach Jugendstrafrecht Verurteilten waren 42,6 % bereits vorher verurteilt worden.

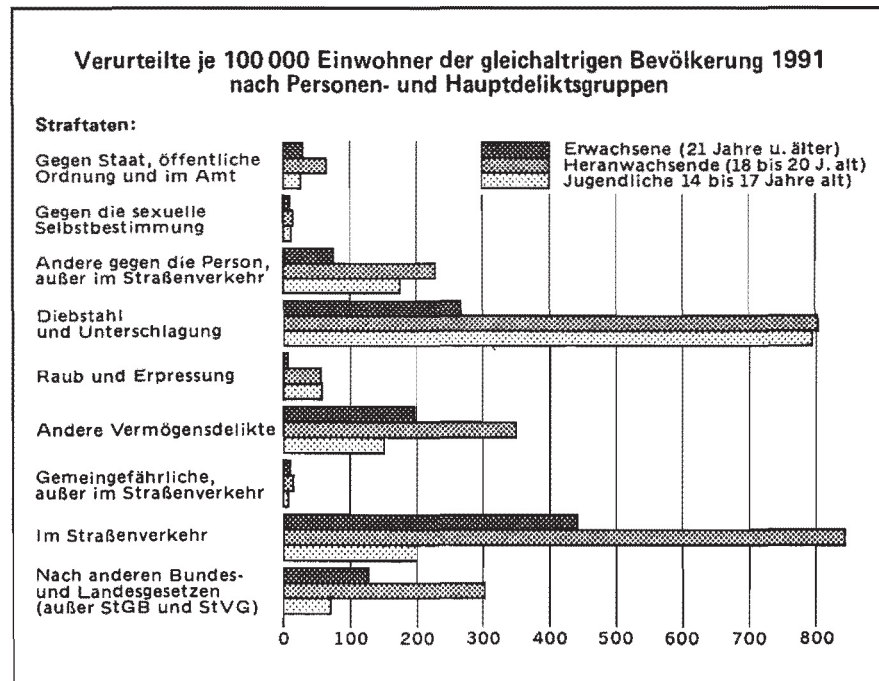
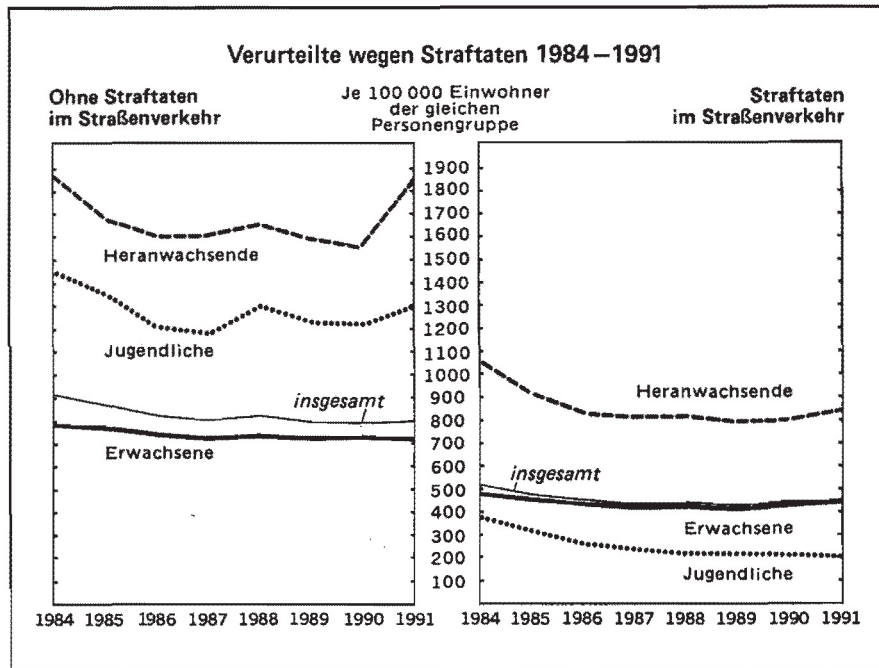
Bei den Erwachsenen betrug der Anteil der Vorbestraften 43,7 %, bei den nach Erwachsenenstrafrecht verurteilten Heranwachsenden 32,8 %. Von den nach Jugendstrafrecht verurteilten Heranwachsenden war jeder zweite bereits vorher verurteilt (50,9 %) und bei den Jugendlichen jeder Dritte (33,3 %). Von den 80 308 als Vorbestrafte Verurteilten des Jahres 1991 war fast jeder Dritte (29,7 %) einmal vorher straffällig geworden, jeder sechste (16,2 %) hatte zwei Vorstrafen, jeder fünfte (19,4 %) war drei- oder viermal vorbestraft und mehr als jeder dritte (34,7 %) hatte fünf- oder mehrmal als Verurteilter vor dem Richter gestanden.

### Personen- und Deliktsgruppen

Vergleicht man den Anteil Erwachsener (85,4 %), Heranwachsender (9,2 %) und Jugendlicher (5,4 %) an allen Straftaten, die 1991 zu einer Verurteilung geführt haben, mit dem Anteil dieser Personen an den Deliktsgruppen, so ergeben sich unterschiedliche Strukturen. Der Anteil der verurteilten Erwachsenen war bei den gemeinge-

fährlichen Staftaten (91,5 %) am höchsten. Bei den Verurteilungen wegen Straftaten im Straßenverkehr (89,6 %), wegen anderer Vermögensdelikte (89,0 %), wegen Straftaten ge-

gen andere Bundes- und Landesgesetze (außer Strafgesetzbuch und Straßenverkehrsgesetz) (88,1 %) sowie gegen die sexuelle Selbstbestimmung (86,8 %) war der Anteil der Er-



wachsenen überdurchschnittlich hoch. Andererseits waren die Erwachsenen bei Diebstahl und Unterschlagung (78,1 %) und bei Raub und Erpressung (59,1 %) unterdurchschnittlich vertreten.

Während in den Jahren 1969 bis 1983 jeweils mehr Jugendliche und Heranwachsende als Erwachsene wegen Raubes oder Erpressung in Nordrhein-Westfalen verurteilt worden waren, sind seit 1984 mehr Erwachsene wegen dieser Delikte verurteilt worden.

Bei den Heranwachsenden übertraf die Deliktgruppe Raub und Erpressung (18,7 %) den Anteil der Heranwachsenden an der Zahl der Verurteilungen insgesamt erheblich.

Der Anteil der Heranwachsenden an den Verurteilungen wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze stieg von 5 % im Jahre 1968 auf 9,6 % im Jahre 1991. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf den hohen Anteil der Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln zurückzuführen, die 1991 knapp sieben Zehntel (68 %) aller Verurteilungen Heranwachsender wegen Straftaten gegen andere Bundes- oder Landesgesetze ausmachten. 1990 hatte dieser Anteil bei gut sieben Zehntel, 1989 bei zwei Drittel, 1988 bei drei Fünftel, 1987 und 1986 bei 63 %, 1985 bei 62 %, 1984 bei zwei Drittel (66 %) und 1983 bei drei Fünftel (60 %) gelegen.

Bei Raub und Erpressung (22,2 %) sowie Diebstahl und Unterschlagung (11,3 %) war der Anteil der Jugendlichen fast vier- bzw. zweimal so hoch wie an den Verurteilungen Jugendlicher wegen Straftaten insgesamt. Bei den übrigen Deliktgruppen – bis auf die anderen Straftaten gegen die Person (9,2 %) und gegen die sexuelle Selbstbestimmung (6,2 %) – lagen die Anteile der Verurteilungen Jugendlicher dagegen merklich unter dem Durchschnitt.

Vergleicht man den Anteil der einzelnen Deliktgruppen an der Gesamtkriminalität innerhalb der einzelnen Personengruppen, so ergibt sich, daß 1991 wie von 1985 bis 1990 mit 36 % ein gutes Drittel der Verurteilten wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr verurteilt worden sind. Vor 17 Jahren – 1974 – waren dies mit 47,6 % noch 11,6 Prozentpunkte mehr. Etwa ein Viertel (25,3 %) ist 1991 wegen Diebstahls oder Unterschlagung zur Verantwortung gezogen worden. Die übrigen Deliktgruppen machten mit Ausnahme der anderen Vermögensdelikte (16,1 %) – vor 15 Jahren (1976) waren dies erst 8,7 % gewesen – und der Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze weniger als ein Zehntel aller Verurteilungen aus. (Siehe Tabellen S. 543 u., 547 o.)

Siehe Grafiken 6 bis 9

Bei den Erwachsenen wiesen – wie in den Vorjahren – die Straßenverkehrsdelikte mit 38,2 % sowie Diebstahl und Unterschlagung (22,9 %) die höchsten Anteile auf. Im übrigen wichen die Werte nicht oder nur unwesentlich von denen der Verurteilten insgesamt ab.

Bei den Heranwachsenden hatten ebenfalls die Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr mit 32,9 % sowie Diebstahl und Unterschlagung mit 28,8 % die höchsten Anteile. Im übrigen wichen auch hier die Anteile der einzelnen Deliktgruppen an der Gesamtzahl der verurteilten Heranwachsenden von den entsprechenden Werten bei den Verurteilten insgesamt nur wenig ab.

Bei den Jugendlichen überwogen Diebstahl und Unterschlagung (52,8 %) vor den Straftaten im Straßenverkehr (13,9 %). Diese beiden Deliktgruppen machten ebenso wie in den letzten acht Jahren zusammen etwa zwei Drittel aller Verurteilungen Jugendlicher aus.

## Die speziellen Verurteilungsziffern

Über die Häufigkeit der Straftaten bei Erwachsenen, Heranwachsenden und Jugendlichen geben die speziellen Verurteilungsziffern Aufschluß. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die so feststellbare Häufigkeit der Straftaten keinen sicheren Rückschluß auf die Kriminalität zuläßt. Außeracht gelassen sind die strafbaren Handlungen, bei denen es nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, sei es in Folge Freispruchs oder in Folge Einstellung des Verfahrens. Das sind u. a. die Fälle, in denen Beweisschwierigkeiten oder Geringfügigkeit der Schuld der Verurteilung entgegenstanden. Außerdem ist die Zahl der Straftaten nicht erfaßt, die bekannt wurden, aber nicht aufgeklärt werden konnten. Schließlich fehlen auch die Straftaten, die begangen wurden, aber nicht bekannt geworden sind (Dunkelziffer).

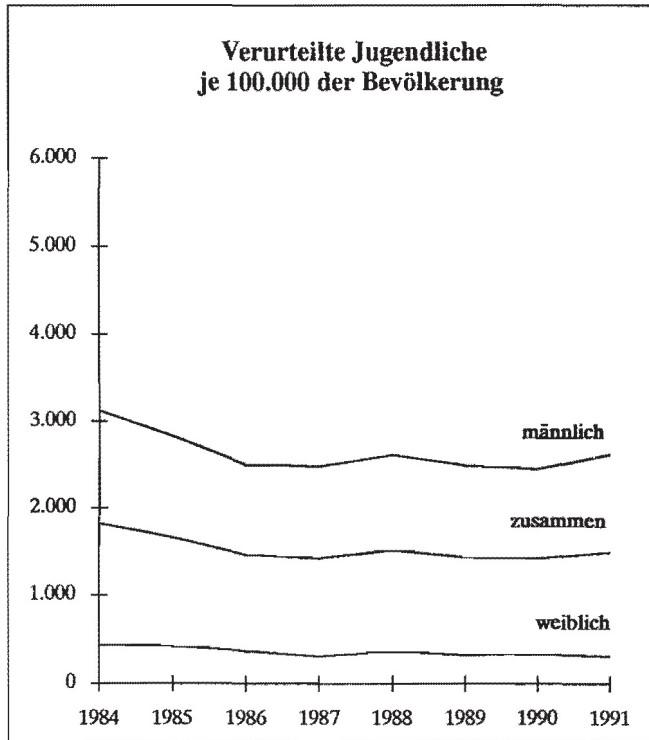
Im Jahre 1991 wurden von 100 000 erwachsenen Einwohnern 28 wegen Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt verurteilt, während die entsprechenden Ziffern bei den Heranwachsenden 64 und bei den Jugendlichen 25 betragen.

Von 100 000 der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung wurden 1991 8 Erwachsene, 14 Heranwachsende und 12 Jugendliche wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt. (Siehe Tabelle Seite 544f.)

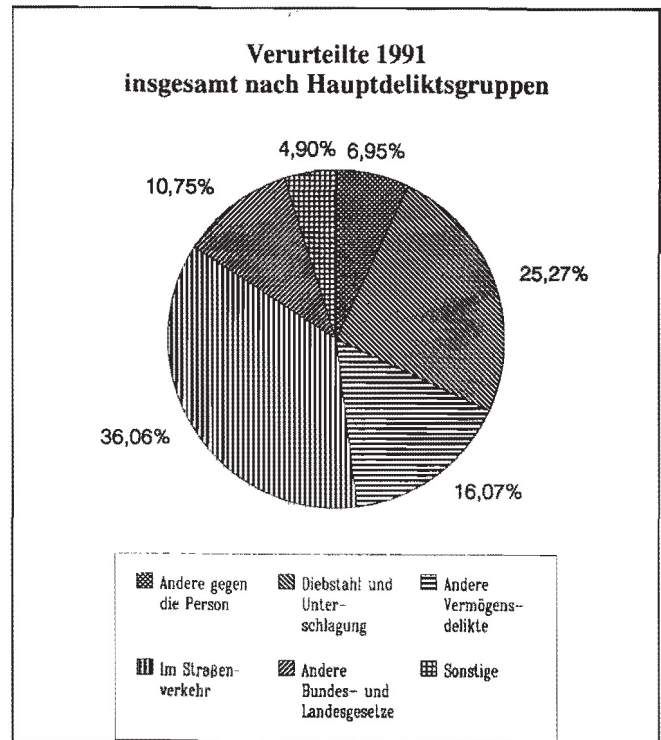
Wegen Straftaten gegen die Person, ohne Straftaten im Straßenverkehr, wurden 1991 je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung 75 Erwachsene, 230 Heranwachsende und 177 Jugendliche verurteilt. Bei dieser Deliktgruppe, die durch Anwendung von Gewalt sowie durch Nichtachtung der Integrität anderer und durch Rücksichtslosigkeit gekennzeichnet ist, lag die Kriminalität der Heranwachsenden fast dreimal so hoch wie



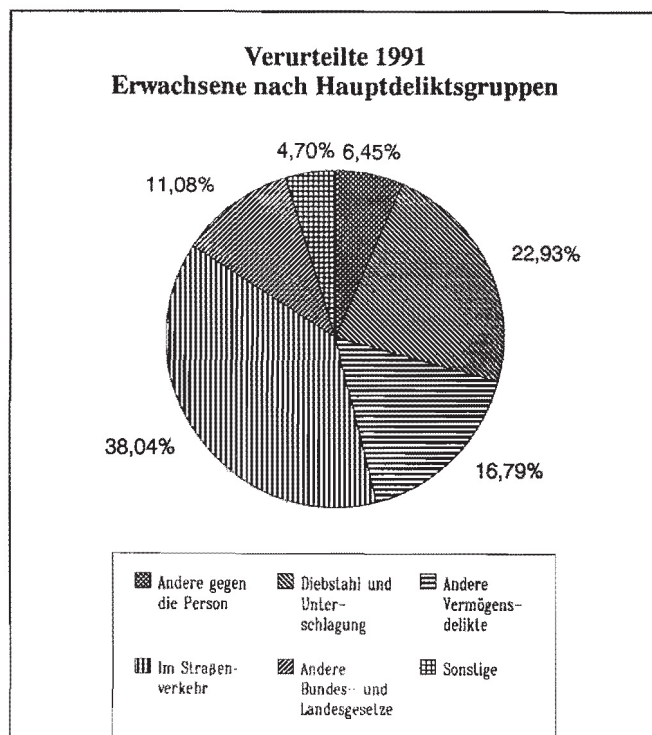
Grafik 5



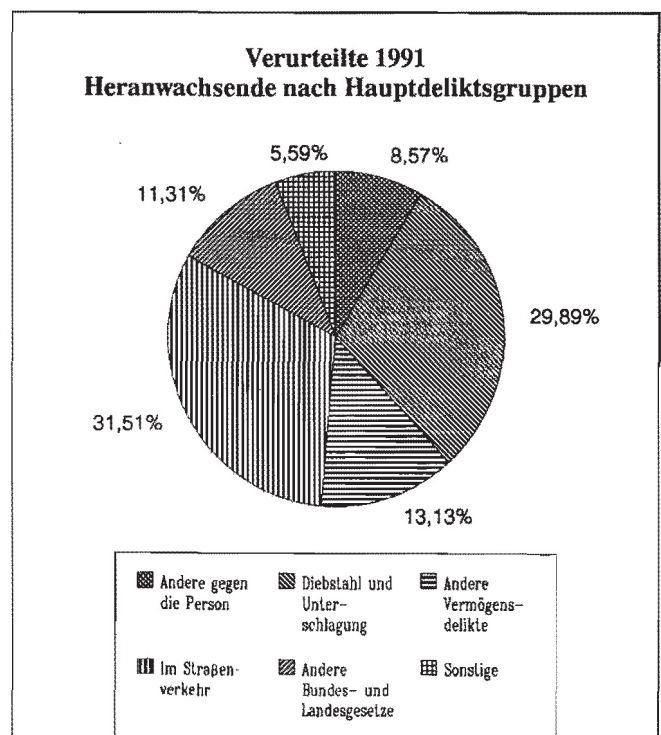
Grafik 6



Grafik 7



Grafik 8





bei den Erwachsenen und um drei Zehntel höher als bei den Jugendlichen.

Die Deliktsgruppe Diebstahl und Unterschlagung verzeichnete 1991 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung bei den Erwachsenen 268, bei den Heranwachsenden 801 und bei den Jugendlichen 798 Verurteilte.

Der Anstieg der Verurteiltenziffern von 1990 auf 1991, insbesondere bei den Heranwachsenden wie bei den Jugendlichen in dieser Straftatengruppe, bestimmte die Zunahme der Verurteilungen je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung insgesamt. Hier sind die Fälle von nachträglicher Gesamtstrafenbildung besonders als Ursache hervorzuheben.

Im Jahre 1991 wurden auf 100 000 Personen gleichen Alters wegen Raubes und Erpressung 7 Erwachsene, 56 Heranwachsende und 57 Jugendliche verurteilt.

Wegen anderer Vermögensdelikte (§§ 257 bis 305 StGB: Begünstigung, Hehlerei, Betrug etc.) wurden 1991 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung 196 Erwachsene, 352 Heranwachsende und 150 Jugendliche verurteilt. Sieht man von dem Einbruch im Jahre 1985 (bei den Heranwachsenden auch 1984) ab, hat sich bei den Heranwachsenden der seit 1979 bis 1987 in dieser Straftatengruppe andauernde stetige Zuwachs der Verurteiltenziffern von 1988 bis 1990 nicht mehr fortgesetzt, während bei den Jugendlichen der seit 1983 zu beachtende Rückgang 1988 und 1989 von einem Anstieg abgelöst wurde, der allerdings durch den Rückgang der gleichaltrigen Bevölkerung bedingt war. Die absoluten Zahlen und die Verurteiltenziffern sind 1991 bei den Heranwachsenden und Jugendlichen gestiegen.

Wegen gemeingefährlicher Straftaten (ohne im Straßenverkehr) wurden 1991 auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung 11 Erwachsene, 15 Heranwachsende und 7 Jugendliche verurteilt.

Straftaten im Straßenverkehr führten 1991 bei 444 Erwachsenen, bei 844 Heranwachsenden und bei 201 Jugendlichen – bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung – zu einer Verurteilung.

Im Jahre 1991 wurden auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze – außer Strafgesetzbuch und Straßenverkehrsgesetz – 129 Erwachsene, 303 Heranwachsende und 71 Jugendliche verurteilt. Bei den Erwachsenen standen dabei Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz (53; 1990: 44), das Pflichtversicherungsgesetz (34; 1990: 31), die Abgabenordnung (25; 1990: 23), das Asylverfahrensgesetz (4; 1990: 5), das Ausländergesetz (4; 1990: 7) und das Waffengesetz (3; 1990: 3) im Vordergrund. Bei den Heranwachsenden lagen die Schwerpunkte 1991 bei den Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz (225; 1990: 150), das Pflichtversicherungsgesetz (42; 1990: 48), das Asylverfahrensgesetz (4; 1990: 6), das Ausländergesetz (5; 1990: 6), das Waffengesetz (6; 1990: 6) und die Ab-

gabenordnung (7; 1990: 4). Bei 49 Verurteilungen auf 100 000 der Jugendlichen Nordrhein-Westfalens (1990: 31) machten die Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz 1991 sieben Zehntel und die 16 Verurteilungen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung (1990: 12) gegen das Pflichtversicherungsgesetz 1991 ein Fünftel der Verurteilungen wegen Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze aus. Das waren bei den Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz 3,3 % (1990: 2,2 %) und bei den Straftaten gegen das Pflichtversicherungsgesetz 1,1 % (1990: 0,8 %) der Verurteilungen aller Jugendlichen 1991.

### Straftaten im Straßenverkehr

1991 betrug der Anteil der wegen Straftaten im Straßenverkehr Verurteilten 36,1 %. Mit 66 953 Verurteilungen ist 1991 die im Jahre 1988 eingeleitete Aufwärtsentwicklung fortgesetzt worden (+2 975 = +4,7 %). Der erreichte Wert lag erstmals knapp über dem Durchschnitt der letzten sieben vorausgegangenen Jahre (+2,7 %).

Bei den mit dem Straßenverkehr zusammenhängenden Straftaten wurden die meisten Personen (29 589 = 44,2 %) wegen Trunkenheit des Fahrers im Verkehr (§ 316 StGB) verurteilt. Hier hat sich die seit 1990 zu

Wegen Delikten im Straßenverkehr Verurteilte 1984 – 1991					
Jahr	Verurteilte				
	insgesamt	darunter wegen Straftaten im Straßenverkehr			
		zusammen		darunter nach dem StGB	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1984	204 913	73 771	36,0	60 771	29,7
1985	193 177	67 887	35,1	57 055	29,5
1986	182 298	64 618	35,4	55 017	30,2
1987	177 718	61 796	34,8	52 609	29,6
1988	180 705	62 324	34,5	53 167	29,4
1989	177 487	61 865	34,9	52 721	29,7
1990	178 897	63 978	35,8	53 841	30,1
1991 <sup>1)</sup>	183 242	66 660	36,4	55 476	30,3
1991 <sup>2)</sup>	185 686	66 953	36,1	55 657	30,0

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

beobachtende Zunahme der Verurteilungen 1991 fortgesetzt (+10 %). (Siehe Tabelle Seite 546.)

Die Verurteilungen wegen fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall (§ 230 StGB) haben 1991 mit 8 673 (13 %) kräftig gegenüber dem Vorjahr abgenommen (-7,8 %). Vor zehn Jahren waren es etwa doppelt so viel gewesen. Bei fahrlässiger Körperverletzung im Straßenverkehr waren die Rückgänge bei den Heranwachsenden (-17,6 %) prozentual stärker als bei den Erwachsenen (-6,6 %).

Bei den Verurteilungen wegen fahrlässiger Tötung in Verbindung mit einem Straßenverkehrsunfall hat sich die 1987 erstmalige Zunahme seit 1978 gegenüber dem Vorjahr als einmalige Erscheinung erwiesen. 1991 wurden 8,4 % weniger als 1990 deswegen verurteilt. Wegen Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB) wurden 1991 7 097 Personen verurteilt, 1,2 % mehr als im Vorjahr. Die Zahl der 1991 wegen Flucht nach einem Verkehrsunfall (§ 142 StGB) Verurteilten (9 200) lag um -3,1 % niedriger als im Vorjahr.

Die Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Straßenverkehrsgesetz 1991 (11 296) haben dagegen gegenüber dem Vorjahr um 11,4 % zugenommen und damit den Stand von vor 6 Jahren erreicht.

Im Jahr 1991 wurde bei 43 828 Personen als Maßregel der Besserung und Sicherung die Fahrerlaubnis entzogen, und zwar bei 39 950 Erwachsenen (91,2 %), 3 445 Heranwachsenden (7,9 %) und bei 433 Jugendlichen (1,0 %). Diese Maßnahme wird hauptsächlich in Verbindung mit Straftaten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr angewandt, und dabei spielen Trunkenheitsdelikte eine herausragende Rolle.

Ein Fahrverbot als Nebenstrafe wurde in 8 160 Fällen verhängt, und zwar bei 6 988 Erwachsenen (85,6 %), bei 875 Heranwachsenden (10,7 %) und bei 297 Jugendlichen (3,6 %).

Sowohl bei der Entziehung der Fahrerlaubnis als auch bei der Verhängung des Fahrverbots ist allerdings in den letzten 8 Jahren ein stetiger Rückgang zu verzeichnen – sieht man von dem Anstieg 1990 gegenüber dem Vorjahr einmal ab. Dieser Rückgang war besonders ausgeprägt bei den Heranwachsenden und Jugendlichen, während bei den Erwachsenen seit dem Jahre 1986 ein geringfügiges Ansteigen zu beobachten war. Offensichtlich machen sich die Verhaltensänderungen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Straftaten (insbesondere Straßenverkehrsdelikte) bei den Heranwachsenden und Jugendlichen schneller bemerkbar als bei den Erwachsenen.

## Die Untersuchungshaft

Seit dem Jahr 1975 wird bundeseinheitlich in der Strafverfolgungsstatistik erhoben, wie häufig und aus welchen Gründen Untersuchungshaft angeordnet wird und wie lange sie dauert.

In rd. 3 % aller Fälle, in denen in der Zeit von 1975 bis 1991 in Strafverfahren das Hauptverfahren eröffnet worden ist, ist Untersuchungshaft angeordnet worden. 1991 lag der Anteil der Anordnungen von Untersuchungshaft an der Zahl der eröffneten Hauptverfahren mit 2,6 % geringfügig über dem Durchschnitt der letzten 4 Jahre. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Anordnungen von Untersuchungshaft um +1 387 = +25,7 % zugenommen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist nur zum geringen Teil darauf zurückzuführen, daß durch die Berücksichtigung der Urteile mit nachträglicher Gesamtstrafenbildung auch die Zahl von Untersuchungshaftanordnungen (+442) zugenommen hat.

Die Untersuchungshaft dauerte 1991 bei gut einem Viertel (27,5 %) der Fälle weniger als einen Monat. Bei je einem Viertel (25,2 bzw. 24,9 %) dauerte sie mehr als einen Monat bis einschließlich drei Monate bzw. mehr als drei Monate bis einschließlich ein halbes Jahr. Damit dauerte bei knapp einem Viertel (22,5 %) die Untersuchungshaft länger als sechs Monate. Nur jeder 15. Untersuchungshäftling war länger als ein Jahr in Untersuchungshaft. Hier handelte es sich in erster

Dauer der Untersuchungshaft 1988 – 1991 nach Monaten								
Jahr		Personen mit Untersuchungshaft nach der Dauer der Untersuchungshaft						
		bis einschl. 1	mehr als				1	insgesamt
			1	3	6 Monate			
			bis einschl.					
			3	6	1			
		Monat(en)			Jahr			
1988	Anzahl	1 286	1 306	1 271	937	342	5 142	
	%	25,0	25,4	24,7	18,2	6,7	100	
1989	Anzahl	1 549	1 170	1 245	891	338	5 193	
	%	29,8	22,5	24,0	17,2	6,5	100	
1990	Anzahl	1 507	1 293	1 337	949	317	5 403	
	%	27,9	23,9	24,7	17,6	5,9	100	
1991 <sup>1)</sup>	Anzahl	1 755	1 587	1 551	1 025	430	6 348	
	%	27,6	25,0	24,4	16,1	6,8	100	
1991 <sup>2)</sup>	Anzahl	1 865	1 710	1 688	1 082	445	6 790	
	%	27,5	25,2	24,9	15,9	6,6	100	

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen



Linie um Straftäter, denen Straftaten gegen das Leben, Raub und Erpressung, Vergewaltigung oder Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Last gelegt worden waren.

1991 war die Dauer der Untersuchungshaft in mehr als neun von zehn Fällen (92,9 %) kürzer als die verhängte Strafe. Bei jedem 48. Untersuchungshäftling fiel jeweils die Strafe gleichlang aus wie die Untersuchungshaft (2,1 %). Bei jedem 20. Untersuchungshäftling dauerte die Untersuchungshaft länger als die verhängte Strafe (5,0 %), wobei aller-

dings zu berücksichtigen ist, daß 2,1 % der Verfahren mit Anordnung der Untersuchungshaft durch Freispruch oder Verfahrenseinstellung endeten.

Außer über die Dauer der Untersuchungshaft sind auch Aussagen über die Haftgründe möglich. Nach § 112 StPO darf Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten angeordnet werden, wenn er der Tat dringend verdächtig ist und ein Haftgrund besteht. Ein Haftgrund liegt vor, wenn der Verdächtige flüchtig ist oder Fluchtgefahr besteht, weiter bei Verdunke-

lungsgefahr, weil der Beschuldigte den dringenden Verdacht begründet, Beweismittel zu vernichten, zu verändern, beiseite zu schaffen, zu unterdrücken oder zu fälschen, auf Mitbeschuldigte, Zeugen oder Sachverständige in unlauterer Weise einzuwirken oder andere zu solchem Verhalten zu veranlassen, und Gefahr besteht, daß die Ermittlung der Wahrheit erschwert wird, außerdem, wenn der Beschuldigte einer Straftat gegen das Leben dringend verdächtig ist und schließlich, wenn Wiederholungsgefahr bei dringendem Verdacht einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, bei gefährlicher oder schwerer Körperverletzung, bei Körperverletzung mit Todesfolge, bei schwerem Diebstahl, Bandendiebstahl, Diebstahl mit Waffen, Raub und Erpressung, Betrug, Brandstiftung und Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz besteht. Da mehrere Haftgründe nebeneinander vorliegen können, sind alle Haftgründe erhoben und ausgewiesen worden.

Bei mehr als neunzehn von zwanzig der 1991 Abgeurteilten mit Untersuchungshaft (6 541 = 96,3 %) war Untersuchungshaft angeordnet worden, weil der Beschuldigte flüchtig war oder Fluchtgefahr bestand. Der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr spielte wie in den Vorjahren mit 268 = 3,9 % Fällen eine untergeordnete Rolle. Bei 67 = 1,0 % Anordnungen von Untersuchungshaft hat zunächst der Verdacht auf eine Straftat wider das Leben bestanden, ohne daß Flucht- oder Verdunkelungsgefahr bestanden haben mußte. Bei 53 dieser Fälle wurde das Verfahren wegen einer in § 112 Abs. 3 StPO genannten Straftat (§§ 129a, 211, 212, 220a, 311 StGB) beendet. Bei einem Fünftel (20,9 %) dieser Fälle blieb am Ende der Hauptverhandlung eine weniger schwere Straftat, wie gefährliche Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge oder Vollrausch übrig. Hier wird ansatzweise deutlich, wie

Dauer der Untersuchungshaft 1988 – 1991						
Jahr		Personen mit Untersuchungshaft nach der Dauer der Untersuchungshaft				
		länger	kürzer	gleich lang wie	insgesamt	darunter Freispruch und Verfahrenseinstellung
		erkannte Strafe				
1988	Anzahl	125	4 902	115	5 142	54
	%	2,4	95,3	2,2	100	1,1
1989	Anzahl	298	4 768	127	5 193	59
	%	5,7	91,8	2,4	100	1,1
1990	Anzahl	216	5 056	131	5 403	106
	%	4,0	93,6	2,4	100	2,0
1991 <sup>1)</sup>	Anzahl	339	5 868	141	6 348	142
	%	5,3	92,4	2,2	100	2,2
1991 <sup>2)</sup>	Anzahl	339	6 310	141	6 790	142
	%	5,0	92,9	2,1	100	2,1

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Personen mit Untersuchungshaft 1988 – 1991 nach den Haftgründen					
Jahr		Personen mit Untersuchungshaft nach Haftgründen <sup>1)</sup>			
		flüchtig oder Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 1, 2 StPO)	Verdunkelungs- gefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO)	Straftaten wider das Leben (§ 112 Abs. 3 StPO)	Wiederholungs- gefahr (§ 112 Abs. 1 Nr. 1, 2 StPO)
1988	Anzahl	4 882	228	80	121
	%	94,9	4,4	1,6	2,4
1989	Anzahl	4 962	251	69	115
	%	95,6	4,8	1,3	2,2
1990	Anzahl	5 196	228	60	88
	%	96,2	4,2	1,1	1,6
1991 <sup>2)</sup>	Anzahl	6 115	252	66	118
	%	96,3	4,0	1,0	1,9
1991 <sup>3)</sup>	Anzahl	6 541	268	67	122
	%	96,3	3,9	1,0	1,8

1) auch nebeneinander – 2) ohne Einbeziehungen – 3) mit Einbeziehungen



sich bei der Zahl der Straftaten gegen das Leben die Zahl der von der Polizei ermittelten Verdächtigen über das Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft bis zum Hauptverfahren bei Gericht in andere Straftaten verlagert.

Bei 122 (1,8 %) Abgeurteilten mit angeordneter Untersuchungshaft lag der Haftgrund in der Wiederholungsgefahr nach dem Verdacht einer Körperverletzung, eines Diebstahls, einer Urkundenfälschung, einer Brandstiftung oder von Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz.

## Die Straffälligkeit der Ausländer

Die Straffälligkeit der Ausländer läßt sich am ehesten anhand von Verurteilungsziffern nach Alter und Geschlecht, Staatsangehörigkeit und nach den Straftaten betrachten. Auf diese Weise können Unterschiede zur Straffälligkeit der Deutschen und unter den Angehörigen der einzelnen Staatsangehörigkeiten am klarsten herausgearbeitet werden. Dabei mußten schon in der Vergangenheit einige Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden, weil in die Bezugswahlen der ausländischen Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit diejenigen Ausländer nicht eingehen, die sich illegal oder als Touristen oder Durchreisende in Nordrhein-Westfalen aufhalten, so daß die Verurteilungsziffern der Ausländer tendenziell als zu hoch angesehen werden mußten. Weil im übrigen im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung eine Unterscheidung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten nicht möglich war, wurden für die ausländische Bevölkerung die Zahlen des Ausländerzentralregisters herangezogen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Zahlen der Ausländer – nicht nur – in Nordrhein-Westfalen nach der Volkszählung 1987 erheblich

von den letzten Zahlen des Ausländerzentralregisters abweichen. Weil auch die Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung von den letzten Zahlen für Ausländer aus dem Ausländerzentralregister stark abweichen, ist für die Zeit ab 1988 hinsichtlich der Ausländer bei den Verurteilungsziffern ein Bruch eingetreten, der eine Vergleichbarkeit mit den Jahren vor 1988 unmöglich macht.

Ab 1991 ist die Erfassung einzelner Staatsangehörigkeiten geändert worden, weil die Bevölkerungsfortschreibung lediglich die Griechen, die Italiener, die sonstigen EG-Staatsangehörigen sowie die Jugoslawen und die Türken und die sonstigen Staatsangehörigkeiten bzw. Staatenlosen gesondert ausweist. Will man für die Zukunft Zahlen der ausländischen Verurteilten auf die Bevölkerung derselben Staatsangehörigkeit beziehen (Verurteilungsziffer), war dieser Schritt erforderlich. Von daher ergibt sich durch den Wegfall der gesonderten Ausweisung der Zahlen der Spanier und Portugiesen aus dem Kreis der ehemaligen sechs Anwerbeländer von Gastarbeitern, die nunmehr in der Zahl der Angehörigen der sonstigen EG-Staaten aufgegangen sind, auch eine andere Eingrenzung der Zahl der sonstigen Staatsangehörigen und Staatenlosen als Restkategorie. Insofern ist auch bei den Unterkategorien der Ausländer nach einzelnen Staatsangehörigkeiten 1991 eine Zäsur eingetreten, die wegen der Synchronisierung mit der Bevölkerungsfortschreibung erforderlich geworden ist.

Auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung wurden 1991 (1990) in Nordrhein-Westfalen 146 % (127 %) mehr Ausländer und Staatenlose (1991: 2 739; 1990: 2 509) als Deutsche (1991: 1 104; 1990: 1 107) verurteilt. Bei den Frauen überstieg die Zahl der Ausländerinnen (1991: 852; 1990: 831) die der Deutschen (1991: 364; 1990: 375) um mehr als das Doppelte

(1991: 134 %; 1990: 122 %), während bei den Männern das Übergewicht der Ausländer (1991: 4 260; 1990: 3 858) gegenüber den Deutschen (1991: 1961; 1990: 1936) in etwa nur das Doppelte betrug. Dieses Übergewicht der Ausländer bei den Verurteilungen – bezogen auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung – geht im wesentlichen zu Lasten der Jugendlichen und der Erwachsenen.

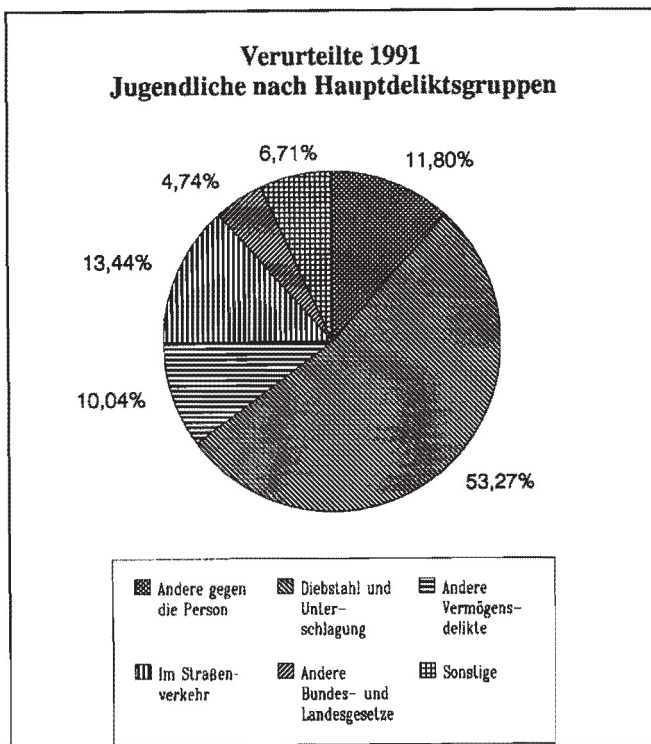
Das Übergewicht der Verurteilungen von Ausländern gegenüber den entsprechenden Zahlen für die Deutschen ist seit 1984 durchgehend von zwei Fünftel auf das Anderthalbfache angestiegen. Der Anstieg von 1990 auf 1991 ist auch nicht beeinflusst worden durch die Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildungen. Bei Deutschen wie Ausländern hat sich die Zahl der nachträglichen Gesamtstrafenbildung offensichtlich im gleichen Maße ausgewirkt. Das Ansteigen des Übergewichts der Verurteilungen von Ausländern ist darauf zurückzuführen, daß die Verurteilungsziffern bei den Deutschen seit 1984 um etwa ein Fünftel zurückgegangen ist, wohingegen bei den Ausländern ein Anstieg um knapp die Hälfte zu verzeichnen war. (Siehe Tabelle Seite 547 u.)

Siehe Grafiken 10 bis 14

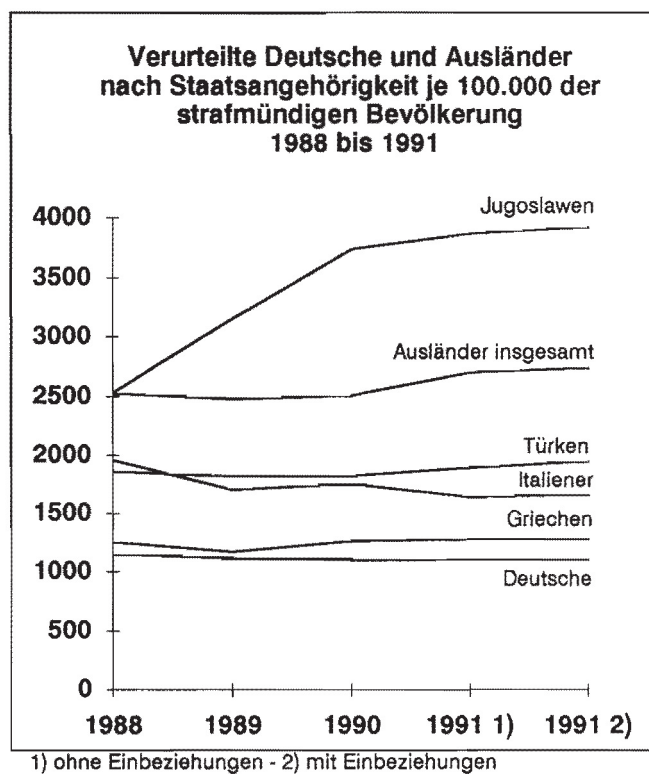
Angeht es um das zahlenmäßige Übergewicht der Ausländer gegenüber den Deutschen bei der Straffälligkeit, wie es auch 1991 festgestellt werden konnte, stellt sich natürlich die Frage nach der Ursache für diesen Sachverhalt. Die Strafverfolgungsstatistik vermag aus sich heraus hierauf keine Antwort zu geben, die Hinweise auf Merkmale einer anderen Kriminalitätsstruktur bei Ausländern als bei Deutschen nahelegen würden. Man kann allerdings den Einfluß, den die Unterschiede der demographischen Struktur zwischen den Ausländern und Deutschen auf die Straffälligkeit haben, isolieren und darstellen.

Fortsetzung Seite 526

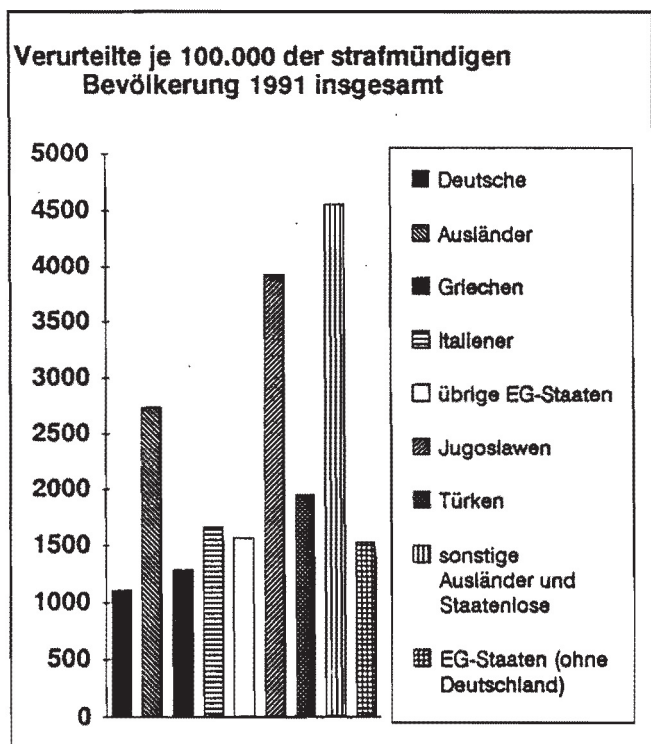
Grafik 9



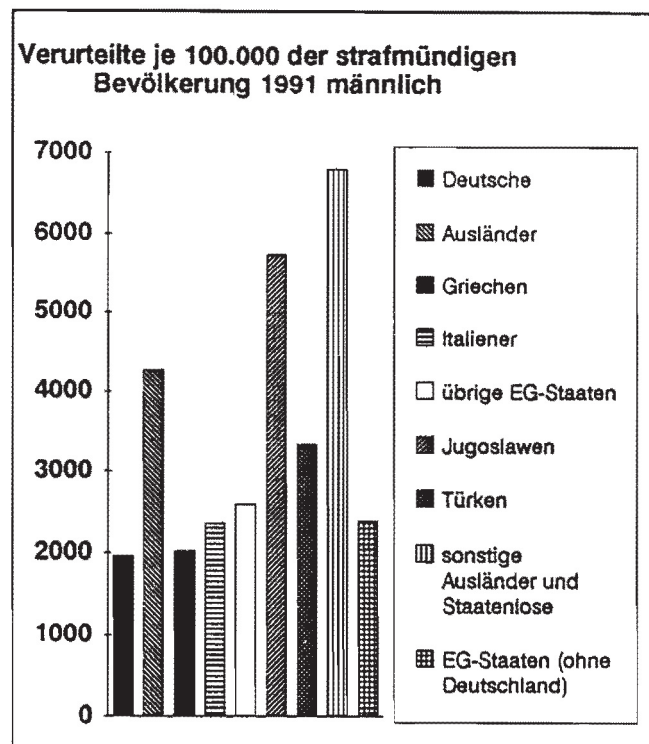
Grafik 10



Grafik 11



Grafik 12





Rechtskräftig Verurteilte 1984 – 1991 nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht						
Jahr	Rechtskräftig Verurteilte					
	Deutsche			Ausländer		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b>Anzahl</b>						
1984	184 632	151 420	33 212	20 280	17 918	2 362
1985	173 384	142 576	30 808	19 793	17 245	2 548
1986	162 221	134 322	27 899	20 077	17 744	2 333
1987	155 543	129 012	26 531	22 175	19 546	2 629
1988	155 470	128 481	26 989	25 235	21 831	3 404
1989	150 829	124 185	26 644	26 658	22 863	3 795
1990	149 910	122 972	26 938	28 987	24 709	4 278
1991 <sup>1)</sup>	149 575	123 536	26 039	33 667	28 942	4 725
1991 <sup>2)</sup>	151 514	125 311	26 203	34 172	29 425	4 747
<b>1984 = 100</b>						
1984	100	100	100	100	100	100
1985	93,9	94,2	92,8	97,6	96,2	107,9
1986	87,9	88,7	84,0	99,0	99,0	98,8
1987	84,2	85,2	79,9	109,3	109,1	111,3
1988	84,2	84,9	81,3	124,4	121,8	144,1
1989	81,7	82,0	80,2	131,4	127,6	160,7
1990	81,2	81,2	81,1	142,9	137,9	181,1
1991 <sup>1)</sup>	81,0	81,6	78,4	166,0	161,5	200,0
1991 <sup>2)</sup>	82,1	82,8	78,9	168,5	164,2	201,0

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Wie oben dargelegt, besteht ein erhebliches Übergewicht der kriminellen Aktivität der Männer gegenüber der der Frauen, ebenso wie es Unterschiede hinsichtlich der Kriminalität in den einzelnen Altersgruppen gibt. Berücksichtigt man nun, daß der Altersaufbau wie auch die Geschlechterproportion bei der strafmündigen Bevölkerung über 14 Jahren bei den Deutschen (Männer/Frauen: 1991: 47,0%/53,0 %; 1990: 46,9%/53,1 %) und bei Ausländern (Männer/Frauen: 1990 und 1991: 55,4%/44,6 %) sich erheblich voneinander unterscheiden, so kann man dies zum Ausgangspunkt für die Überlegung machen, wie sich die Zahl der ausländischen Verurteilten verändern würde, wenn man einerseits die Verurteiltenziffern in den einzelnen Altersjahrgängen der ausländischen Männern und Frauen – den Parameter für die meßbare strafrechtlich relevante Aktivität – konstant hält, andererseits die ausländische

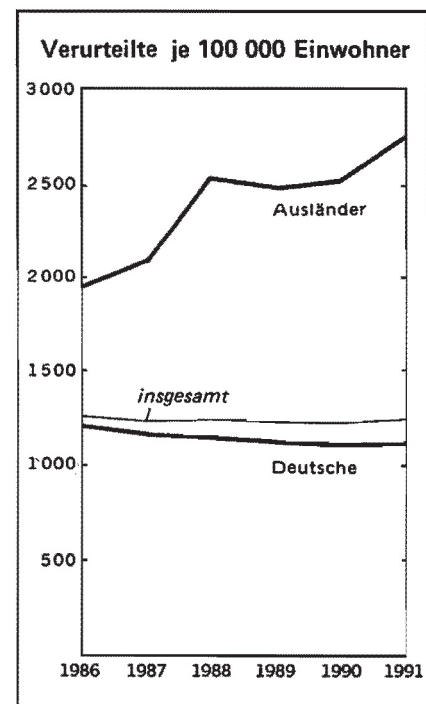
Bevölkerung in den einzelnen Altersjahrgängen der Männer und Frauen in Geschlechterproportion und Altersaufbau der Deutschen angleicht. Das geschieht auf folgende Weise:

Die Zahl der strafmündigen ausländischen Bevölkerung am 1.1.1991 in Nordrhein-Westfalen (1 247 715) wird nach dem Verhältnis der Männer zur Zahl der Frauen bei den Deutschen (47,0%/53,0 %) aufgeteilt. Alsdann wird die Zahl der so ermittelten weiblichen bzw. männlichen strafmündigen Bevölkerung in den einzelnen Altersjahrgängen nach dem Prozentanteil aufgeteilt, den diese Altersjahrgänge bei den Deutschen an der Zahl der weiblichen bzw. der männlichen strafmündigen Bevölkerung haben.

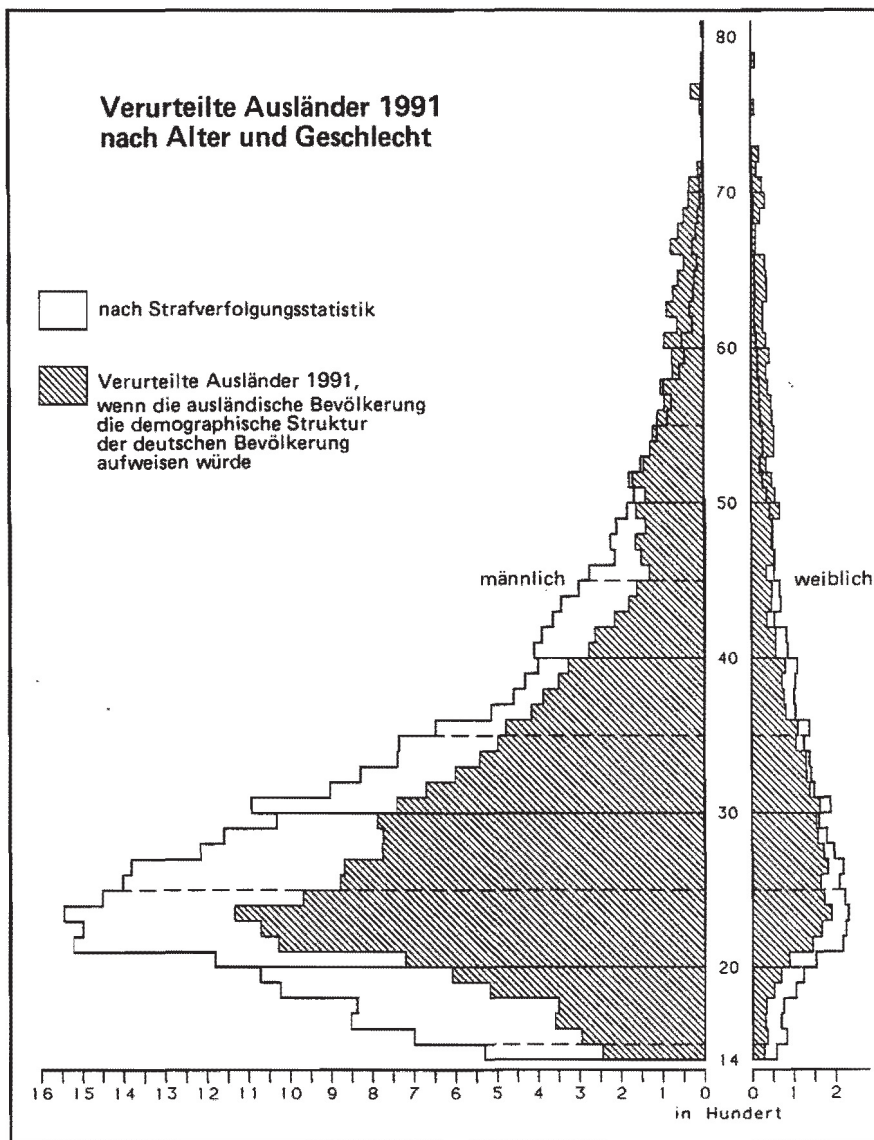
Dann wird für jeden Altersjahrgang bei den ausländischen Männern und Frauen die Zahl der Verurteilten er-

rechnet (nach der Formel: Verurteilte = Verurteiltenziffer des Altersjahrgangs x Bevölkerung des Altersjahrgangs geteilt durch 100 000). Dann werden die Zahlen der Verurteilten in den einzelnen Altersgruppen der Männer und Frauen addiert und ins Verhältnis zu der Zahl der verurteilten Ausländer gesetzt, wie sie sich aus der Strafverfolgungsstatistik ergeben.

Danach würde sich – wenn die Ausländer eine Bevölkerungsstruktur wie die Deutsche Bevölkerung hätten – für 1991 eine Zahl der Verurteilten von 24 424 ergeben, und zwar 20 142 verurteilte Ausländer und 4 282 verurteilte Ausländerinnen. Die Zahl der verurteilten Ausländer wäre unter dieser Prämisse um 28,5 % oder mehr als ein Viertel niedriger, als sie es – so wie sich die ausländische Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 1991 zusammensetzt – war. Die Zahl der verurteil-







ten ausländischen Männer würde um fast ein Drittel (–31,5 %) niedriger liegen und die Zahl der verurteilten ausländischen Frauen (–9,8 %) nur erheblich geringfügiger abnehmen.

Zieht man diese Überlegungen in Betracht, relativiert sich das Übergewicht der ausländischen Verurteilten doch erheblich und es zeigt sich, daß die Bedeutung der Beteiligung der Ausländer an der Kriminalität im allgemeinen überschätzt wird.

Die Auswirkung der Berücksichtigung der Gesamtstrafenbildungen nach §§ 55 StGB bzw. 31 Abs. 2 JGG war 1991 bei Deutschen und Ausländern unterschiedlich. Geht man davon aus, daß der Anteil dieser Einbeziehung, der für 1991 festgestellt wurde, auch für die Jahre 1984 bis 1990 angenommen werden kann, so müßte die Zahl für die Verurteilungen Deutscher um 1,29 % und der für die Ausländer um 1,5 % für die Jahre 1984 bis 1990 erhöht werden. Aber auch bei den Aus-

ländern ergeben sich hier Unterschiede. So war der Anteil der Einbeziehungen bei den Angehörigen von EG-Staaten mit +1,1 % niedriger als bei den Angehörigen von Nicht-EG-Staaten (+1,59 %). Das war bei den EG-Staaten auf einen Anteil von +0,46 % bei den Griechen, von +1,44 % bei den Italienern und von 1,04 % bei den übrigen EG-Staaten zurückzuführen.

Bei den Ausländern, die nicht Angehörige eines EG-Staates sind, waren die Divergenzen noch größer. Hier standen die Türken (+3,0 %) und Jugoslawen mit +1,35 % den übrigen Ausländern, die nicht EG-Staaten angehörten bzw. Staatenlose waren (+0,9 %), gegenüber. Hier könnte sich ausgewirkt haben, daß die Ausländer, die nicht Staatsangehörige von EG-Staaten sind, (wenn man von Jugoslawen und Türken absieht) sich noch nicht so lange in Nordrhein-Westfalen aufhalten wie die Angehörigen von EG-Staaten und die Angehörigen der ehemaligen Anwerbeländer Türkei und Jugoslawien. (Siehe Tabelle Seite 548.)

Recht unterschiedlich ist auch der Anteil der Verurteilungen wegen Diebstahls gemäß § 242 StGB an der Zahl aller Verurteilungen wegen Straftaten bei Ausländern und Deutschen. Wurden von allen Verurteilten ungefähr jeder Fünfte (19,3 %) wegen einfachen Diebstahls (§ 242 StGB) verurteilt, waren es bei den Ausländern fast jeder Dritte (29,1 %) und bei den Deutschen jeder Sechste (17,1 %). Noch krasser war der Unterschied zwischen den Angehörigen von EG-Staaten (18,1 %) und den Staatenlosen bzw. Angehörigen von Staaten, die nicht der EG angehören (29,1 %). Diese Unterschiede der Anteile der Verurteilungen von Diebstahl traten bei den Frauen noch deutlicher zutage. Wurden 1991 insgesamt zwei von fünf verurteilten Frauen wegen Diebstahls verurteilt (39,1 %), so war es bei den deutschen Frauen jede 3. (35 %), bei ausländischen Frauen aus EG-Staaten

etwa die Hälfte (53,0 %), bei allen Ausländerinnen zwei Drittel (64 %) und bei den ausländischen Frauen, die staatenlos waren oder nicht aus EG-Staaten stammten, 70 %. Bei den jugoslawischen Frauen waren 70 % der Verurteilten wegen Diebstahls nach § 242 StGB verurteilt worden.

Die Entwicklung der absoluten Zahlen der Verurteilten seit 1985 nach Deutschen und Ausländern insgesamt wie auch bei den einzelnen Staatsangehörigkeiten der Ausländer – soweit sie in der Zeitreihe erscheinen (Griechen, Italiener, Jugoslawen, Türken) – zeigen, daß die Zunahme im wesentlichen bei den Ausländern insgesamt wie bei den Türken und Jugoslawen zu verzeichnen waren, während bei Deutschen ein Rückgang festzustellen war. Ein Vergleich für die Entwicklung der Belastung der Angehörigen der einzelnen Staatsangehörigkeiten untereinander läßt sich allerdings ohne Bezugnahme auf die zugrundeliegenden Bevölkerungszahlen nicht ziehen, denn bei der Veränderung der Kriminalitätsbelastung stehen die Zahlen der Verurteilten und die Zahlen der Bevölkerung in einem Verhältnis zueinander, so daß bei Ansteigen der absoluten Zahl der Verurteilten der gleichstarke oder stärkere prozentuelle Anstieg der Zahl der zugrundeliegenden Bevölkerung zu einer Konstanz bzw. einer Verringerung der Belastung führen kann. Für die Zeit nach der Volkszählung 1987 wird im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung nur die Zahl der Griechen, der Italiener, der Angehörigen der übrigen EG-Staaten sowie der Jugoslawen, der Türken und der sonstigen Ausländer und Staatenlosen festgestellt, die in Nordrhein-Westfalen leben. Aus diesem Grunde sind in der Strafverfolgungsstatistik seit 1991 nur diese Staatsangehörigkeiten erfaßt worden. Nur auf diese kann sich ein Zeitvergleich erstrecken, wobei für die Zeit vor 1991 Vergleiche für die Angehörigen der sonstigen EG-Staaten fehlen und die sonstigen Staatsange-

hörigkeiten und Staatenlosen eine andere Abgrenzung erfahren haben, nämlich Ausländer minus sechs Anwerbeländer bis 1991 und seit 1991 Ausländer minus Summe der EG-Staaten sowie minus Jugoslawen und Türken.

Die Zahl der verurteilten Ausländer je 100 000 der ausländischen Bevölkerung hat im Verhältnis zur Zahl der entsprechenden Zahl der Deutschen seit 1987 stärker zugenommen. Überwog die Verurteiltenziffer der Ausländer (2 082) die der Deutschen (1 163) 1987 noch um drei Viertel, so war es 1991 fast schon das Anderthalbfache (2 739 zu 1 114), wobei die Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildung in diesem Zusammenhang keine Rolle spielt, weil Deutsche und Ausländer hiervon im gleichen Maße betroffen sind.

Für 1991 läßt sich der Unterschied zwischen der Belastung von Ausländern und Deutschen jedoch differenzieren.

Lag die Verurteiltenziffer für die Angehörigen aller EG-Staaten (1 532) 1991 um etwas mehr als ein Drittel (37,8 %) über der der Deutschen, so überstieg die Verurteiltenziffer der sonstigen Ausländer und Staatenlosen (4 556) die der Deutschen um das Dreifache. Die Verurteiltenziffer der Nicht-EG-Staaten überstieg mit 3 172 die Verurteiltenziffer der Deutschen nicht ganz so hoch, weil hier die Verurteiltenziffer der Jugoslawen (3 926) und der Türken (1 950) zwar höher als bei den EG-Staaten lag, aber nicht die Werte der sonstigen Ausländer und Staatenlosen erreichte.

Die Verurteiltenziffer der Jugoslawen, für die Daten seit 1988 ähnlich wie für Griechen, Italiener und Türken vorliegen, fallen in der Entwicklung insofern aus dem Rahmen, als sie innerhalb von 3 Jahren von 2 529 auf 3 926, also um 55 % zugenommen haben, während die entsprechende Ziffer für Italiener rückläufig war, bei den Griechen und bei den Türken nur geringfügig angestiegen ist.

Verurteilte je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung*) 1984 – 1991						
Jahr	Deutsche			Ausländer		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b>Anzahl</b>						
1984	1 375	2 427	462	1 912	2 884	538
1985	1 296	2 302	429	1 949	2 920	599
1986	1 210	2 152	389	1 955	2 976	542
1987	1 163	2 072	371	2 082	3 172	586
1988	1 152	2 036	376	2 526	3 889	778
1989	1 119	1 797	349	2 477	3 814	796
1990	1 107	1 936	375	2 509	3 858	831
1991 <sup>1)</sup>	1 100	1 933	361	2 698	4 190	848
1991 <sup>2)</sup>	1 114	1 961	364	2 739	4 260	852
<b>1984 = 100</b>						
1984	100	100	100	100	100	100
1985	94,3	94,8	92,9	101,9	101,2	111,3
1986	88,0	88,7	84,2	102,2	103,2	100,7
1987	84,6	85,4	80,3	108,9	110,0	108,9
1988	83,8	83,9	81,4	132,1	134,8	144,6
1989	81,4	74,0	75,5	129,6	132,2	148,0
1990	80,5	79,8	81,2	131,2	133,8	154,5
1991 <sup>1)</sup>	80,0	79,7	78,2	141,1	145,3	157,7
1991 <sup>2)</sup>	81,1	80,8	78,7	143,2	147,7	158,4

\*) Stichtag bei der deutschen Bevölkerung der Beginn des Berichtsjahres, bei der ausländischen Bevölkerung der 30. 9. des Vorjahres bis 1985; ab 1986 Stichtag: 1. 1. des Berichtsjahres – 1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen



## Strafen und Maßnahmen

### Allgemeines Strafrecht

Im Jahr 1991 wurden 26 269 Personen (16,0 %) nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafen verurteilt, gegen 40 Personen wurde Strafarrest verhängt und 137 608 (83,9 %) wurden zu Zahlung einer Geldstrafe als schwerster Strafe verurteilt.

Dagegen waren die Verschiebungen innerhalb der Freiheitsstrafen in den letzten 8 Jahren beachtlich. Während in dieser Zeit die Zahl aller Verurteilungen zu Freiheitsstrafen um knapp ein Fünftel (18,6 %) abgenommen hat, hat sich die Zahl der Verurteilung zu Freiheitsstrafe von einer Dauer bis einschl. 1 Jahr um ein Viertel (-24,7 %) verringert. Die Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr Dauer haben in den letzten 8 Jahren um etwa ein Fünftel (+19,7 %) zugenommen. Geht man davon aus, daß sich die Bewertungsmaßstäbe für die Strafzumessung nicht verändert haben, läßt das den Schluß zu auf eine Verschiebung bei den zur Aburteilung anstehenden Straftaten bzw. Begehungsarten. Dieser Schluß wird dadurch bestätigt, daß die Verurteilungen zu Freiheitsstrafen von mehr als zwei Jahren bis einschl. drei Jahren von 1978 bis 1991 besonders durch die Zunahme der Verurteilungen wegen schweren Raubes (§ 250 StGB), räuberischer Erpressung (§ 255 StGB) und Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz bedingt sind.

Stellt man dem gegenüber, daß bei Außerachtlassung der nachträglichen Gesamtstrafenbildung nach § 55 StGB 25 556 Personen (15,7 %) nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafe verurteilt wurden und gegen 40 Personen Strafarrest verhängt wurde, und daß 137 237 mit Geldstrafe

(84,3 %) belegt wurden, so erkennt man, daß sich die Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildung hauptsächlich bei den Freiheitsstrafen (+2,8 %) ausgewirkt hat, während sich die Auswirkungen bei den Geldstrafen (+0,3 %) eher in bescheidenem Rahmen bewegten. Die Zahl der 1991 zur Freiheitsstrafe Verurteilten lag um 8,8 % unter der durchschnittlichen Zahl der zu Freiheitsstrafe Verurteilten in den letzten vorausgegangenen 7 Jahren, wenn man von 1991 die nachträgliche Gesamtstrafenbildung nach § 55 StGB berücksichtigt und die Zahlen von 1984 bis 1990 auch jeweils um 2,8 % erhöht – was dem Anteil der Zahl der nachträglichen Gesamtstrafenbildung 1991 entspricht. Läßt man die nachträglichen Gesamtstrafenbildungen 1991 außer Acht und vergleicht die Ergebnisse der zur Freiheitsstrafe 1991 Verurteilten mit der Zahl der zur Freiheitsstrafe Verurteilten für den Zeitraum 1984 bis 1990, so ergibt sich, daß die Zahlen für 1991 um 8,8 % unter dem Durchschnitt der vorausgegangenen 7 Jahre gelegen haben. (Siehe Tabellen Seite 548 f.)

Bei den Verurteilungen zur Freiheitsstrafe wirkte sich die Berücksichtigung der Gesamtstrafenbildungen nach § 55 StGB unterschiedlich aus, je nach der Dauer der Freiheitsstrafe. Bei den Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren machten Einbeziehungen +2,5 % aus, bei Freiheitsstrafen über 2 Jahren +6,3 %, bei 3 bis 5 Jahren +7,0 % bei 5 bis 10 Jahren +9,4 % und bei 10 bis 15 Jahren +8,1 %.

Die Zahl der Strafaussetzungen zur Bewährung bei Freiheitsstrafen (17 991) ist 1991 gegenüber dem Vorjahr (+274 = +1,5 %) angestiegen. Das ist eine Folge der Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildung nach § 55 StGB, denn bei Außerachtlassung dieser Einbeziehungen wäre ein Rückgang der Straf-

aussetzungen von Freiheitsstrafen (-108 = -0,6 %) gegenüber 1990 zu verzeichnen gewesen. (Siehe Tabelle Seite 549.)

Siehe Grafiken 15 bis 17

Mit Wirkung vom 1.1.1975 ist durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch das System der Geldstrafen auf das Tagessatzsystem umgestellt worden. Das Prinzip des Tagessatzsystems besteht darin, daß im ersten Zumessungsakt unter Heranziehung aller Strafziele und sämtlicher Strafzumessungstatsachen mit Ausnahme der finanziellen Leistungskraft des Täters die Zahl der Tagessätze bestimmt wird. Im zweiten Akt wird auf der Grundlage der finanziellen Belastbarkeit des Täters die Höhe des einzelnen Tagessatzes bestimmt und durch Multiplikation mit der Zahl der Tagessätze die Summe der Geldstrafe festgesetzt. Im dritten Akt wird geprüft, ob und ggf. welche Zahlungserleichterungen bewilligt werden. Bei diesem System läßt sich die Bewertung der Tat aus der Zahl der Tagessätze ohne Ansehen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Täters ablesen. Außerdem wird die Höhe der Tagessätze rational und gerechter als nach dem alten Geldsummensystem bestimmbar. So wird ein höheres Maß an Gerechtigkeit und Transparenz erzielt, was bei der zahlenmäßigen Bedeutung der Geldstrafen (83,9 % der Verurteilungen nach allgemeinem Strafrecht) eine große Rolle spielt.

Von den 1991 verhängten 137 608 Geldstrafen war ein Fünftel (29 333 = 21,3 %) Geldstrafen mit 5 bis 15 Tagessätzen. Gut zwei Fünftel (60 691 = 44,1 %) waren Geldstrafen von 16 bis 30 Tagessätzen. Fast jede dritte Geldstrafe (43 511 = 31,6 %) lag im Bereich von 31 bis 90 Tagessätzen. Der Rest von 3,0 % verteilte sich auf Geldstrafen von 91 bis 180 Tagessätzen (3 651 = 2,65 %), von 181 bis 360



Anteil der Strafaussetzungen zur Bewährung an den Freiheitsstrafen 1983 – 1991						
Jahr	Von 100 Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt					
	insgesamt	und zwar von 100 Freiheitsstrafen von				
		unter 6 Monaten	6 Monaten	mehr als		
				6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr
				bis einschließlich		
				9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren
1983	67	82	73	64	66	26,8
1984	68	81	74	66	67	32,5
1985	68	82	75	68	68	35,4
1986	70	82	76	70	70	46,7
1987	70	81	78	69	70	52,7
1988	70	81	76	72	71	52,9
1989	69	80	76	71	70	55,4
1990	70	80	76	71	69	57,2
1991 <sup>1)</sup>	69	79	79	70	70	59,0
1991 <sup>2)</sup>	68	79	79	70	70	57,9

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Strafaussetzung bei Freiheitsstrafen mit einem Strafmaß bis einschl. 2 Jahren 1983 – 1991			
Jahr	Zu Freiheitsstrafe bis einschl. 2 Jahren Verurteilte		
	insgesamt	darunter Strafaussetzung zur Bewährung	
		Anzahl	%
1983	30 611	21 724	71,0
1984	29 700	21 286	71,7
1985	28 365	20 494	72,3
1986	26 722	19 762	74,0
1987	26 307	19 558	74,3
1988	25 551	18 983	74,3
1989	24 296	17 961	73,9
1990	23 932	17 717	74,0
1991 <sup>1)</sup>	23 858	17 609	73,8
1991 <sup>2)</sup>	24 464	17 991	73,5

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Verurteilte und Verwarnte 1983 – 1991 nach dem Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafe bestimmter Tagessatzgruppen an der Gesamtzahl der Geldstrafen						
Jahr	Anteil der verwirkten Geldstrafen (soweit nicht als Nebenstrafe erkannt) mit ... Tagessätzen an der Gesamtzahl der Geldstrafen in %					
	5 – 15	16 – 30	31 – 90	91 – 180	181 – 360	mehr als 360
1983	32,5	39,4	26,0	1,89	0,17	0,03
1984	29,6	40,7	27,3	2,05	0,25	0,04
1985	28,0	41,8	27,9	2,03	0,22	0,03
1986	24,9	43,5	29,1	2,20	0,25	0,04
1987	24,3	43,1	29,8	2,40	0,29	0,06
1988	23,5	43,2	30,5	2,46	0,28	0,04
1989	22,9	42,7	31,5	2,60	0,25	0,05
1990	22,2	43,0	31,9	2,61	0,27	0,04
1991 <sup>1)</sup>	21,4	44,2	31,5	2,60	0,25	0,05
1991 <sup>2)</sup>	21,3	44,1	31,6	2,65	0,26	0,05

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Tagessätzen (351 = 0,26 %), sowie von mehr als 360 Tagessätzen (71 = 0,05 %).

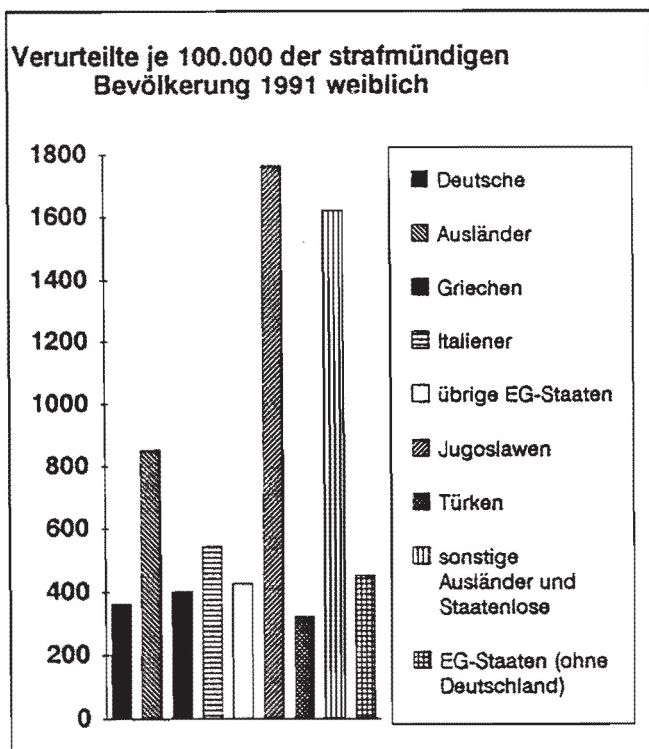
Siehe Grafik 18

Sieben Achtel dieser Geldstrafen von mehr als 360 Tagessätzen sind 1991 wegen Straftaten gegen die Abgabenordnung verhängt worden, die restlichen wegen anderer Vermögensdelikte (Untreue, Betrug etc.).

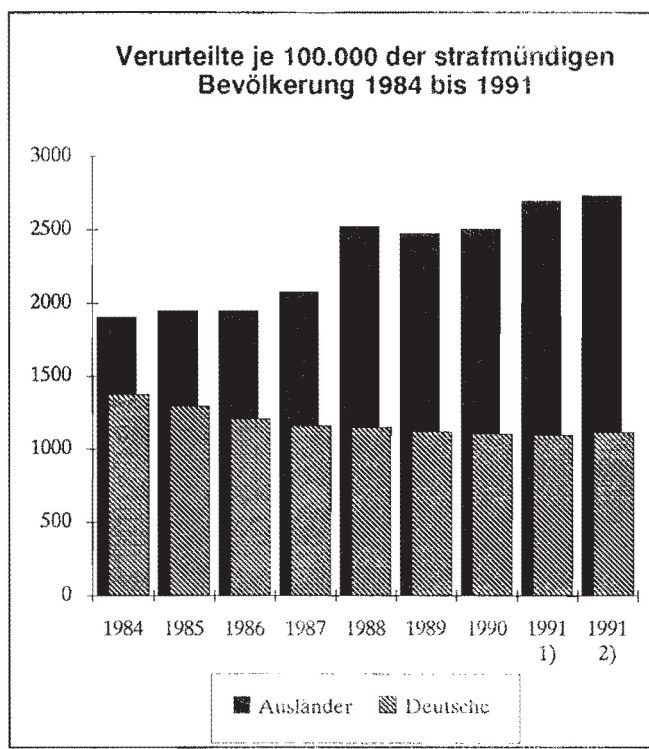
In den letzten 15 Jahren (1977 bis 1991) ist bei den Verurteilungen zu Geldstrafen eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie bei den Verurteilungen zu Freiheitsstrafen. Während bei den Freiheitsstrafen eine Verschiebung von den kurzfristigen zu den längerfristigen Freiheitsstrafen zu beobachten war, hat sich bei den Geldstrafen eine Verlagerung von Geldstrafen mit einer geringeren Anzahl von Tagessätzen zu den Geldstrafen mit einer höheren Anzahl von Tagessätzen vollzogen. So ist der Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen von 5 bis 15 Tagessätzen an der Zahl aller Geldstrafen von etwa vier Zehntel (45,3 %) auf gut ein Fünftel (21,3 %) zurückgegangen. Demgegenüber ist der Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen von 16 bis 90 Tagessätzen an der Zahl aller Verurteilungen zur Geldstrafe von etwa der Hälfte (1977: 53,6 %) auf gut drei Viertel (75,7 %) im Jahre 1991 angestiegen.

Die Aufschlüsselung nach der Höhe der Tagessätze läßt auch einen genaueren Einblick in die Einkommensverhältnisse der zu Geldstrafe Verurteilten zu. Jeder neunte (11,3 %) zu Geldstrafe Verurteilte hat ein Nettoeinkommen von 150 bis 300 DM. Rund ein Viertel (22,8 %) bezogen ein solches von 300 DM bis 600 DM, etwas mehr als die Hälfte (51,6 %) bezogen ein Nettoeinkommen von 600 bis 1 500 DM. Dagegen waren die Gruppen mit einem Nettoeinkommen von 1 500 bis 3 000 DM mit 13,7 % und von über 3 000 DM mit 0,6 % bei den Verurteilungen zu Geldstrafe vertreten. In den letzten 15 Jahren seit 1977

Grafik 13

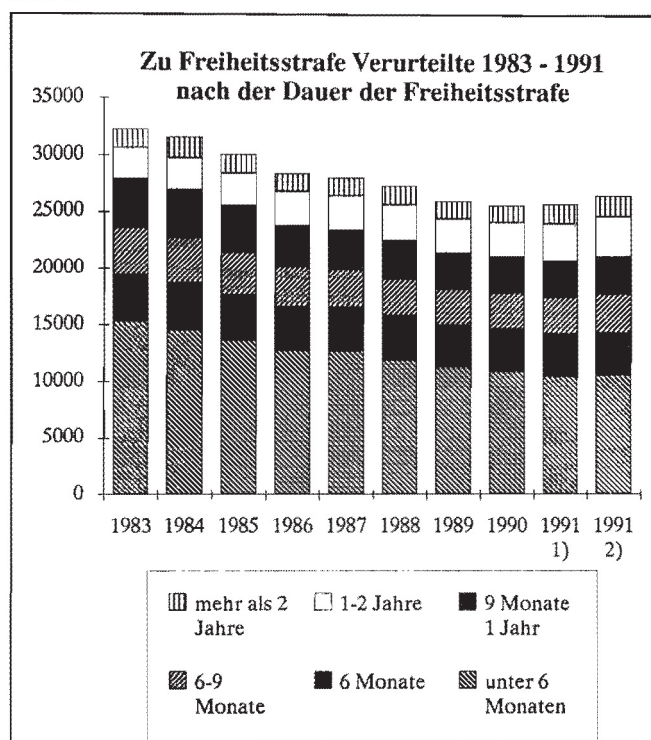


Grafik 14



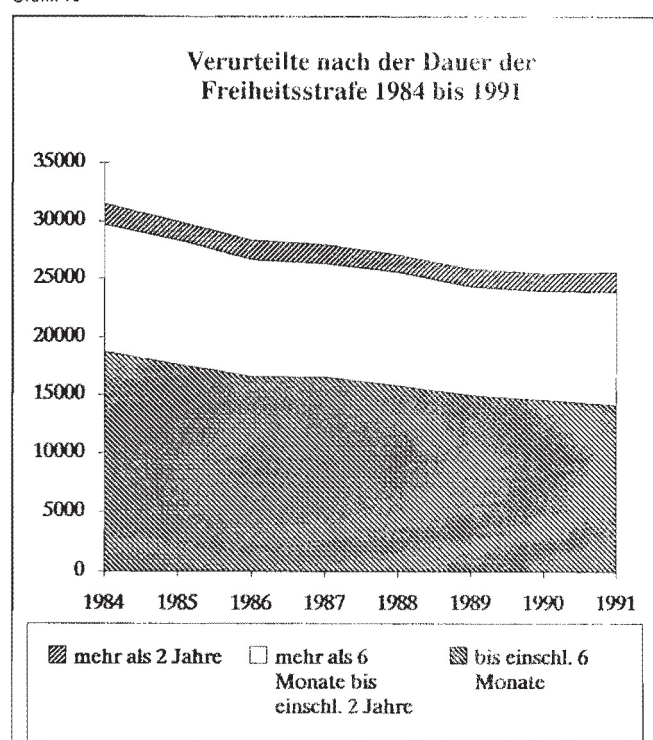
1) ohne Einbeziehungen - 2) mit Einbeziehungen

Grafik 15



1) ohne Einbeziehungen - 2) mit Einbeziehungen

Grafik 16





hat sich der Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen derjenigen, die ein Nettoeinkommen von 1 500 bis 3 000 DM sowie von mehr als 3 000 DM haben, gemessen an der Zahl aller Verurteilungen zu Geldstrafen, verdoppelt. Der Anteil derjenigen, die zur Einkommensgruppe von bis zu 300 DM zählen, hat sich ebenfalls fast verdoppelt.

Siehe Grafik 19

## Jugendstrafrecht

Nach Jugendstrafrecht wurden 1991 1 094 (= +5,3 %) mehr verurteilte Personen gezählt als 1990. Das beruht fast ausschließlich auf der Zunahme der Verurteilungen zur Jugendstrafe (+1 126 = +38,8 %), weil die Zunahme der Anordnungen von Zuchtmitteln (+2 063 = +14,6 %) von dem Rückgang bei den verhängten Erziehungsmaßnahmen (-2 095 = -42,8 %) mehr als wettgemacht wurde. Die Veränderungen bei Erziehungsmaßnahmen und Zuchtmitteln gegenüber dem Vorjahr beruhen überwiegend auf Gesetzesänderungen (Art. 6 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 29.06.1990). Die Zunahme bei den Jugendstrafen ist ausschließlich auf die Berücksichtigungen der nachträglichen Gesamtstrafenbildungen (§ 31 Abs. 2 JGG) in Nordrhein-Westfalen zurückzuführen, denn wenn man die Einbeziehungen wegen nachträglicher Gesamtstrafenbildung außer Acht läßt, wären es gegenüber dem Vorjahr 50 (= -1,7 %) weniger gewesen.

Siehe Grafiken 20 und 21

Berücksichtigt man, daß 1991 der Anteil der nachträglichen Gesamtstrafenbildung an der Zahl der Jugendstrafen ohne diese Einbeziehungen 41 % betragen hat, so kann man davon ausgehen, daß die Zahl der Verurteilungen zu Jugendstrafen für Nordrhein-Westfalen für die Zeit von 1984 bis 1990 um 41 % höher als bisher ausgewiesen anzunehmen ist. Für die Ergebnisse auf Bundesebene würde das bedeuten, daß die Zahl der zur

**Verurteilte und Verwarnte 1983 – 1991 nach dem Anteil der Geldstrafen bestimmter Tagessatzhöhen an der Gesamtzahl der Geldstrafen**

Jahr	Anteil der verwirkten Geldstrafen (soweit nicht als Nebenstrafe erkannt) mit Tagessätzen zu ... DM an der Gesamtzahl der Geldstrafen in %				
	bis einschl. 10	mehr als			mehr als 100
		10	20	50	
		bis einschließlich			
		20	50	100	
1983	9,9	26,0	57,3	6,3	0,4
1984	11,3	26,0	55,8	6,6	0,4
1985	11,7	26,2	55,0	6,7	0,4
1986	12,4	25,4	54,5	7,2	0,4
1987	13,2	25,7	52,7	7,8	0,5
1988	13,4	25,4	52,4	8,3	0,5
1989	12,9	25,1	52,1	9,5	0,4
1990	11,9	24,0	52,4	11,2	0,5
1991 <sup>1)</sup>	11,3	22,8	51,6	13,7	0,6
1991 <sup>2)</sup>	11,3	22,8	51,6	13,7	0,6

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

**Nach Jugendstrafrecht Verurteilte 1983 – 1991**

Verurteilte							
Jahr	insgesamt	davon erhielten					
		Jugendstrafe		Zuchtmittel		Erziehungsmaßnahmen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt							
1983	41 246	5 295	12,8	29 390	71,3	6 561	15,9
1984	36 131	4 942	13,7	25 365	70,2	5 824	16,1
1985	31 315	4 286	13,7	21 955	70,1	5 074	16,2
1986	27 492	3 739	13,6	19 207	69,9	4 546	16,5
1987	25 822	3 603	14,0	17 854	69,1	4 365	16,9
1988	25 180	3 546	14,1	17 469	69,4	4 165	16,5
1989	22 492	2 914	13,0	15 750	70,0	3 828	17,0
1990	20 675	2 899	14,0	14 112	68,3	3 664	17,7
1991 <sup>1)</sup>	20 409	2 849	14,0	16 006	78,4	1 554	7,6
1991 <sup>2)</sup>	21 769	4 025	18,5	16 175	74,3	1 569	7,2
darunter nach dem StGB							
1983	33 268	4 723	14,2	23 516	70,7	5 029	15,1
1984	29 656	4 330	14,6	20 656	69,7	4 670	15,7
1985	26 523	3 857	14,5	18 521	69,8	4 145	15,6
1986	23 340	3 316	14,2	16 293	69,8	3 731	16,0
1987	21 916	3 221	14,7	15 070	68,8	3 625	16,5
1988	21 607	3 168	14,7	14 943	69,2	3 496	16,2
1989	19 296	2 606	13,5	13 443	69,7	3 247	16,8
1990	17 740	2 552	14,4	12 061	68,0	3 127	17,6
1991 <sup>1)</sup>	17 227	2 420	14,0	13 517	78,5	1 290	7,5
1991 <sup>2)</sup>	18 411	3 445	18,7	13 664	74,2	1 302	7,1

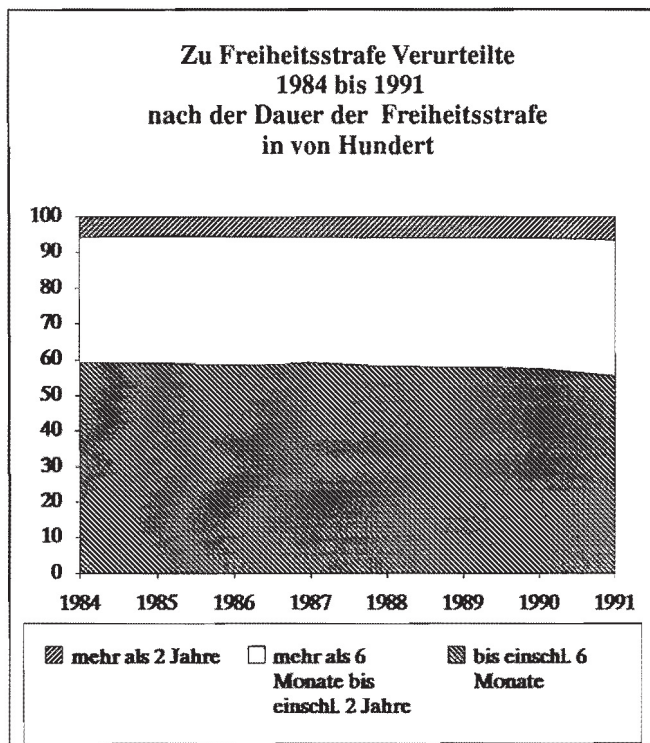
1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Jugendstrafe Verurteilten für die Jahre von 1984 bis 1990 um etwa 9 bis 10 % nach oben zu korrigieren wäre (z. B. für 1990 statt 12 103 auf etwa 13 300).

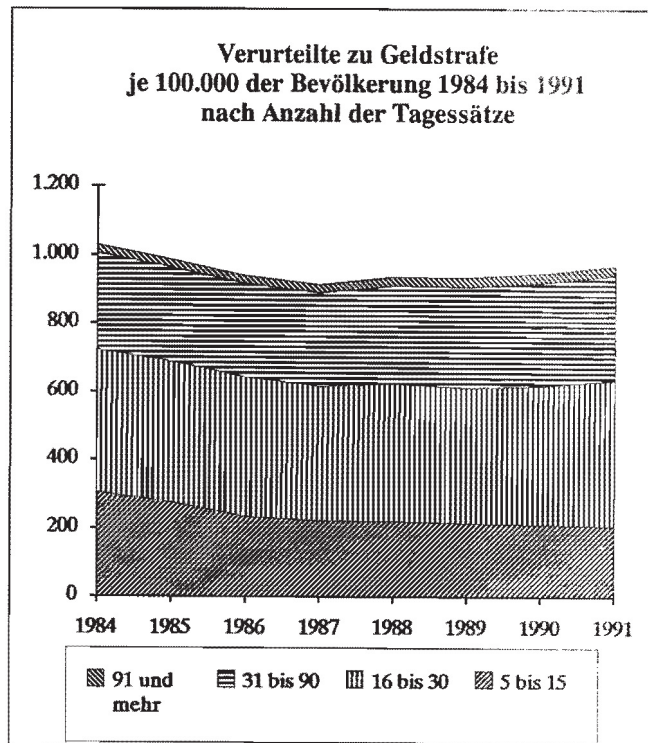
Damit läßt sich auch fundierter zu der Aussage des Statistischen Bundesamtes Stellung nehmen, durch die Nichtberücksichtigung der Zählkarten mit Angaben über Gesamt- bzw. Ein-



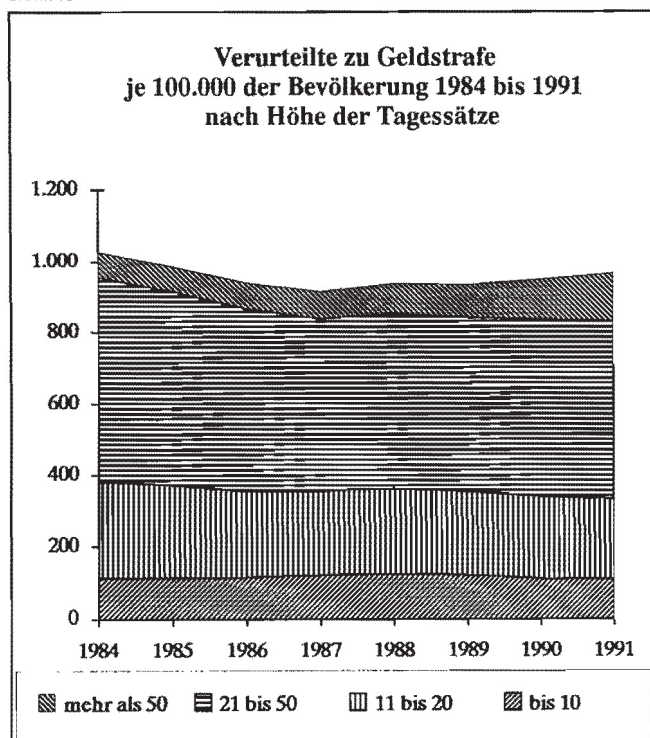
Grafik 17



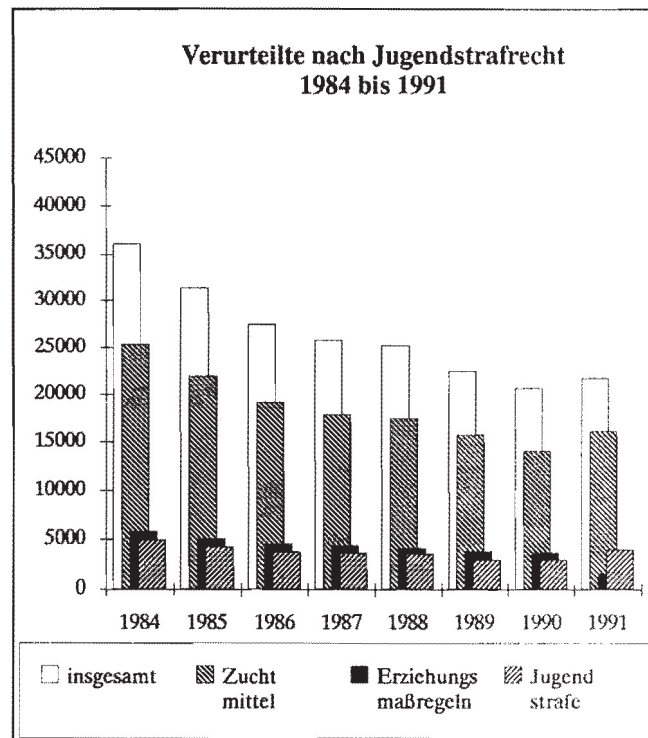
Grafik 18



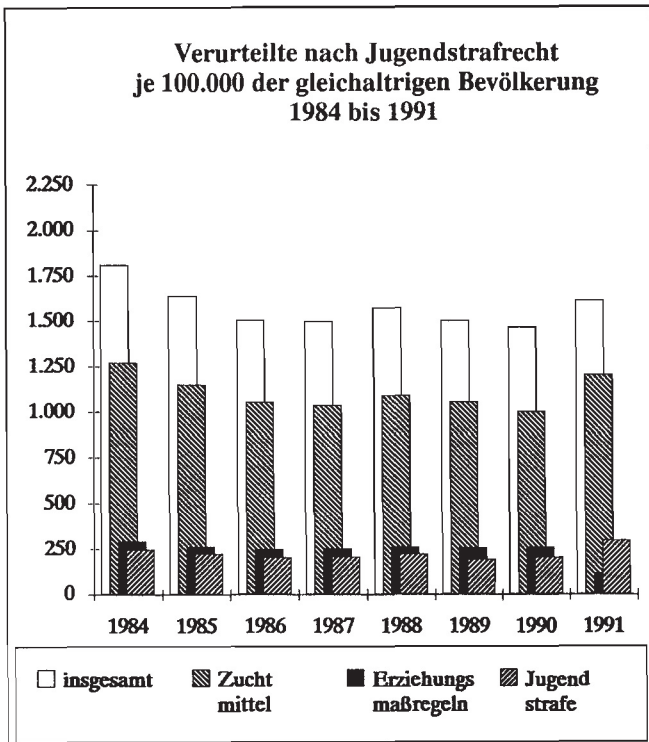
Grafik 19



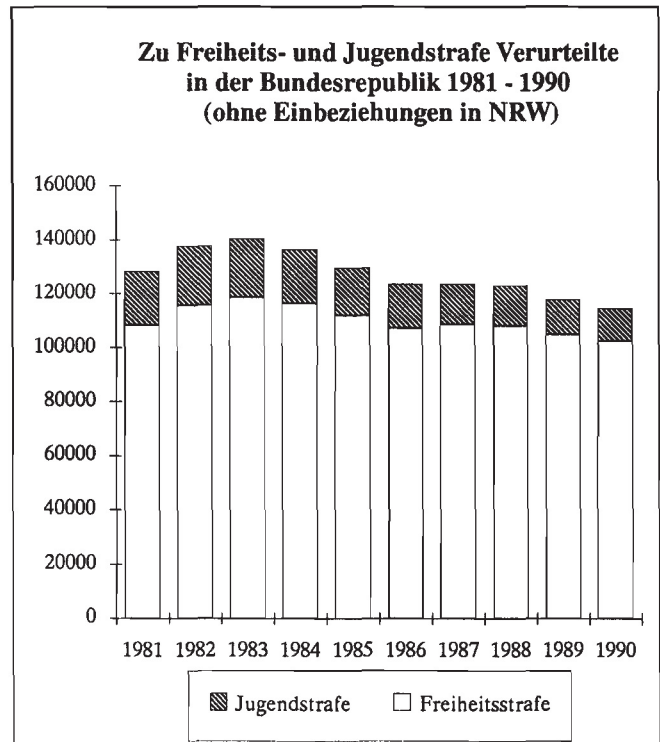
Grafik 20



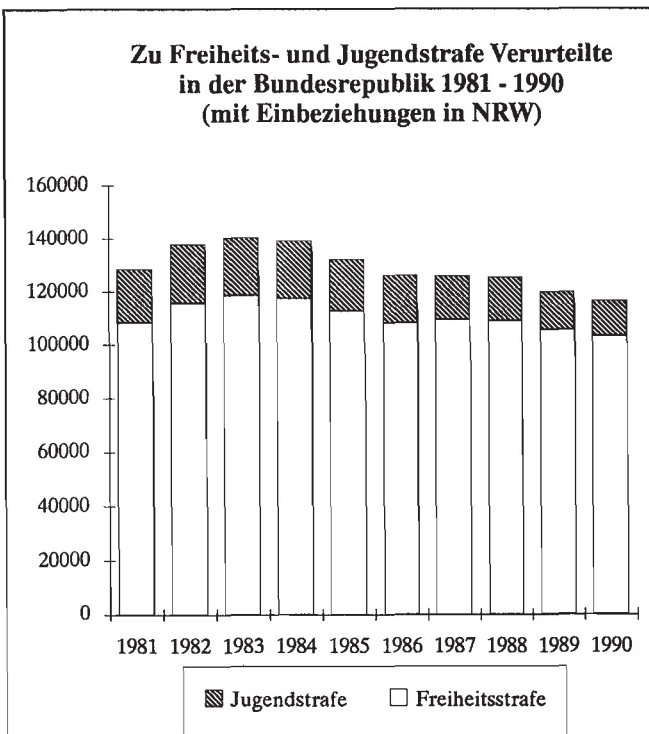
Grafik 21



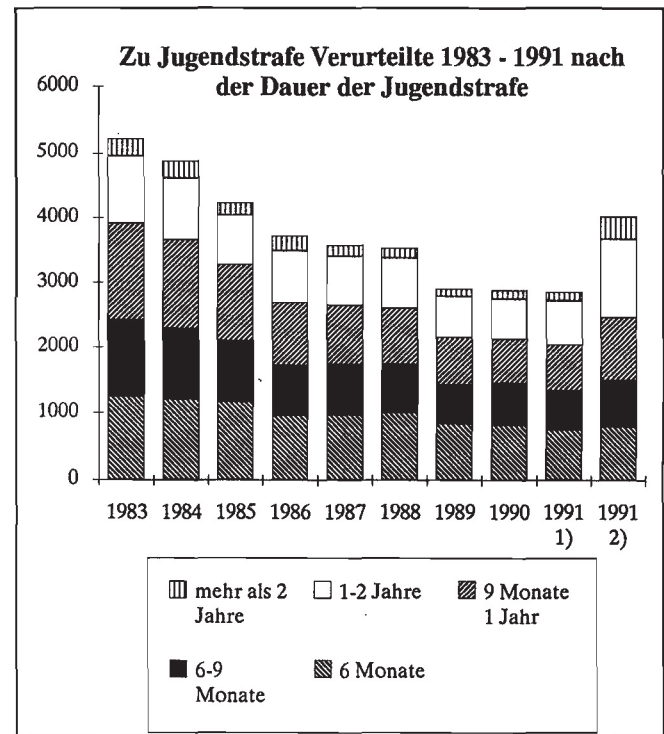
Grafik 22



Grafik 23



Grafik 24



1) ohne Einbeziehungen - 2) mit Einbeziehungen



heitsstrafen nach §§ 55 StGB, 31 Abs. 2 JGG 1984 bis 1990 in Nordrhein-Westfalen ergebe sich eine Untererfassung der freiheitsentziehenden Strafen, die für 1989 auf etwa 40 % geschätzt werde. Geht man davon aus, daß nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der zu Jugendstrafe Verurteilten 1990 im Bundesgebiet (alte Bundesländer) 12 103 und die Zahl der zu Freiheitsstrafe Verurteilten 105 547 betragen hat, und geht man weiterhin davon aus, daß sich die Angaben für Jugendstrafe bzw. Freiheitsstrafe auf Bundesebene um 10 % bzw. um 0,7 % ändern, wenn man die 1991 in Nordrhein-Westfalen durch die Berücksichtigung der nachträglichen Gesamtstrafenbildungen nach §§ 55 StGB bzw. 31 Abs. 2 JGG festgestellten Änderungen einrechnet, so ist für beide zusammen eine Veränderung von +1,6 % zu berechnen. Das rückt die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (40 %) in ein anderes

Licht. Stellt man die zu Freiheits- und Jugendstrafe Verurteilten in der Bundesrepublik von 1981 bis 1990 graphisch dar – je nachdem, ob die Einbeziehungen in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt oder außer Acht gelassen worden sind –, so muß man die Ergebnisse von 1983 bis 1990 schon genau unter die Lupe nehmen, um die Unterschiede auf Bundesebene festzustellen.

Siehe Grafiken 22 und 23

Bei den Verurteilungen zur Jugendstrafe wirkte sich die Berücksichtigung der Gesamtstrafenbildungen nach § 31 Abs. 2 JGG einerseits ähnlich wie bei den Freiheitsstrafen nach allgemeinem Strafrecht je nach Dauer der Jugendstrafe unterschiedlich aus, jedoch waren andererseits die Veränderungen insbesondere bei den längerfristigen Jugendstrafen merklich gravierender. Bei den Jugendstrafen machten Einbeziehungen bei den Strafen bis zu 2 Jahren weniger als im Durchschnitt aus, während bei Ju-

gendstrafen von 2 bis 10 Jahren die Einbeziehungen weit über dem Durchschnitt von 41 % lagen. So machten die Einbeziehungen bei den Jugendstrafen von 6 Monaten Dauer +6 %, bei den Jugendstrafen von 6 bis 9 Monaten +21 %, bei den Jugendstrafen von 9 Monaten bis unter 1 Jahr +37 % aus. Bei den Jugendstrafen von 1 bis unter 2 Jahren betrug der Anteil der Einbeziehungen schon 78 %, bei den Jugendstrafen von 2 bis unter 3 Jahren schon 176 %, bei den Jugendstrafen von 3 bis unter 5 Jahren lag der Anteil der Einbeziehungen sogar bei 178 %, wohingegen der Anteil bei den Jugendstrafen von 5 bis 10 Jahren bei 83,6 % lag. Diese stärkeren Anteile von Einbeziehungen, insbesondere bei den längerfristigen Jugendstrafen, lassen auf eine höhere Rückfallgeschwindigkeit bei den zu Jugendstrafe Verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden schließen. (Siehe Tabellen Seite 550.)

Siehe Grafik 24

## Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 1992

Auch in Nordrhein-Westfalen flachte das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1992 ab: Nach einer ersten Schätzung war das Bruttoinlandsprodukt nominal um 5,7 % und preisbereinigt um 1,4 % höher als in den ersten sechs Monaten des letzten Jahres. 1991 hatte das Bruttoinlandsprodukt, das die gesamtwirtschaftliche Leistung eines Gebietes repräsentiert, gegenüber 1990 nominal um 7,4 % und real um 2,7 % zugenommen. Zur Steigerung der Wirtschaftsleistung trugen im ersten Halbjahr 1992 vor allem das Baugeverbe und die Dienstleistungsunternehmen bei.

## Industrieproduktion im August 1992

Die nordrhein-westfälische Industrieproduktion lag im August 1992 auf dem gleichen Niveau wie im August des Vorjahres. Produktionssteigerungen waren dabei im Nahrungs- und Genußmittelbereich (+3 %), im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+2 %) sowie im Verbrauchsgütersektor (+1 %) zu verzeichnen. Weniger ausgelastet waren die Kapazitäten im Investitionsgütersektor, der einen Rückgang um 4 % meldete.

## Auftragseingänge der Industrie im August 1992

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im August 1992 um 6 % niedriger als vor Jahresfrist. Es zeigten sich spürbare Rückgänge vor allem bei den Auslandsorders (–11 %); die Inlandsorders fielen um 4 % niedriger aus als im August 1991.

Überdurchschnittliche Einbußen wurden vom Investitionsgüter produzierenden Gewerbe gemeldet (Inland –5 %, Ausland –15 %; insgesamt –8 %). Auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (–5 %) entwickelte sich das Auslands-geschäft (–9 %) schwächer als das Inlands-geschäft (–3 %). Im Verbrauchsgüterbereich nahmen Inlands- und Auslandsaufträge gleichermaßen ab (–4 %).



## Bauproduktion im August 1992

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes war im August 1992, von Saison- und Zufallsschwankungen bereinigt, um 0,2 % niedriger als im Juli. Im Vergleich zum August letzten Jahres stieg der Index der Nettoproduktion um 4,6 %, wobei im Hochbau ein Anstieg um 5,3 % und im Tiefbau ein Plus von 3,7 % zu verzeichnen war.

Die Entwicklung im Hochbau wurde vor allem vom Wohnungsbau (+9,2 %) und vom gewerblichen und industriellen Hochbau (+5,0 %) getragen; im öffentlichen Hochbau war dagegen ein Produktionsrückgang von 1,8 % zu konstatieren. Innerhalb des Tiefbaus erzielte der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+5,0 %) den höchsten Anstieg; die Produktion im Straßenbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau war um 3,3 % bzw. 2,8 % höher als im August 1991.

## Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im August 1992

Der Baupreisindex für **Wohngebäude** (Bauleistungen am Bauwerk) in Nordrhein-Westfalen ist von Mai bis August 1992 um 1,3 % auf 130,0 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100). Gegenüber August 1991 betrug der Anstieg 5,9 %; vor einem Jahr hatte die Jahresveränderungsrate +6,7 % betragen.

Der Preisindex für den **Straßenbau** in NRW stieg von Mai bis August 1992 um 1,4 % auf 124,0 Punkte (Basis 1985 = 100). Hier betrug die Veränderung im Jahresabstand +4,7 %; vor einem Jahr waren es +5,8 % gewesen.

Baupreisindizes im August 1992			
Preisindex für ...	Indexstand	Veränderung gegenüber	
	August 1992	Mai 1992	August 1991
	1985 = 100	%	
<b>Wohngebäude</b>			
Bauleistungen am Bauwerk	130,0	+1,3	+5,9
Rohbauarbeiten	129,2	+1,5	+5,7
Ausbauarbeiten	131,2	+1,1	+6,1
<b>ausgewählte Gebäudetypen (Bauleistungen am Bauwerk)</b>			
Ein- und Zweifamilienhäuser	130,0	+1,3	+5,9
Mehrfamilienhäuser	130,2	+1,3	+5,9
Gemischtgenutzte Gebäude	129,2	+1,3	+5,6
Bürogebäude	129,7	+1,1	+5,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	129,1	+1,5	+5,0
<b>Instandhaltung</b>			
Schönheitsreparaturen in Wohnungen	132,7	+3,5	+6,8
<b>Straßenbau</b>			
Straßenbau	124,0	+1,4	+4,7

## Lieferungen in die neuen Bundesländer im ersten Halbjahr 1992

Zwischen Nordrhein-Westfalen und den neuen Bundesländern wurden im ersten Halbjahr 1992 Waren im Wert von 8,46 Milliarden DM gehandelt. Dabei stieg der Wert der Lieferungen in die neuen Bundesländer gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 um 57 % auf 7,47 Milliarden DM, während der Wert der Bezüge von dort um 19 % auf 990 Millionen DM abnahm.

Von den NRW-Lieferungen entfielen auf Investitionsgüter 3 053 Mill. DM (41 %), auf Grundstoffe und Produktionsgüter 1 614 Mill. DM (22 %), auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes 1 511 Mill. DM (20 %) und auf Verbrauchsgüter 1 183 Mill. DM (16 %). Bergbauliche Erzeugnisse und sonstige Waren wurden für 109 Mill. DM (2 %) geliefert.

Von den Bezügen aus den neuen Bundesländern entfielen auf Grundstoffe und Produktionsgüter 558 Mill. DM (56 %), auf Verbrauchsgüter 154 Mill. DM (16 %), auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes 141 Mill. DM (14 %) und auf Investitionsgüter 131 Mill. DM (13 %). Bergbauliche Erzeugnisse und sonstige Waren wurden für 6 Mill. DM (0,6 %) bezogen.

## Übernachtungen im Fremdenverkehr Januar bis Juli 1992

Die nordrhein-westfälischen Fremdenverkehrsbetriebe (mit mindestens neun Betten) konnten von Januar bis Juli 1992 rund 6,7 Millionen Gäste begrüßen und 20,5 Millionen Übernachtungen verbuchen. Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 1991 stieg damit die Zahl der Gäste um 1,3 % und die der Übernachtungen um 1,0 %. Die vorhandene Bettenkapazität war zu 39,7 % ausgelastet; damit war hier im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung festzustellen.

Recht unterschiedliche Resultate ergaben sich für die einzelnen Regierungsbezirke des Landes: Am stärksten stieg die Zahl der Übernachtungen im Regierungsbezirk Düsseldorf (+3,7 % auf 3,4 Millionen), gefolgt von den Bezirken Münster (+3,2 % auf 1,8 Millionen) und Köln (+1,7 % auf 5,1 Millionen). Leicht rückläufig waren die Übernachtungszahlen in den Regierungsbezirken Detmold (-0,6 % auf 5,0 Millionen) und Arnsberg (-0,4 % auf 5,2 Millionen).

---



**Tabellenteil**



Rechtskräftig Abgeurteilte 1984 – 1991												
Jahr	Rechtskräftig Abgeurteilte											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
Anzahl												
1984	271 473	224 161	47 312	197 638	160 763	36 875	38 084	32 871	5 213	35 751	30 527	5 224
1985	257 960	213 056	44 904	192 710	157 184	35 526	34 754	30 023	4 731	30 496	25 849	4 647
1986	244 413	203 090	41 323	187 109	153 974	33 135	32 503	28 056	4 447	24 801	21 060	3 741
1987	240 176	200 033	40 143	186 447	153 576	32 871	31 999	27 583	4 416	21 730	18 874	2 856
1988	241 275	200 495	40 780	189 528	155 710	33 818	30 967	26 828	4 139	20 780	17 957	2 823
1989	237 070	196 156	40 914	189 466	155 250	34 216	28 972	24 834	4 138	18 632	16 072	2 560
1990	238 794	196 966	41 828	193 768	158 280	35 488	26 989	23 266	3 723	18 037	15 420	2 617
1991 <sup>1)</sup>	242 089	201 229	40 860	197 282	162 459	34 823	26 555	22 970	3 585	18 252	15 800	2 452
1991 <sup>2)</sup>	244 533	203 487	41 046	198 344	163 406	34 938	27 531	23 891	3 640	18 658	16 190	2 468
1984 = 100												
1984	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985	95,0	95,0	94,9	97,5	97,8	96,3	91,3	91,3	90,8	85,3	84,7	89,0
1986	90,0	90,6	87,3	94,7	95,8	89,9	85,3	85,4	85,3	69,4	69,0	71,6
1987	88,5	89,2	84,8	94,3	95,5	89,1	84,0	83,9	84,7	60,8	61,8	54,7
1988	88,9	89,4	86,2	95,9	96,9	91,7	81,3	81,6	79,4	58,1	58,8	54,0
1989	87,3	87,5	86,5	95,9	96,6	92,8	76,1	75,5	79,4	52,1	52,6	49,0
1990	88,0	87,9	88,4	98,0	98,5	96,2	70,9	70,8	71,4	50,5	50,5	50,1
1991 <sup>1)</sup>	89,2	89,8	86,4	99,8	101,1	94,4	69,7	69,9	68,8	51,1	51,8	46,9
1991 <sup>2)</sup>	90,1	90,8	86,8	100,4	101,6	94,7	72,3	72,7	69,8	52,2	53,0	47,2

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Abgeurteiltenziffer 1984 – 1991												
Jahr	Rechtskräftig Abgeurteilte <sup>1)</sup>											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
Ziffer												
1984	1 880	3 293	620	1 589	2 781	554	4 269	7 149	1 206	3 238	5 378	974
1985	1 792	3 140	590	1 544	2 709	532	3 929	6 580	1 105	2 969	4 901	930
1986	1 695	2 985	543	1 486	2 626	493	3 739	6 262	1 056	2 590	4 286	803
1987	1 665	2 936	527	1 468	2 591	485	3 773	6 326	1 072	2 479	4 197	669
1988	1 665	2 917	535	1 471	2 573	495	3 820	6 473	1 045	2 625	4 417	733
1989	1 629	2 839	535	1 451	2 527	495	3 812	6 398	1 112	2 528	4 245	714
1990	1 625	2 818	543	1 459	2 526	506	3 774	6 372	1 064	2 586	4 297	773
1991 <sup>2)</sup>	1 631	2 842	526	1 462	2 543	490	3 995	6 757	1 104	2 666	4 492	737
1991 <sup>3)</sup>	1 647	2 874	529	1 470	2 557	492	4 141	7 028	1 121	2 725	4 603	741
1984 = 100												
1984	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985	95,3	95,4	95,1	97,2	97,4	96,0	92,0	92,0	91,6	91,7	91,1	95,5
1986	90,1	90,7	87,5	93,5	94,4	89,0	87,6	87,6	87,6	80,0	79,7	82,4
1987	88,5	89,2	85,0	92,4	93,1	87,6	88,4	88,5	88,9	76,6	78,0	68,7
1988	88,6	88,6	86,3	92,6	92,5	89,4	89,5	90,5	86,7	81,0	82,1	75,3
1989	86,6	86,2	86,3	91,3	90,9	89,4	89,3	89,5	92,3	78,0	78,9	73,3
1990	86,4	85,6	87,6	91,9	90,8	91,4	88,4	89,1	88,2	79,8	79,9	79,3
1991 <sup>2)</sup>	86,7	86,3	84,9	92,0	91,4	88,6	93,6	94,5	91,5	82,3	83,5	75,6
1991 <sup>3)</sup>	87,6	87,3	85,3	92,5	92,0	88,8	97,0	98,3	92,9	84,1	85,6	76,1

1) je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres – 2) ohne Einbeziehungen – 3) mit Einbeziehungen

Veränderung der Bevölkerungszahlen 1984 – 1991												
Jahr	Bevölkerung											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
Anzahl in 1 000												
1984	14 437,5	6 807,7	7 629,8	12 441,4	5 780,3	6 661,1	892,2	459,8	432,4	1 104,0	567,8	536,3
1985	14 396,7	6 785,1	7 611,7	12 485,1	5 801,4	6 683,7	884,6	456,3	428,3	1 027,1	527,4	499,6
1986	14 419,3	6 803,8	7 615,5	12 592,7	5 864,3	6 728,4	869,2	448,1	421,2	957,4	491,4	466,0
1987	14 427,7	6 813,7	7 614,0	12 703,1	5 928,0	6 775,1	848,2	436,0	412,1	876,4	449,7	426,7
1988	14 498,7	6 873,2	7 616,5	12 887,4	6 052,1	6 835,3	810,6	414,5	396,1	791,7	406,6	385,1
1989	14 553,8	6 910,1	7 643,7	13 056,6	6 143,4	6 913,2	760,1	388,1	372,0	737,1	378,6	358,6
1990	14 692,4	6 990,6	7 701,8	13 279,7	6 266,6	7 013,1	715,1	365,1	350,0	697,6	358,8	338,7
1991	14 842,7	7 081,3	7 761,5	13 493,3	6 389,6	7 103,7	664,8	339,9	324,8	684,7	351,7	332,9
1984 = 100												
1984	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985	99,7	99,7	99,8	100,4	100,4	100,3	99,1	99,2	99,1	93,0	92,9	93,2
1986	99,9	99,9	99,8	101,2	101,5	101,0	97,4	97,4	97,4	86,7	86,6	86,9
1987	99,9	100,1	99,8	102,1	102,6	101,7	95,1	94,8	95,3	79,4	79,2	79,6
1988	100,4	101,0	99,8	103,6	104,7	102,6	90,9	90,1	91,6	71,7	71,6	71,8
1989	100,8	101,5	100,2	104,9	106,3	103,8	85,2	84,4	86,0	66,8	66,7	66,9
1990	101,8	102,7	100,9	106,7	108,4	105,3	80,2	79,4	80,9	63,2	63,2	63,2
1991	102,8	104,0	101,7	108,5	110,5	106,6	74,5	73,9	75,1	62,0	62,0	62,1

Rechtskräftig Verurteilte 1984 – 1991												
Jahr	Rechtskräftig Verurteilte											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
Anzahl												
1984	204 912	169 338	35 574	158 736	128 588	30 148	26 037	22 997	3 040	20 139	17 753	2 386
1985	193 177	159 821	33 356	153 098	124 532	28 566	23 015	20 328	2 687	17 064	14 961	2 103
1986	182 298	152 066	30 232	147 154	121 030	26 124	21 115	18 732	2 383	14 029	12 304	1 725
1987	177 718	148 558	29 160	144 738	119 281	25 457	20 497	18 131	2 366	12 483	11 146	1 337
1988	180 705	150 312	30 393	148 650	121 883	26 767	20 058	17 820	2 238	11 997	10 609	1 388
1989	177 487	147 048	30 439	148 775	121 673	27 102	18 103	15 943	2 160	10 609	9 432	1 177
1990	178 897	147 681	31 216	152 172	124 040	28 132	16 800	14 859	1 941	9 925	8 782	1 143
1991 <sup>1)</sup>	183 242	152 478	30 764	156 561	128 716	27 845	16 837	14 939	1 898	9 844	8 823	1 021
1991 <sup>2)</sup>	185 686	154 736	30 950	157 623	129 663	27 960	17 813	15 860	1 953	10 250	9 213	1 037
1984 = 100												
1984	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985	94,3	94,4	93,8	96,4	96,8	94,8	88,4	88,4	88,4	84,7	84,3	88,1
1986	89,0	89,8	85,0	92,7	94,1	86,7	81,1	81,5	78,4	69,7	69,3	72,3
1987	86,7	87,7	82,0	91,2	92,8	84,4	78,7	78,8	77,8	62,0	62,8	56,0
1988	88,2	88,8	85,4	93,6	94,8	88,8	77,0	77,5	73,6	59,6	59,8	58,2
1989	86,6	86,8	85,6	93,7	94,6	89,9	69,5	69,3	71,1	52,7	53,1	49,3
1990	87,3	87,2	87,7	95,9	96,5	93,3	64,5	64,6	63,8	49,3	49,5	47,9
1991 <sup>1)</sup>	89,4	90,0	86,5	98,6	100,1	92,4	64,7	65,0	62,4	48,9	49,7	42,8
1991 <sup>2)</sup>	90,6	91,4	87,0	99,3	100,8	92,7	68,4	69,0	64,2	50,9	51,9	43,5

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen



Wegen Straftaten abgeurteilte Erwachsene 1986 – 1991*) nach Deliktsgruppen und gerichtlicher Entscheidung											
Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>
Straftaten insgesamt	1986	187 109	1 485,9	147 154	1 168,6	6 832	54,3	32 912	261,4	211	1,7
	1987	186 447	1 467,7	144 738	1 139,4	6 955	54,8	34 646	272,7	108	0,9
	1988	189 528	1 470,6	148 650	1 153,5	6 700	52,0	34 077	264,4	101	0,8
	1989	189 466	1 451,1	148 775	1 139,5	6 564	50,3	34 005	260,4	122	0,9
	1990	193 768	1 459,1	152 172	1 145,9	6 670	50,2	34 815	262,2	111	0,8
	1991	198 344	1 469,9	157 623	1 168,2	6 347	47,0	34 216	253,6	158	1,2
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1986	20 146	160,0	16 577	131,6	352	2,8	3 196	25,4	21	0,2
	1987	20 478	161,2	16 811	132,3	344	2,7	3 316	26,1	7	0,1
	1988	20 660	160,3	17 349	134,6	315	2,4	2 985	23,2	11	0,1
	1989	20 274	155,3	16 930	129,7	348	2,7	2 983	22,8	13	0,1
	1990	19 535	147,1	16 214	122,1	358	2,7	2 956	22,3	7	0,1
	1991	20 711	153,5	17 465	129,4	354	2,6	2 873	21,3	19	0,1
Straftaten im Straßenverkehr	1986	65 037	516,5	54 838	435,5	1 275	10,1	8 884	70,5	40	0,3
	1987	63 347	498,7	52 743	415,2	1 432	11,3	9 160	72,1	12	0,1
	1988	64 666	501,8	54 026	419,2	1 352	10,5	9 267	71,9	21	0,2
	1989	65 163	499,1	54 275	415,7	1 336	10,2	9 530	73,0	22	0,2
	1990	67 789	510,5	56 773	427,5	1 367	10,3	9 632	72,5	17	0,1
	1991	70 913	525,5	59 962	444,4	1 369	10,1	9 556	70,8	26	0,2
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1986	1 513	12,0	1 133	9,0	125	1,0	251	2,0	4	0
	1987	1 500	11,8	1 084	8,5	144	1,1	264	2,1	8	0,1
	1988	1 394	10,8	1 047	8,1	125	1,0	214	1,7	8	0,1
	1989	1 458	11,2	1 081	8,3	126	1,0	240	1,8	11	0,1
	1990	1 577	11,9	1 129	8,5	162	1,2	277	2,1	9	0,1
	1991	1 500	11,1	1 123	8,3	108	0,8	263	1,9	6	0
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1986	216	1,7	175	1,4	18	0,1	8	0,1	15	0,1
	1987	173	1,4	136	1,1	9	0,1	11	0,1	17	0,1
	1988	182	1,4	143	1,1	16	0,1	13	0,1	10	0,1
	1989	180	1,4	144	1,1	12	0,1	4	0	20	0,2
	1990	159	1,2	130	1,0	4	0	11	0,1	14	0,1
	1991	178	1,3	145	1,1	9	0,1	8	0,1	16	0,1
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226, 230 StGB)	1986	8 787	69,8	5 288	42,0	505	4,0	2 962	23,5	32	0,3
	1987	8 666	68,2	5 080	40,0	472	3,7	3 097	24,4	17	0,1
	1988	8 986	69,7	5 348	41,5	508	3,9	3 122	24,2	8	0,1
	1989	8 902	68,2	5 187	39,7	523	4,0	3 177	24,3	15	0,1
	1990	9 214	69,4	5 383	40,5	533	4,0	3 280	24,7	18	0,1
	1991	9 265	68,7	5 300	39,3	516	3,8	3 423	25,4	26	0,2
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1986	40 383	320,7	33 666	267,3	1 704	13,5	4 993	39,6	20	0,2
	1987	39 306	309,4	32 571	256,4	1 582	12,5	5 144	40,5	9	0,1
	1988	40 550	314,6	33 980	263,7	1 609	12,5	4 951	38,4	10	0,1
	1989	40 398	309,4	34 069	260,9	1 468	11,2	4 849	37,1	12	0,1
	1990	41 143	309,8	34 728	261,5	1 492	11,2	4 914	37,0	9	0,1
	1991	42 355	313,9	36 140	267,8	1 333	9,9	4 863	36,0	19	0,1
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1986	1 379	11,0	1 002	8,0	145	1,2	228	1,8	4	0
	1987	1 253	9,9	932	7,3	107	0,8	205	1,6	9	0,1
	1988	1 282	9,9	915	7,1	124	1,0	235	1,8	8	0,1
	1989	1 329	10,2	955	7,3	130	1,0	234	1,8	10	0,1
	1990	1 209	9,1	890	6,7	109	0,8	202	1,5	8	0,1
	1991	1 340	9,9	971	7,2	122	0,9	236	1,7	11	0,1
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1986	24 282	192,8	17 962	142,6	1 152	9,1	5 149	40,9	19	0,2
	1987	25 561	201,2	18 721	147,4	1 220	9,6	5 617	44,2	3	0
	1988	25 050	194,4	18 600	144,3	1 070	8,3	5 374	41,7	6	0
	1989	25 113	192,3	18 857	144,4	1 084	8,3	5 170	39,6	2	0
	1990	25 999	195,8	19 504	146,9	1 053	7,9	5 434	40,9	8	0,1
	1991	24 624	182,5	18 656	138,3	993	7,4	4 965	36,8	10	0,1
Straftaten gegen das Betäubungs- mittelgesetz	1986	4 762	37,8	4 095	32,5	156	1,2	498	4,0	13	0,1
	1987	5 427	42,7	4 725	37,2	164	1,3	532	4,2	6	0
	1988	6 263	48,6	5 527	42,9	147	1,1	582	4,5	7	0,1
	1989	6 306	48,3	5 473	41,9	171	1,3	652	5,0	10	0,1
	1990	6 758	50,9	5 887	44,3	156	1,2	710	5,3	5	0
	1991	8 226	61,0	7 149	53,0	196	1,5	869	6,4	12	0,1

\*) 1991: mit Einbeziehungen – 1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Wegen Straftaten abgeurteilte Heranwachsende 1986 – 1991*) nach Deliktgruppen und gerichtlicher Entscheidung											
Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung <sup>1)</sup>
Straftaten insgesamt	1986	32 503	3 739,4	21 115	2 429,2	1 143	131,5	10 222	1 176,0	23	2,6
	1987	31 999	3 772,8	20 497	2 416,7	1 127	132,9	10 366	1 222,2	9	1,1
	1988	30 967	3 820,4	20 058	2 474,6	1 033	127,4	9 869	1 217,5	7	0,9
	1989	28 972	3 811,6	18 103	2 381,7	979	128,8	9 885	1 300,5	5	0,7
	1990	26 989	3 774,1	16 800	2 349,3	937	131,0	9 246	1 292,9	6	0,8
	1991	27 531	4 141,4	17 813	2 679,5	826	124,3	8 883	1 336,2	9	1,4
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1986	2 684	308,8	1 780	204,8	60	6,9	840	96,6	4	0,5
	1987	2 894	341,2	1 898	223,8	57	6,7	939	110,7	–	–
	1988	2 783	343,3	1 891	233,3	46	5,7	844	104,1	2	0,2
	1989	2 632	346,3	1 692	222,6	45	5,9	895	117,7	–	–
	1990	2 355	329,3	1 507	210,7	29	4,1	818	114,4	1	0,1
	1991	2 915	438,5	2 015	303,1	42	6,3	858	129,1	–	–
Straftaten im Straßenverkehr	1986	10 637	1 223,8	7 240	832,9	201	23,1	3 191	367,1	5	0,6
	1987	10 168	1 198,8	6 924	816,4	203	23,9	3 038	358,2	3	0,4
	1988	9 594	1 183,6	6 580	811,8	178	22,0	2 834	349,6	2	0,2
	1989	8 959	1 178,7	5 996	788,8	169	22,2	2 793	367,5	1	0,1
	1990	8 407	1 175,6	5 730	801,3	158	22,1	2 517	352,0	2	0,3
	1991	7 920	1 191,4	5 613	844,3	141	21,2	2 164	325,5	2	0,3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1986	187	21,5	108	12,4	21	2,4	57	6,6	1	0,1
	1987	168	19,8	119	14,0	15	1,8	34	4,0	–	–
	1988	177	21,8	122	15,1	18	2,2	37	4,6	–	–
	1989	125	16,4	88	11,6	10	1,3	25	3,3	2	0,3
	1990	148	20,7	83	11,6	22	3,1	42	5,9	1	0,1
	1991	140	21,1	95	14,3	19	2,9	25	3,8	1	0,2
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1986	22	2,5	21	2,4	1	0,1	–	–	–	–
	1987	27	3,2	26	3,1	1	0,1	–	–	–	–
	1988	16	2,0	15	1,9	–	–	1	0,1	–	–
	1989	14	1,8	11	1,4	2	0,3	1	0,1	–	–
	1990	6	0,8	4	0,6	2	0,3	–	–	–	–
	1991	14	2,1	12	1,8	–	–	1	0,2	1	0,2
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226, 230 StGB)	1986	2 307	265,4	1 355	155,9	154	17,7	790	91,0	8	0,9
	1987	2 387	281,4	1 277	150,6	159	18,7	951	112,1	–	–
	1988	2 248	277,3	1 240	153,0	107	13,2	900	111,0	1	0,1
	1989	2 192	288,4	1 210	159,2	127	16,7	855	112,5	–	–
	1990	2 197	307,2	1 235	172,7	112	15,7	848	118,6	2	0,3
	1991	2 228	335,1	1 219	183,4	109	16,4	899	135,2	1	0,2
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1986	9 089	1 045,7	6 323	727,4	358	41,2	2 406	276,8	2	0,2
	1987	8 818	1 039,7	6 040	712,1	355	41,9	2 421	285,4	2	0,2
	1988	8 937	1 102,6	6 178	762,2	378	46,6	2 380	293,6	1	0,1
	1989	7 993	1 051,6	5 343	702,9	336	44,2	2 313	304,3	1	0,1
	1990	7 227	1 010,6	4 775	667,7	297	41,5	2 155	301,4	–	–
	1991	7 908	1 189,6	5 325	801,0	263	39,6	2 320	349,0	–	–
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1986	430	50,6	364	41,9	21	3,6	45	5,2	–	–
	1987	414	48,8	335	39,5	26	3,1	53	6,2	–	–
	1988	424	52,3	343	42,3	27	3,3	54	6,7	–	–
	1989	403	53,0	323	42,5	22	2,9	58	7,6	–	–
	1990	416	58,2	326	45,6	37	5,2	53	7,4	–	–
	1991	462	69,5	372	56,0	27	4,1	62	9,3	1	0,2
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1986	3 140	361,2	1 647	189,5	91	10,5	1 400	161,1	2	0,2
	1987	3 098	365,3	1 591	187,6	94	11,1	1 413	166,6	–	–
	1988	2 949	363,8	1 522	187,8	66	8,1	1 361	167,9	–	–
	1989	3 068	403,6	1 485	195,4	70	9,2	1 513	199,1	–	–
	1990	2 928	409,4	1 359	190,0	74	10,3	1 495	209,1	–	–
	1991	2 642	397,4	1 336	201,0	58	8,7	1 248	187,7	–	–
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	1986	1 475	169,7	1 122	129,1	35	4,0	317	36,5	1	0,1
	1987	1 575	185,7	1 195	140,9	38	4,5	342	40,3	–	–
	1988	1 521	187,6	1 142	140,9	30	3,7	347	42,8	2	0,2
	1989	1 495	196,7	1 085	142,7	30	3,9	380	50,0	–	–
	1990	1 480	207,0	1 071	149,8	19	2,7	389	54,4	1	0,1
	1991	1 982	298,1	1 495	224,9	34	5,1	453	68,1	–	–

\*) 1991: mit Einbeziehungen – 1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres



Wegen Straftaten abgeurteilte Jugendliche 1986 – 1991*) nach Deliktgruppen und gerichtlicher Entscheidung											
Straftaten Jahr		Abgeurteilte		Verurteilte		Freisprüche		Einstellungen		Sonstige Entscheidungen	
		Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>
Straftaten insgesamt	1986	24 801	2 590,5	14 029	1 465,3	513	53,6	10 244	1 070,0	15	1,6
	1987	21 730	2 479,5	12 483	1 424,4	526	60,0	8 709	993,7	12	1,4
	1988	20 780	2 624,7	11 997	1 515,3	444	56,1	8 329	1 052,0	10	1,3
	1989	18 632	2 527,6	10 609	1 439,2	434	58,9	7 585	1 029,0	4	0,5
	1990	18 037	2 585,6	9 925	1 422,8	437	62,6	7 665	1 098,8	10	1,4
	1991	18 658	2 725,1	10 250	1 497,1	445	65,0	7 958	1 162,3	5	0,7
Straftaten gegen Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	1986	838	87,5	385	40,2	11	1,1	442	46,2	—	—
	1987	757	86,4	384	43,8	7	0,8	366	41,8	—	—
	1988	901	113,8	450	56,8	9	1,1	441	55,7	1	0,1
	1989	843	114,4	410	55,6	5	0,7	428	58,1	—	—
	1990	691	99,1	337	48,3	4	0,6	349	50,0	1	0,1
	1991	851	124,3	486	71,0	5	0,7	360	52,6	—	—
Straftaten im Straßenverkehr	1986	4 927	514,6	2 540	265,3	43	4,5	2 343	244,7	1	0,1
	1987	3 964	452,3	2 129	242,9	39	4,5	1 795	204,8	1	0,1
	1988	3 300	416,8	1 718	217,0	27	3,4	1 554	196,3	1	0,1
	1989	2 892	392,3	1 594	216,2	22	3,0	1 276	173,1	—	—
	1990	2 702	387,3	1 475	211,4	26	3,7	1 201	172,2	—	—
	1991	2 558	373,6	1 378	201,3	25	3,7	1 153	168,4	2	0,3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1986	138	14,4	87	9,1	8	0,8	42	4,4	1	0,1
	1987	121	13,8	77	8,8	7	0,8	37	4,2	—	—
	1988	133	16,8	85	10,7	8	1,0	39	4,9	1	0,1
	1989	134	18,2	95	12,9	13	1,8	26	3,5	—	—
	1990	116	16,6	66	9,5	6	0,9	44	6,3	—	—
	1991	134	19,6	83	12,1	6	0,9	45	6,6	—	—
Mord und Totschlag (§§ 211, 212, 213 StGB)	1986	12	1,3	11	1,1	—	—	—	—	1	0,1
	1987	4	0,5	4	0,5	—	—	—	—	—	—
	1988	9	1,1	8	1,0	—	—	—	—	1	0,1
	1989	4	0,5	3	0,4	1	0,1	—	—	—	—
	1990	7	1,0	5	0,7	2	0,3	—	—	—	—
	1991	1	0,1	—	—	1	0,1	—	—	—	—
Körperverletzung außer im Straßenverkehr (§§ 223, 223a, 223b, 224, 225, 226, 230 StGB)	1986	2 024	211,4	1 206	125,0	84	8,8	733	76,6	1	0,1
	1987	1 834	209,3	1 079	123,1	81	9,2	674	76,9	—	—
	1988	1 842	232,7	1 036	130,9	75	9,5	731	92,3	—	—
	1989	1 755	238,1	1 002	135,9	68	9,2	684	92,8	1	0,1
	1990	1 716	246,0	991	142,1	65	9,3	658	94,3	2	0,3
	1991	1 944	283,9	1 122	163,9	61	8,9	761	111,1	—	—
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1986	12 651	1 321,4	7 613	795,2	225	23,5	4 806	502,0	7	0,7
	1987	11 132	1 270,2	6 854	782,1	234	26,7	4 037	460,6	7	0,8
	1988	10 840	1 369,2	6 771	855,2	178	22,5	3 887	491,0	4	0,5
	1989	9 396	1 274,7	5 700	773,3	215	29,2	3 479	472,0	2	0,3
	1990	9 240	1 324,6	5 348	766,6	191	27,4	3 698	530,1	3	0,4
	1991	9 621	1 405,2	5 460	797,5	220	32,1	3 939	575,3	2	0,3
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1986	499	52,1	406	42,4	22	2,3	68	7,1	3	0,3
	1987	426	48,6	348	39,7	26	3,0	51	5,8	1	0,1
	1988	463	54,5	380	48,0	18	2,3	65	8,3	—	—
	1989	462	62,7	375	50,9	17	2,3	70	9,5	—	—
	1990	430	61,6	354	50,7	20	2,9	55	7,9	1	0,1
	1991	492	71,9	388	56,7	19	2,8	85	12,4	—	—
Betrug (§§ 263 bis 265b StGB)	1986	1 321	138,0	580	60,6	27	2,8	714	74,6	—	—
	1987	1 136	129,6	463	52,8	16	1,8	655	74,7	2	0,2
	1988	1 054	133,1	456	57,6	10	1,3	588	74,3	—	—
	1989	1 189	161,3	467	63,4	12	1,6	710	96,3	—	—
	1990	1 164	166,9	418	59,9	24	3,4	721	103,4	1	0,1
	1991	1 049	153,2	331	48,3	27	3,9	690	100,8	1	0,1
Straftaten gegen das Betäubungs- mittelgesetz	1986	299	31,2	187	19,5	6	0,6	106	11,1	—	—
	1987	229	26,1	170	19,4	4	0,5	55	6,3	—	—
	1988	222	28,0	150	18,9	1	0,1	70	8,8	1	0,1
	1989	242	32,8	165	22,4	—	—	77	10,4	—	—
	1990	310	44,4	217	31,1	—	—	93	13,3	—	—
	1991	471	68,8	338	49,4	3	0,4	130	19,0	—	—

\*) 1991: mit Einbeziehungen – 1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Verurteilungsziffer 1984 – 1991												
Jahr	Rechtskräftig Verurteilte <sup>1)</sup>											
	im strafmündigen Alter			davon								
				Erwachsene			Heranwachsende			Jugendliche		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
<b>Ziffer</b>												
1984	1 419	2 487	466	1 276	2 225	453	2 918	5 002	703	1 824	3 128	445
1985	1 342	2 356	438	1 226	2 147	427	2 602	4 455	627	1 662	2 837	421
1986	1 264	2 235	397	1 169	2 064	388	2 429	4 181	566	1 465	2 504	370
1987	1 232	2 180	383	1 139	2 012	376	2 417	4 158	574	1 424	2 479	313
1988	1 247	2 187	399	1 154	2 014	392	2 475	4 299	565	1 515	2 609	360
1989	1 220	2 128	398	1 139	1 981	392	2 382	4 108	581	1 439	2 491	328
1990	1 218	2 113	405	1 146	1 979	401	2 349	4 069	555	1 423	2 447	337
1991 <sup>2)</sup>	1 235	2 153	396	1 160	2 014	392	2 533	4 395	584	1 438	2 508	307
1991 <sup>3)</sup>	1 251	2 185	399	1 168	2 029	394	2 680	4 666	601	1 497	2 619	311
<b>1984 = 100</b>												
1984	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1985	94,5	94,7	94,0	96,1	96,5	94,4	89,2	89,1	89,2	91,1	90,7	94,6
1986	89,1	89,9	85,1	91,6	92,8	85,8	83,2	83,6	80,5	80,3	80,1	83,2
1987	86,8	87,7	82,1	89,3	90,5	83,0	82,8	83,1	81,7	78,1	79,3	70,4
1988	87,9	87,9	85,6	90,4	90,5	86,5	84,8	86,0	80,4	83,1	83,4	81,0
1989	85,9	85,6	85,4	89,3	89,0	86,6	81,6	82,1	82,6	78,9	79,7	73,8
1990	85,8	84,9	86,9	89,8	89,0	88,6	80,5	81,4	78,9	78,0	78,2	75,8
1991 <sup>2)</sup>	87,0	86,6	85,0	90,9	90,6	86,6	86,8	87,9	83,1	78,8	80,2	68,9
1991 <sup>3)</sup>	88,1	87,8	85,5	91,6	91,2	87,0	91,8	93,3	85,5	82,1	83,7	70,0

1) je 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres – 2) ohne Einbeziehungen – 3) mit Einbeziehungen

Verurteilte 1991*) nach Deliktgruppen und Personengruppen									
Straftaten	Verurteilte								
	insgesamt		davon						
			Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
<b>Anteile der Personengruppen</b>									
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung und im Amt <sup>1)</sup>	4 395	100	3 797	86,4	427	9,7	171	3,9	
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 301	100	1 123	86,3	95	7,3	83	6,4	
Andere Straftaten gegen die Person	12 907	100	10 172	78,8	1 526	11,8	1 209	9,4	
Diebstahl und Unterschlagung	46 925	100	36 140	77,0	5 325	11,3	5 460	11,6	
Raub und Erpressung	1 731	100	971	56,1	372	21,5	388	22,4	
Andere Vermögensdelikte	29 840	100	26 472	88,7	2 339	7,8	1 029	3,4	
Gemeingefährliche Straftaten <sup>2)</sup>	1 668	100	1 521	91,2	101	6,1	46	2,8	
Straftaten im Straßenverkehr	66 953	100	59 962	89,6	5 613	8,4	1 378	2,1	
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze <sup>3)</sup>	19 966	100	17 465	87,5	2 015	10,1	486	2,4	
<b>Straftaten zusammen</b>	<b>185 686</b>	<b>100</b>	<b>157 623</b>	<b>84,9</b>	<b>17 813</b>	<b>9,6</b>	<b>10 250</b>	<b>5,5</b>	
<b>Anteile der Deliktgruppen</b>									
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung und im Amt <sup>1)</sup>	4 395	2,4	3 797	2,4	427	2,4	171	1,7	
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 301	0,7	1 123	0,7	95	0,5	83	0,8	
Andere Straftaten gegen die Person	12 907	7,0	10 172	6,5	1 526	8,6	1 209	11,8	
Diebstahl und Unterschlagung	46 925	25,3	36 140	22,9	5 325	29,9	5 460	53,3	
Raub und Erpressung	1 731	0,9	971	0,6	372	2,1	388	3,8	
Andere Vermögensdelikte	29 840	16,1	26 472	16,8	2 339	13,1	1 029	10,0	
Gemeingefährliche Straftaten <sup>2)</sup>	1 668	0,9	1 521	1,0	101	0,6	46	0,4	
Straftaten im Straßenverkehr	66 953	36,1	59 962	38,0	5 613	31,5	1 378	13,4	
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze <sup>3)</sup>	19 966	10,8	17 465	11,1	2 015	11,3	486	4,7	
<b>Straftaten zusammen</b>	<b>185 686</b>	<b>100</b>	<b>157 623</b>	<b>100</b>	<b>17 813</b>	<b>100</b>	<b>10 250</b>	<b>100</b>	

\*) mit Einbeziehungen – 1) außer Flucht nach Verkehrsunfall – 2) außer im Straßenverkehr – 3) außer StGB und StVG



Wegen Straftaten Verurteilte 1984 – 1991*) nach Hauptdeliktgruppen										
Nr. der Haupt- delikts- gruppe	Straftaten Jahr		Verurteilte							
			insgesamt		davon					
					Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>
I	Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (außer Flucht nach Verkehrsunfall) und im Amt (§§ 80 bis 168 und 331 bis 357, außer § 142 StGB)	1984	5 128	35,5	4 080	32,8	699	78,3	349	31,6
		1985	4 914	34,1	3 993	32,0	637	72,0	284	27,7
		1986	4 771	33,1	3 945	31,3	607	69,8	219	22,9
		1987	4 520	31,3	3 747	29,5	540	63,7	233	26,6
		1988	4 312	29,8	3 611	28,0	508	62,7	193	24,4
		1989	4 496	30,9	3 841	29,4	481	63,3	174	23,6
		1990	4 533	30,9	3 859	29,1	482	67,4	192	27,5
		1991	4 395	29,6	3 797	28,1	427	64,2	171	25,0
II	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	1984	1 563	10,8	1 267	10,1	148	16,6	148	13,4
		1985	1 397	9,7	1 158	9,3	131	14,8	108	10,5
		1986	1 328	9,2	1 133	9,0	108	12,4	87	9,1
		1987	1 280	8,9	1 084	8,5	119	14,0	77	8,8
		1988	1 254	8,7	1 047	8,1	122	15,1	85	10,7
		1989	1 264	8,7	1 081	8,3	88	11,6	95	12,9
		1990	1 278	8,7	1 129	8,5	83	11,6	66	9,5
		1991	1 301	8,8	1 123	8,3	95	14,3	83	12,1
III	Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßen- verkehr (§§ 169 bis 173, 185 bis 241a, außer §§ 222, 230 StGB i. V. m. Verkehrsunfall)	1984	14 219	98,5	10 699	86,0	1 938	217,2	1 582	143,3
		1985	13 501	93,8	10 044	80,4	1 927	217,8	1 530	149,0
		1986	12 738	88,3	9 629	76,5	1 737	199,8	1 372	143,3
		1987	12 216	84,7	9 340	73,5	1 683	198,4	1 193	136,1
		1988	12 561	86,7	9 780	75,9	1 622	200,1	1 159	146,4
		1989	12 544	86,2	9 861	75,5	1 578	207,6	1 105	149,9
		1990	12 803	87,1	10 126	76,3	1 578	220,7	1 099	157,5
		1991	12 907	87,0	10 172	75,4	1 526	229,5	1 209	176,6
IV	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	1984	57 758	400,1	39 117	314,4	7 948	891,0	10 693	968,6
		1985	54 437	378,1	38 047	304,7	7 021	793,7	9 369	912,2
		1986	47 602	330,1	33 666	267,3	6 323	727,4	7 613	795,2
		1987	45 465	315,1	32 571	256,4	6 040	712,1	6 854	782,1
		1988	46 929	323,9	33 980	263,7	6 178	762,2	6 771	855,2
		1989	45 112	310,0	34 069	260,9	5 343	702,9	5 700	773,3
		1990	44 851	305,3	34 728	261,5	4 775	667,7	5 348	766,6
		1991	46 925	316,1	36 140	267,8	5 325	801,0	5 460	797,5
V	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	1984	1 961	13,6	1 066	8,6	403	45,2	492	44,6
		1985	1 850	12,9	1 007	8,1	429	48,5	414	40,3
		1986	1 772	12,2	1 002	8,0	364	41,9	406	42,4
		1987	1 615	11,2	932	7,3	335	39,5	348	39,7
		1988	1 638	11,3	915	7,1	343	42,3	380	48,0
		1989	1 653	11,4	955	7,3	323	42,5	375	50,9
		1990	1 570	10,7	890	6,7	326	45,6	354	50,7
		1991	1 731	11,7	971	7,2	372	56,0	388	56,7
VI	Andere Vermögensdelikte (§§ 257 bis 305a StGB)	1984	28 725	199,0	23 701	190,5	3 081	345,3	1 943	176,0
		1985	27 875	193,6	23 475	188,0	2 816	318,3	1 584	154,2
		1986	29 193	202,5	25 015	198,6	2 821	324,5	1 357	141,7
		1987	30 139	208,9	26 124	205,6	2 817	332,1	1 198	136,7
		1988	30 370	209,6	26 505	205,7	2 683	331,0	1 182	149,3
		1989	29 893	205,4	26 262	201,1	2 508	330,0	1 123	152,3
		1990	30 188	205,5	26 948	202,9	2 230	311,8	1 010	144,8
		1991	29 840	201,0	26 472	196,2	2 339	351,8	1 029	150,3

\*) mit Einbeziehungen – 1) bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu Beginn des Berichtsjahres

Noch: **Wegen Straftaten Verurteilte 1984 – 1991\*) nach Hauptdeliktgruppen**

Nr. der Haupt- delikts- gruppe	Straftaten Jahr		Verurteilte							
			insgesamt		davon					
					Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>	Anzahl	je 100 000 der gleich- altrigen Bevöl- kerung <sup>1)</sup>
VII	Gemeingefährliche Straftaten	1984	1 712	11,9	1 425	11,5	175	19,6	112	10,1
	außer im Straßenverkehr	1985	1 736	12,1	1 495	12,0	143	16,2	98	9,5
	(§§ 306 bis 330a, außer	1986	1 534	10,6	1 349	10,7	135	15,5	50	5,2
	§§ 315b, 315c, 316, 316a	1987	1 594	11,0	1 386	10,9	141	16,6	67	7,6
	und 323a StGB i. V. m.	1988	1 627	11,2	1 437	11,2	131	16,2	59	7,5
	Verkehrsunfall)	1989	1 628	11,2	1 501	11,5	94	12,4	33	4,5
		1990	1 638	11,1	1 505	11,3	89	12,4	44	6,3
		1991	1 668	11,2	1 521	11,3	101	15,2	46	6,7
VIII	Straftaten im Straßenverkehr	1984	73 771	511,0	60 175	483,7	9 376	1 050,9	4 220	382,2
	(§§ 142, 315b, 315c, 316,	1985	67 887	471,5	56 578	453,2	8 069	912,2	3 240	315,5
	222, 230, 323a StGB i. V. m.	1986	64 618	448,1	54 838	435,5	7 240	832,9	2 540	265,3
	Verkehrsunfall und nach	1987	61 796	428,3	52 743	415,2	6 924	816,4	2 129	242,9
	dem StVG)	1988	62 324	430,1	54 026	419,2	6 580	811,8	1 718	217,0
		1989	61 865	425,1	54 275	415,7	5 996	788,8	1 594	216,2
		1990	63 978	435,4	56 773	427,5	5 730	801,3	1 475	211,4
		1991	66 953	451,1	59 962	444,4	5 613	844,3	1 378	201,3
IX	Straftaten gegen andere Bundes-	1984	20 075	139,0	17 206	138,3	2 269	254,3	600	54,4
	und Landesgesetze (außer	1985	19 580	136,0	17 301	138,6	1 842	208,2	437	42,5
	StGB und StVG)	1986	18 742	130,0	16 577	131,6	1 780	204,8	385	40,2
		1987	19 093	132,3	16 811	132,3	1 898	223,8	384	43,8
		1988	19 690	135,9	17 349	134,6	1 891	233,3	450	56,8
		1989	19 032	130,8	16 930	129,7	1 692	222,6	410	55,6
		1990	18 058	122,9	16 214	122,1	1 507	210,7	337	48,3
		1991	19 966	134,5	17 465	129,4	2 015	303,1	486	71,0
	<b>Straftaten insgesamt</b>	1984	<b>204 912</b>	<b>1 419,3</b>	<b>158 736</b>	<b>1 275,9</b>	<b>26 037</b>	<b>2 918,5</b>	<b>20 139</b>	<b>1 824,3</b>
		1985	<b>193 177</b>	<b>1 341,8</b>	<b>153 098</b>	<b>1 226,2</b>	<b>23 015</b>	<b>2 601,8</b>	<b>17 064</b>	<b>1 661,5</b>
		1986	<b>182 298</b>	<b>1 264,3</b>	<b>147 154</b>	<b>1 168,6</b>	<b>21 115</b>	<b>2 429,2</b>	<b>14 029</b>	<b>1 465,3</b>
		1987	<b>177 718</b>	<b>1 231,8</b>	<b>144 738</b>	<b>1 139,4</b>	<b>20 497</b>	<b>2 416,7</b>	<b>12 483</b>	<b>1 424,4</b>
		1988	<b>180 705</b>	<b>1 247,1</b>	<b>148 650</b>	<b>1 153,5</b>	<b>20 058</b>	<b>2 474,6</b>	<b>11 997</b>	<b>1 515,3</b>
		1989	<b>177 487</b>	<b>1 219,5</b>	<b>148 775</b>	<b>1 139,5</b>	<b>18 103</b>	<b>2 381,7</b>	<b>10 609</b>	<b>1 439,2</b>
		1990	<b>178 897</b>	<b>1 217,6</b>	<b>152 172</b>	<b>1 145,9</b>	<b>16 800</b>	<b>2 349,3</b>	<b>9 925</b>	<b>1 422,8</b>
		1991	<b>185 686</b>	<b>1 251,0</b>	<b>157 623</b>	<b>1 168,2</b>	<b>17 813</b>	<b>2 679,5</b>	<b>10 250</b>	<b>1 497,1</b>
	darunter									
	Straftaten nach dem StGB	1984	171 837	1 190,2	133 876	1 076,1	21 538	2 414,2	16 423	1 487,7
		1985	162 765	1 130,6	128 899	1 032,4	19 464	2 200,4	14 402	1 402,3
		1986	153 955	1 067,7	124 220	986,4	17 874	2 056,3	11 861	1 238,9
		1987	149 438	1 035,8	121 548	956,8	17 255	2 034,4	10 635	1 213,5
		1988	151 858	1 048,0	124 449	965,7	16 996	2 096,8	10 413	1 315,2
		1989	149 311	1 025,9	124 781	955,7	15 367	2 021,7	9 163	1 243,1
		1990	150 702	1 025,7	127 921	963,3	14 133	1 976,3	8 648	1 239,7
		1991	154 424	1 040,4	130 867	969,9	14 660	2 205,2	8 897	1 299,5

Anmerkungen S. 544



**Wegen Delikten im Straßenverkehr Verurteilte 1984 – 1991\*) nach Personengruppen**

Jahr	Verurteilte										
	nach dem Strafgesetzbuch (StGB)								nach dem Straßenverkehrs-gesetz (StVG)	insgesamt	
	Flucht nach Verkehrsunfall § 142 StGB	fahrlässige Tötung in Ver- bindung mit einem Verkehrsunfall § 222 StGB	fahrlässige Körperverletzung in Ver- bindung mit einem Verkehrsunfall § 230 StGB	Ge- fährdung des Straßenverkehrs- § 315b StGB	Ge- fährdung des Straßenverkehrs- § 315c StGB	Trunkenheit des Fahrzeugführers im Verkehr § 316 StGB	Volltrunkenheit in Ver- bindung mit einem Verkehrsunfall § 323a StGB	zusammen			
Anzahl	%										
Erwachsene											
1984	7 144	309	11 275	194	5 917	27 304	378	52 521	7 654	60 175	81,6
1985	7 450	251	9 782	187	5 752	25 911	347	49 680	6 898	56 578	83,3
1986	7 171	234	8 916	196	5 524	26 115	325	48 481	6 357	54 838	84,9
1987	7 347	245	8 626	215	5 420	24 168	343	46 364	6 379	52 743	85,4
1988	7 604	238	8 585	284	5 978	24 133	352	47 174	6 852	54 026	86,7
1989	7 748	234	8 470	305	6 126	23 993	335	47 211	7 064	54 275	87,7
1990	8 309	252	8 292	340	6 304	24 861	378	48 736	8 037	56 773	88,7
1991	8 110	223	7 747	350	6 395	27 467	379	50 671	9 291	59 962	89,6
Heranwachsende											
1984	1 495	97	2 053	77	805	2 580	39	7 146	2 230	9 376	12,7
1985	1 446	87	1 664	76	764	2 296	27	6 360	1 709	8 069	11,9
1986	1 376	73	1 442	59	715	2 091	23	5 779	1 461	7 240	11,2
1987	1 285	83	1 485	85	691	1 922	29	5 580	1 344	6 924	11,2
1988	1 228	76	1 361	84	744	1 895	21	5 409	1 171	6 580	10,6
1989	1 127	64	1 192	99	757	1 693	20	4 952	1 044	5 996	9,7
1990	1 036	43	1 061	50	655	1 705	20	4 570	1 160	5 730	9,0
1991	937	46	880	52	660	1 880	20	4 475	1 138	5 613	8,4
Jugendliche											
1984	228	9	204	37	98	521	7	1 104	32 116	4 220	5,7
1985	205	8	160	30	78	529	5	1 015	2 225	3 240	4,8
1986	189	4	105	37	64	357	1	757	1 783	2 540	3,9
1987	167	1	93	24	52	325	3	665	1 464	2 129	3,4
1988	161	3	54	18	53	292	3	584	1 134	1 718	2,8
1989	138	6	69	30	47	267	1	558	1 036	1 594	2,6
1990	154	2	49	15	55	256	4	535	940	1 475	2,3
1991	153	3	46	24	42	242	1	511	867	1 378	2,1
insgesamt											
1984	8 867	415	13 532	308	6 820	30 405	424	60 771	13 000	73 771	100
%	12,0	0,6	18,3	0,4	9,2	41,2	0,6	82,4	17,6	100	x
1985	9 101	346	11 606	293	6 594	28 736	379	57 055	10 832	67 887	100
%	13,4	0,5	17,1	0,4	9,7	42,3	0,6	84,0	16,0	100	x
1986	8 736	311	10 463	292	6 303	28 563	349	55 017	9 601	64 618	100
%	13,5	0,5	16,2	0,5	9,8	44,2	0,5	85,1	14,9	100	x
1987	8 799	329	10 204	324	6 163	26 415	375	52 609	9 187	61 796	100
%	14,2	0,5	16,5	0,5	10,0	42,7	0,6	85,1	14,9	100	x
1988	8 993	317	10 000	386	6 775	26 320	376	53 167	9 157	62 324	100
%	14,4	0,5	16,0	0,6	10,9	42,2	0,6	85,3	14,7	100	x
1989	9 013	304	9 731	434	6 930	25 953	356	52 721	9 144	61 865	100
%	14,6	0,5	15,7	0,7	11,2	42,0	0,6	85,2	14,8	100	x
1990	9 499	297	9 402	405	7 014	26 822	402	53 841	10 137	63 978	100
%	14,8	0,5	14,7	0,6	11,0	41,9	0,6	84,2	15,8	100	x
1991	9 200	272	8 673	426	7 097	29 589	400	55 657	11 296	66 953	100
%	13,7	0,4	13,0	0,6	10,6	44,2	0,6	83,1	16,9	100	x

\*) mit Einbeziehungen

Verurteilte 1991*) nach Deliktgruppen und Personengruppen								
Straftaten	Verurteilte							
	insgesamt		davon					
			Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anteile der Personengruppen								
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung und im Amt <sup>1)</sup>	4 327	100	3 758	86,9	404	9,3	165	3,8
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 273	100	1 105	86,8	89	7,0	79	6,2
Andere Straftaten gegen die Person	12 699	100	10 109	79,6	1 424	11,2	1 166	9,2
Diebstahl und Unterschlagung	45 854	100	35 804	78,1	4 856	10,6	5 194	11,3
Raub und Erpressung	1 586	100	938	59,1	296	18,7	352	22,2
Andere Vermögensdelikte	29 473	100	26 222	89,0	2 241	7,6	1 010	3,4
Gemeingefährliche Straftaten <sup>2)</sup>	1 642	100	1 502	91,5	95	5,8	45	2,7
Straftaten im Straßenverkehr	66 660	100	59 748	89,6	5 546	8,3	1 366	2,0
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze <sup>3)</sup>	19 728	100	17 375	88,1	1 886	9,6	467	2,4
<b>Straftaten zusammen</b>	<b>183 242</b>	<b>100</b>	<b>156 561</b>	<b>85,4</b>	<b>16 837</b>	<b>9,2</b>	<b>9 844</b>	<b>5,4</b>
Anteile der Deliktgruppen								
Straftaten gegen den Staat, die öffentl. Ordnung und im Amt <sup>1)</sup>	4 327	2,4	3 758	2,4	404	2,4	165	1,7
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 273	0,7	1 105	0,7	89	0,5	79	0,8
Andere Straftaten gegen die Person	12 699	6,9	10 109	6,5	1 424	8,5	1 166	11,8
Diebstahl und Unterschlagung	45 854	25,0	35 804	22,9	4 856	28,8	5 194	52,8
Raub und Erpressung	1 586	0,9	938	0,6	296	1,8	352	3,6
Andere Vermögensdelikte	29 473	16,1	26 222	16,7	2 241	13,3	1 010	10,3
Gemeingefährliche Straftaten <sup>2)</sup>	1 642	0,9	1 502	1,0	95	0,6	45	0,5
Straftaten im Straßenverkehr	66 660	36,4	59 748	38,2	5 546	32,9	1 366	13,9
Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze <sup>3)</sup>	19 728	10,8	17 375	11,1	1 886	11,2	467	4,7
<b>Straftaten zusammen</b>	<b>183 242</b>	<b>100</b>	<b>156 561</b>	<b>100</b>	<b>16 837</b>	<b>100</b>	<b>9 844</b>	<b>100</b>

\*) ohne Einbeziehungen – 1) außer Flucht nach Verkehrsunfall – 2) außer im Straßenverkehr – 3) außer StGB und StVG

Verurteilte Ausländer 1984 – 1991 nach Hauptdeliktgruppen*)										
Nr. der Hauptdeliktgruppe	Straftaten	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>1)</sup>	1991 <sup>2)</sup>
I	Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (außer Flucht nach Verkehrsunfall) und im Amt (§§ 80 bis 168 und 331 bis 357, außer § 142 StGB)	394	365	461	434	458	475	486	572	583
II	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184b StGB)	198	158	156	164	179	160	169	198	205
III	Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßenverkehr (§§ 169 bis 173, 185 bis 241a, außer §§ 222, 230 StGB i. V. m. Verkehrsunfall)	1 310	1 268	1 312	1 409	1 590	1 658	1 883	2 016	2 058
IV	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248c StGB)	5 852	6 043	5 870	6 662	8 020	8 692	9 727	11 445	11 701
V	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249 bis 255, 316a StGB)	236	267	301	301	314	350	400	465	509
VI	Andere Vermögensdelikte (§§ 257 bis 305a StGB)	2 551	2 489	2 744	3 131	3 690	3 832	4 229	4 770	4 820
VII	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306 bis 330a, außer §§ 315b, 315c, 316, 316a und 323a StGB i. V. m. Verkehrsunfall)	102	98	86	107	139	163	174	188	189
VIII	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315b, 315c, 316, 222, 230, 323a StGB i. V. m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	5 649	5 172	4 984	5 305	5 817	6 443	7 404	8 868	8 895
IX	Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze (außer StGB und StVG)	3 371	3 439	3 632	4 126	4 479	4 335	3 976	4 588	4 647
	<b>Straftaten insgesamt</b>	<b>19 663</b>	<b>19 299</b>	<b>19 546</b>	<b>21 639</b>	<b>24 686</b>	<b>26 108</b>	<b>28 448</b>	<b>33 110</b>	<b>33 607</b>

\*) ohne Stationierungsstreitkräfte – 1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Rechtskräftig Verurteilte 1984 – 1991 nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht										
Staatsangehörigkeit a = Insgesamt b = männlich c = weiblich		1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 <sup>1)</sup>	1991 <sup>2)</sup>
Deutsche	a	184 632	173 384	162 221	155 543	155 470	150 829	149 910	149 575	151 514
	b	151 420	142 576	134 322	129 012	128 481	124 185	122 972	123 536	125 311
	c	33 212	30 808	27 899	26 531	26 989	26 644	26 938	26 039	26 203
Ausländer insgesamt	a	20 280	19 793	20 077	22 175	25 235	26 658	28 987	33 667	34 172
	b	17 918	17 245	17 744	19 546	21 831	22 863	24 709	28 942	29 425
	c	2 362	2 548	2 333	2 629	3 404	3 795	4 278	4 725	4 747
davon Griechen	a	1 072	950	928	762	884	898	1 022	1 081	1 086
	b	917	804	801	685	776	760	890	928	932
	c	155	146	127	77	108	138	132	153	154
Italiener	a	2 280	1 944	1 985	1 932	2 049	1 819	1 893	1 799	1 825
	b	1 998	1 672	1 769	1 743	1 837	1 590	1 684	1 573	1 599
	c	282	272	216	189	212	229	209	226	226
aus übrigen EG-Staaten	a	x	x	x	x	x	x	x	2 678	2 706
	b	x	x	x	x	x	x	x	2 330	2 358
	c	x	x	x	x	x	x	x	348	348
Jugoslawen	a	2 022	2 015	1 829	1 997	2 456	3 361	4 261	4 784	4 849
	b	1 617	1 618	1 503	1 612	1 910	2 660	3 324	3 798	3 854
	c	405	397	326	385	546	701	937	986	995
Türken	a	5 974	5 867	5 614	6 031	6 483	6 665	7 138	7 858	8 096
	b	5 477	5 343	5 208	5 598	6 022	6 150	6 598	7 246	7 481
	c	497	524	406	433	461	515	540	612	615
sonstige Ausländer	a	x	x	x	x	x	x	x	15 467	15 610
	b	x	x	x	x	x	x	x	13 067	13 201
	c	x	x	x	x	x	x	x	2 400	2 409

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte 1983 – 1991									
Jahr	Verurteilte								
	insgesamt	davon erhielten							
		freiheitsentziehende Strafe						Geldstrafe	
		Freiheitsstrafe		Strafarrest		zusammen			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Insgesamt									
1983	177 714	32 263	18,2	84	0	32 347	18,2	145 367	81,8
1984	168 781	31 505	18,7	63	0	31 568	18,7	137 213	81,3
1985	161 862	29 979	18,5	65	0	30 044	18,6	131 818	81,4
1986	154 806	28 330	18,3	66	0	28 396	18,3	126 410	81,7
1987	151 896	27 931	18,4	42	0	27 973	18,4	123 923	81,6
1988	155 525	27 160	17,5	43	0	27 203	17,5	128 322	82,5
1989	154 995	25 847	16,7	25	0	25 872	16,7	129 123	83,3
1990	158 222	25 442	16,1	38	0	25 480	16,1	132 742	83,9
1991 <sup>1)</sup>	162 833	25 556	15,7	40	0	25 596	15,7	137 237	84,3
1991 <sup>2)</sup>	163 917	26 269	16,0	40	0	26 309	16,1	137 608	83,9
darunter nach dem StGB									
1983	149 803	28 078	18,7	5	0	28 083	18,7	121 720	81,3
1984	142 181	27 108	19,1	3	0	27 111	19,1	115 070	80,9
1985	136 242	25 631	18,8	2	0	25 633	18,8	110 609	81,2
1986	130 615	24 322	18,6	2	0	24 324	18,6	106 291	81,4
1987	127 522	23 667	18,6	1	0	23 668	18,6	103 854	81,4
1988	130 251	22 756	17,5	1	0	22 757	17,5	107 494	82,5
1989	130 015	21 350	16,4	—	—	21 350	16,4	108 665	83,6
1990	132 962	20 735	15,6	2	0	20 737	15,6	112 225	84,4
1991 <sup>1)</sup>	135 103	20 393	15,1	—	—	20 393	15,1	114 710	84,9
1991 <sup>2)</sup>	136 013	21 006	15,4	—	—	21 006	15,4	115 007	84,6

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen



Zu Freiheitsstrafe Verurteilte 1983 – 1991 nach der Dauer der Freiheitsstrafe											
Jahr	Zu Freiheitsstrafe Verurteilte										
	ins- gesamt	davon erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe									lebens- lang
		von		von mehr als							
		unter 6 Monaten	6 Monaten	6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren	10 Jahren	
				bis einschließlich							
				9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren	10 Jahren	15 Jahren	
Anzahl											
1983	32 263	15 264	4 181	4 121	4 279	2 763	814	474	309	43	15
1984	31 505	14 501	4 206	3 944	4 239	2 810	905	548	282	36	34
1985	29 979	13 602	4 068	3 771	4 034	2 890	810	460	285	33	26
1986	28 330	12 719	3 861	3 526	3 585	3 031	791	481	271	34	31
1987	27 931	12 622	3 927	3 317	3 422	3 019	780	503	284	45	12
1988	27 160	11 871	3 906	3 213	3 386	3 175	771	521	260	39	18
1989	25 847	11 251	3 701	3 132	3 254	2 958	762	499	241	33	16
1990	25 442	10 842	3 766	3 127	3 249	2 948	781	472	211	31	15
1991 <sup>1)</sup>	25 556	10 389	3 767	3 204	3 214	3 284	849	528	266	37	18
1991 <sup>2)</sup>	26 269	10 481	3 818	3 334	3 348	3 483	890	565	291	40	19
Prozent											
1983	100	47,3	13,0	12,8	13,3	8,6	2,5	1,5	1,0	0,1	0
1984	100	46,0	13,4	12,5	13,5	8,9	2,9	1,7	0,9	0,1	0,1
1985	100	45,4	13,6	12,6	13,5	9,6	2,7	1,5	1,0	0,1	0,1
1986	100	44,9	13,6	12,4	12,7	10,7	2,8	1,7	1,0	0,1	0,1
1987	100	45,2	14,1	11,9	12,3	10,8	2,8	1,8	1,0	0,2	0
1988	100	43,7	14,4	11,8	12,5	11,7	2,8	1,9	1,0	0,1	0,1
1989	100	43,5	14,3	12,1	12,6	11,4	2,9	1,9	0,9	0,1	0,1
1990	100	42,6	14,8	12,3	12,8	11,6	3,1	1,9	0,8	0,1	0,1
1991 <sup>1)</sup>	100	40,7	14,7	12,5	12,6	12,9	3,3	2,1	1,0	0,1	0,1
1991 <sup>2)</sup>	100	39,9	14,5	12,7	12,7	13,3	3,4	2,2	1,1	0,2	0,1

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

Zu Freiheitsstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung 1983 – 1991 nach Dauer der Freiheitsstrafe												
Jahr	Zu Freiheitsstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung											
	insgesamt		davon entfielen als schwerste Strafe Freiheitsstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung									
			von				von mehr als					
			unter 6 Monaten		6 Monaten		6 Monaten		9 Monaten		1 Jahr	
							bis einschließlich					
							9 Monaten		1 Jahr		2 Jahren	
	zu- sammen	darunter mit Be- währung	zu- sammen	darunter mit Be- währung	zu- sammen	darunter mit Be- währung	zu- sammen	darunter mit Be- währung	zu- sammen	darunter mit Be- währung	zu- sammen	darunter mit Be- währung
Anzahl												
1983	30 608	21 724	15 264	12 472	4 181	3 067	4 121	2 634	4 279	2 810	2 763	741
1984	29 700	21 286	14 501	11 810	4 206	3 106	3 944	2 620	4 239	2 838	2 810	912
1985	28 365	20 494	13 602	11 119	4 068	3 062	3 771	2 549	4 034	2 741	2 890	1 023
1986	26 722	19 762	12 719	10 447	3 861	2 923	3 526	2 457	3 585	2 521	3 031	1 414
1987	26 307	19 558	12 622	10 220	3 927	3 044	3 317	2 301	3 422	2 401	3 019	1 592
1988	25 551	18 983	11 871	9 588	3 906	2 988	3 213	2 309	3 386	2 417	3 175	1 681
1989	24 296	17 961	11 251	9 020	3 701	2 814	3 132	2 211	3 254	2 276	2 958	1 640
1990	23 932	17 717	10 842	8 718	3 766	2 876	3 127	2 208	3 249	2 230	2 948	1 685
1991 <sup>1)</sup>	23 858	17 609	10 389	8 238	3 767	2 958	3 204	2 239	3 214	2 235	3 284	1 939
1991 <sup>2)</sup>	24 464	17 991	10 481	8 314	3 818	3 002	3 334	2 331	3 348	2 329	3 483	2 015
Prozent												
1983	100	100	49,9	57,4	13,7	14,1	13,5	12,1	14,0	12,9	9,0	3,4
1984	100	100	48,8	55,5	14,2	14,6	13,3	12,3	14,3	13,3	9,5	4,3
1985	100	100	48,0	54,3	14,3	14,9	13,3	12,4	14,2	13,4	10,2	5,0
1986	100	100	47,6	52,9	14,4	14,8	13,2	12,4	13,4	12,8	11,3	7,2
1987	100	100	48,0	52,3	14,9	15,6	12,6	11,8	13,0	12,3	11,5	8,1
1988	100	100	46,5	50,5	15,3	15,7	12,6	12,2	13,3	12,7	12,4	8,9
1989	100	100	46,3	50,2	15,2	15,7	12,9	12,3	13,4	12,7	12,2	9,1
1990	100	100	45,3	49,2	15,7	16,2	13,1	12,5	13,6	12,6	12,3	9,5
1991 <sup>1)</sup>	100	100	43,5	46,8	15,8	16,8	13,4	12,7	13,5	12,7	13,8	11,0
1991 <sup>2)</sup>	100	100	42,8	46,2	15,6	16,7	13,6	13,0	13,7	12,9	14,2	11,2

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

# **Zu Jugendstrafe Verurteilte 1983 – 1991 nach der Dauer der Jugendstrafe**

Jahr	Zu Jugendstrafe Verurteilte								
	insgesamt	davon erhielten als schwerste Strafe Jugendstrafe							von unbestimmter Dauer <sup>3)</sup>
		von mehr als							
		6 Monaten	6 Monaten	9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren	
			bis einschließlich						
		9 Monaten	1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	4 Jahren	10 Jahren		
Anzahl									
1983	5 295	1 245	1 171	1 495	1 046	175	79	18	66
1984	4 942	1 205	1 092	1 367	951	174	73	18	62
1985	4 286	1 165	931	1 182	765	133	42	21	47
1986	3 739	956	772	960	806	149	56	19	21
1987	3 603	972	769	912	751	112	46	17	24
1988	3 546	997	745	863	772	107	33	12	17
1989	2 914	838	590	728	626	82	27	7	16
1990	2 899	817	633	675	625	106	21	6	16
1991 <sup>1)</sup>	2 849	751	582	707	679	91	33	6	x
1991 <sup>2)</sup>	4 025	794	703	965	1 208	252	92	11	x
Prozent									
1983	100	23,5	22,1	28,2	19,8	3,3	1,5	0,3	1,2
1984	100	24,4	22,1	27,7	19,2	3,5	1,5	0,4	1,3
1985	100	27,2	21,7	27,6	17,8	3,1	1,0	0,5	1,1
1986	100	25,6	20,6	25,7	21,6	4,0	1,5	0,5	0,6
1987	100	27,0	21,3	25,3	20,8	3,1	1,3	0,5	0,7
1988	100	28,1	21,0	24,3	21,8	3,0	0,9	0,3	0,5
1989	100	28,8	20,2	25,0	21,5	2,8	0,9	0,2	0,5
1990	100	28,2	21,8	23,3	21,6	3,7	0,7	0,2	0,6
1991 <sup>1)</sup>	100	26,4	20,4	24,8	23,8	3,2	1,2	0,2	x
1991 <sup>2)</sup>	100	19,7	17,5	24,0	30,0	6,3	2,3	0,3	x

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen – 3) nur bis einschließlich 1990

## **Zu Jugendstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung 1983 – 1991 nach Dauer der Jugendstrafe**

Jahr	Zu Jugendstrafe Verurteilte mit Strafaussetzung zur Bewährung									
	insgesamt		davon entfielen als schwerste Strafe Jugendstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung							
			von		von mehr als					
					6 Monaten		9 Monaten		1 Jahr	
			6 Monaten		bis einschließlich					
					9 Monaten		1 Jahr		2 Jahren	
	zusammen	darunter mit Bewährung	zusammen	darunter mit Bewährung	zusammen	darunter mit Bewährung	zusammen	darunter mit Bewährung	zusammen	darunter mit Bewährung
Anzahl										
1983	4 957	3 682	1 245	1 069	1 171	1 006	1 495	1 168	1 046	439
1984	4 615	3 363	1 205	1 013	1 092	907	1 367	1 048	951	395
1985	4 043	3 174	1 165	1 029	931	800	1 182	974	765	371
1986	3 494	2 743	956	855	772	671	960	797	806	420
1987	3 404	2 714	972	867	769	659	912	753	751	435
1988	3 377	2 683	997	863	745	634	863	703	772	483
1989	2 782	2 248	838	743	590	512	728	617	626	376
1990	2 750	2 160	817	704	633	534	675	532	625	390
1991 <sup>1)</sup>	2 719	2 151	751	646	582	500	707	551	679	454
1991 <sup>2)</sup>	3 670	2 699	794	678	703	589	965	735	1 208	697
Prozent										
1983	100	100	25,1	29,0	23,6	27,3	30,2	31,7	21,1	11,9
1984	100	100	26,1	30,1	23,7	27,0	29,6	31,2	20,6	11,7
1985	100	100	28,8	32,4	23,0	25,2	29,2	30,7	18,9	11,7
1986	100	100	27,4	31,2	22,1	24,5	27,5	29,1	23,1	15,3
1987	100	100	28,6	31,9	22,6	24,3	26,8	27,7	22,1	16,0
1988	100	100	29,5	32,2	22,1	23,6	25,6	26,2	22,9	18,0
1989	100	100	30,1	33,1	21,2	22,8	26,2	27,4	22,5	16,7
1990	100	100	29,7	32,6	23,0	24,7	24,5	24,6	22,7	18,1
1991 <sup>1)</sup>	100	100	27,6	30,0	21,4	23,2	26,0	25,6	25,0	21,1
1991 <sup>2)</sup>	100	100	21,6	25,1	19,2	21,8	26,3	27,2	32,9	25,8

1) ohne Einbeziehungen – 2) mit Einbeziehungen

# Zahlenspiegel



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

			1990	1991
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>				
1	* Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup> . . . . .	1 000	17 244	17 423
2	* Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>1)</sup>			
3	* Eheschließungen <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	9 535	9 274
4	* Lebendgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	16 608	16 536
5	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,6	6,4
6	* Totgeborene . . . . .	je 1 000 Geborene	11,6	11,4
7	* Gestorbene <sup>4)</sup> ohne Totgeborene . . . . .	Anzahl	3,9	3,5
8	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		16 093	16 067
9	* darunter im ersten Lebensjahr . . . . .	Anzahl	11,2	11,1
10	* je 1 000 Lebendgeborene		128	125
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (–) . . . . .	Anzahl	7,7	7,5
12	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+515	+469
			+0,4	+0,3
<b>Wanderungen</b>				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene . . . . .	Anzahl	41 478	33 571
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene . . . . .	"	21 439	20 688
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–) . . . . .	"	+20 039	+12 883
16	* innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup> . . . . .	"	41 517	38 827
<b>Arbeitsmarkt</b>				
17	* Arbeitslose am Monatsende . . . . .	1 000	626	560
18	* darunter Männer . . . . .	"	327	301
<b>Landwirtschaft</b>				
<b>Viehbestand<sup>6)</sup></b>				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern) . . . . .	1 000	1 990	1 848
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe) . . . . .	"	527	495
21	* Schweine . . . . .	"	5 938	5 675
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine . . . . .	"	2 332	2 186
23	* Zuchtsauen . . . . .	"	610	579
24	* darunter trächtig . . . . .	"	407	391
<b>Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft</b>				
25	* Rinder . . . . .	1 000 St.	80	98
26	* Kälber . . . . .	"	14	16
27	* Schweine . . . . .	"	992	983
28	* darunter Hausschlachtungen . . . . .	"	6	5
29	* Schlachtmengen <sup>7)</sup> . . . . .	1 000 t	115	120
30	* darunter Rinder . . . . .	"	25	30
31	* Kälber . . . . .	"	2	2
32	* Schweine . . . . .	"	88	88
<b>Geflügel</b>				
<b>eingelegte Bruteier<sup>8)</sup></b>				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch . . . . .	1 000	878	933
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch . . . . .	"	3 446	3 753
35	* Geflügelfleisch <sup>9)</sup> . . . . .	1 000 kg	4 576	4 544
<b>Milcherzeugung</b>				
36	* Kuhmilcherzeugung . . . . .	1 000 t	233	227
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert . . . . .	%	95,9	95,8
38	* Milchleistung je Kuh und Tag . . . . .	kg	14,2	14,6
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe<sup>10)</sup></b>				
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>				
39	* Auftragseingangindex (nominal) . . . . .	1985 = 100	124	125
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	114	116
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber) . . . . .	1 000	2 024	2 038
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	1 403	1 408
43	* geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	189 558	187 377
44	* Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	5 074	5 345
45	* Gehälter (brutto) . . . . .	"	3 543	3 811
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	41 180	43 201
47	* darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	11 640	11 218

1) Bei den Werten des Jahres 1991 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



1991			1992			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
17 400	17 415	17 433	...	...	...	1
15 292	10 085	10 437	8 806	...	...	2
10,4	7,0	7,1	...	...	...	3
16 448	16 170	17 646	15 247	...	...	4
11,1	11,3	11,9	...	...	...	5
4,3	3,1	3,4	3,9	...	...	6
15 461	14 981	15 790	15 843	...	...	7
10,5	10,5	10,7	...	...	...	8
145	151	98	114	...	...	9
8,8	9,3	5,6	7,5	...	...	10
+987	+1 189	+1 856	-596	...	...	11
+0,7	+0,8	+1,3	...	...	...	12
28 923	32 493	39 222	...	...	...	13
17 109	18 210	23 138	...	...	...	14
+11 814	+14 283	+16 084	...	...	...	15
35 494	36 747	41 018	...	...	...	16
547	543	571	569	560	557	17
292	289	304	313	308	306	18
.	1 967	.	.	.	1 870	19
.	509	.	.	.	479	20
.	.	.	5 901	.	.	21
.	.	.	2 189	.	.	22
.	.	.	583	.	.	23
.	.	.	388	.	.	24
94	89	93	85	77	76	25
18	15	15	16	15	16	26
1 007	974	1 003	881	909	924	27
3	3	2	3	3	2	28
121	119	121	109	109	110	29
28	27	29	26	24	24	30
2	2	2	2	2	2	31
90	89	90	80	83	83	32
1 136	700	564	1 173	825	565	33
4 268	3 635	4 112	3 619	3 455	3 191	34
4 582	4 355	4 527	4 182	3 992	4 021	35
268	257	246	230	255	242	36
96,9	97,1	97,0	96,0	96,8	96,8	37
16,5	16,2	15,6	15,5	16,6	16,3	38
118,2	126,1	124,9	122	119	124	39
121	126	108	118	120	120	40
2 036	2 036	2 046	1 997	1 989	1 987	41
1 409	1 408	1 418	1 368	1 361	1 360	42
183 854	186 562	193 372r	186 596	177 812	179 363	43
5 439	5 355	5 389r	5 234	5 232	5 538	44
3 840	4 065	3 686r	3 924	3 889	4 163	45
41 729	44 981	44 047r	43 243	42 035	44 119	46
10 663	11 930	11 021r	11 219	11 102	11 821	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Viehbestand am 3. Dezember 1990 bzw. 3. Dezember 1991 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>				
1	* Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t SKE <sup>2)</sup>	1 952	1 907
2	* Gasverbrauch <sup>3)</sup> . . . . .	Mill. m <sup>3</sup>	1 035	1 006
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas . . . . .	"	300	273
4	* Erd- und Erdölgas . . . . .	"	734	732
5	* Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	406	385
6	* leichtes Heizöl . . . . .	"	161	147
7	* schweres Heizöl . . . . .	"	245	238
8	* Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	6 665	6 647
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung) . . . . .	"	2 907	2 837
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	83	80
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	132	126
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	106	100
13	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	11 802	11 121
14	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	414	412
15	Gehälter (brutto) . . . . .	"	179	192
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	1 655	1 729
17	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	97	89
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal) . . . . .	1985 = 100	103	100
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	106	107
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	503	494
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	328	320
22	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	44 551	42 853
23	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	1 311	1 338
24	Gehälter (brutto) . . . . .	"	1 100	1 154
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	13 893	13 815
26	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	4 290	4 084
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal) . . . . .	1985 = 100	142	145
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	124	127
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	921	936
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	633	641
31	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	86 486	85 749
32	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	2 275	2 422
33	Gehälter (brutto) . . . . .	"	1 634	1 776
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	15 969	17 178
35	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	5 641	5 434
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal) . . . . .	1985 = 100	135	142
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	118	124
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	355	362
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	263	268
40	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	35 696	35 898
41	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	850	920
42	Gehälter (brutto) . . . . .	"	463	503
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	6 197	6 652
44	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	1 386	1 362
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1985 = 100	125	132
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	113	120
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	74	79
48	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	11 023	11 755
49	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	224	254
50	Gehälter (brutto) . . . . .	"	167	185
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	3 486	3 827
52	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	226	249
Handwerk <sup>5)</sup>				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>6)</sup> . . . . .	30. 9. 76 = 100	95,9	98,0
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) . . . . .	Vj.-D. 1976 = 100	171,0	190,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m<sup>3</sup> – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals



1991			1992			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
.	5 752	.	.	.	5 253	1
.	2 923	.	.	.	2 662	2
.	823	.	.	.	594	3
.	2 100	.	.	.	2 066	4
.	1 105	.	.	.	1 042	5
.	376	.	.	.	347	6
.	728	.	.	.	695	7
6 557	6 925	6 829	6 455	6 391	6 377	8
2 957	2 741	2 781	2 532	2 624	2 520	9
83	77	76	81	81	78	10
127	126	125	120	120	119	11
100	100	99	94	94	93	12
10 617	10 581	11 361	10 797	10 225	10 164	13
435	343	393	385	417	391	14
202	187	185	190	217	187	15
1 733	1 648	1 536	1 502	1 549	1 421	16
95	99	84	63	72	52	17
97,5	101,7	99,8	98	96	100	18
109	113	102	109	112	110	19
495	494	495	480	478	478	20
321	320	322	309	307	307	21
42 369	42 656	44 348	42 102	40 780	40 797	22
1 348	1 363	1 297	1 380	1 317	1 362	23
1 242	1 158	1 075	1 291	1 189	1 155	24
13 633	14 449	13 943r	13 941	13 418	14 058	25
4 044	4 241	4 013	4 079	3 956	4 172	26
135,3	146,6	147,8	142	140	147	27
134	143	117	126	131	133	28
935	935	940	921	918	916	29
642	641	646	625	622	621	30
84 260	85 913	88 969r	86 177	82 011	82 943	31
2 473	2 456	2 520r	2 316	2 345	2 546	32
1 715	1 982	1 771r	1 759	1 777	2 063	33
16 423	18 450	17 761r	17 073	16 928	17 933	34
5 044	5 939	5 251r	5 432	5 545	5 961	35
129,9	140,1	134,5	137	128	129	36
126	134	112	128	125	125	37
362	362	364	358	356	355	38
268	268	270	263	261	260	39
35 237	36 027	36 359r	35 871	33 878	34 267	40
921	943	926	907	889	975	41
489	556	482	504	506	568	42
6 103	6 739	6 807r	6 592	6 126	6 427	43
1 241	1 411	1 428r	1 316	1 203	1 291	44
145	133	124	136	137	140	45
118	119	122	118	118	119	46
77	79	82	77	77	78	47
11 371	11 385	12 335	11 649	10 918	11 192	48
261	249	253	245	263	264	49
192	182	174	180	200	190	50
3 837	3 694	4 000	4 136	4 014	4 279	51
238	240	247	329	327	345	52
.	96,8	.	.	.	98,3	53
.	192,0	.	.	.	201,4	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 199



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

			1990	1991
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt	
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>				
1	* Stromerzeugung (brutto) . . . . .	Mill. kWh	11 107	11 860
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten) . . . . .	"	10 379	10 594
3	* Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde . . . . .	"	1 822	1 762
<b>Bauhauptgewerbe</b>				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>1)</sup> . . . . .	Anzahl	238 692	241 850
5	* geleistete Arbeitsstunden . . . . .	1 000	26 119	25 167
6	* darunter für Wohnungsbauten . . . . .	"	8 758	8 216
7	* gewerbliche und industrielle Bauten <sup>2)</sup> . . . . .	"	9 954	9 879
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten . . . . .	"	7 407	7 072
9	* Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	673,4	719,3
10	* Gehälter (brutto) . . . . .	"	182,0	197,2
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	2 698,1	2 879,6
<b>Bautätigkeit und Wohnungswesen</b>				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) . . . . .	Anzahl	2 826	2 577
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen . . . . .	"	2 453	2 169
14	* Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	3 081	3 052
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke . . . . .	1 000 DM	1 037 127	1 058 450
16	* Wohnfläche . . . . .	1 000 m <sup>2</sup>	529	529
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) . . . . .	Anzahl	444	443
18	* Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	3 284	3 142
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke . . . . .	1 000 DM	619 485	593 573
20	* Nutzfläche . . . . .	1 000 m <sup>2</sup>	521	489
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	6 267	6 701
<b>Handel und Gastgewerbe</b>				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel <sup>3)</sup> . . . . .	1986 = 100	123,0	133,8
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	"	117,4	122,3
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren . . . . .	"	114,4	123,3
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte) . . . . .	"	139,3	151,1
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten . . . . .	"	121,5	124,2
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen . . . . .	"	135,7	158,7
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln . . . . .	"	126,7	138,8
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen) . . . . .	"	140,9	149,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen . . . . .	"	144,6	171,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art <sup>4)</sup> . . . . .	"	114,5	123,9
32	Index der Umsätze im Großhandel <sup>5)</sup> . . . . .	1986 = 100	117,3	122,7
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren . . . . .	"	107,3	106,2
34	Fertigwaren . . . . .	"	127,2	139,1
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe <sup>3)</sup> . . . . .	1986 = 100	118,4	120,9
36	davon Beherbergungsgewerbe . . . . .	"	149,0	154,0
37	Gaststättengewerbe . . . . .	"	107,9	109,6
38	Kantinen . . . . .	"	144,1	146,6
Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens . . . . .	1 000 DM	219 880	186 919
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens . . . . .	"	408 762	944 214
41	* Ausfuhr insgesamt . . . . .	Mill. DM	13 209,3	12 848,0
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft . . . . .	"	402,1	459,2
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft . . . . .	"	12 807,1	12 388,7
44	* davon Rohstoffe . . . . .	"	195,0	182,3
45	* Halbwaren . . . . .	"	901,8	848,8
46	* Fertigwaren . . . . .	"	11 710,3	11 357,7
47	* davon Vorerzeugnisse . . . . .	"	3 406,0	3 213,0
48	* Enderzeugnisse . . . . .	"	8 304,4	8 144,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg . . . . .	Mill. DM	1 579,2	1 530,1
50	Dänemark . . . . .	"	234,6	217,8
51	Frankreich . . . . .	"	1 433,5	1 384,2
52	Griechenland . . . . .	"	110,9	103,7
53	Großbritannien . . . . .	"	1 174,2	1 086,2
54	Italien . . . . .	"	1 067,1	1 040,6
55	Niederlande . . . . .	"	1 480,9	1 505,4
56	Portugal . . . . .	"	125,2	136,5
57	Republik Irland . . . . .	"	63,4	59,7
58	Spanien . . . . .	"	483,1	501,0

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse



1991			1992			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
11 775	11 535	9 961	11 608	12 149	10 567	1
9 869	9 690	9 682	9 331	9 718	...	2
1 898	1 692	1 734	1 506	1 618	1 574	3
241 367	241 746	244 333	237 964	237 880	237 851	4
25 808	27 031	29 019	26 724	25 439	26 294	5
8 742	9 045	9 516	9 018	8 550	8 902	6
9 844	10 246	11 333	9 975	9 554	9 874	7
7 222	7 739	8 170	7 731	7 335	7 518	8
734,4	676,1	765,1	697,2	728,3	746,0	9
188,8	209,1	189,5	194,5	200,0	222,2	10
2 760,7	3 101,5	3 440,3	2 965,3	3 111,9	3 242,2	11
2 506	2 437	3 064	1 106	4 036	3 112	12
2 094	2 092	2 574	884	3 456	2 654	13
2 975	2 745	3 577	1 433	4 724	3 782	14
1 018 821	944 145	1 231 415	532 531	1 708 737	1 383 153	15
518	484	617	256	816	639	16
446	426	517	172	510	424	17
3 277	2 715	3 055	1 505	3 199	2 844	18
643 361	519 647	538 687	339 565	761 538	657 420	19
530	428	478	222	526	473	20
6 561	5 798	7 679	3 218	9 920	8 049	21
131,7	130,2	139,2	133,9	128,4	125,3	22
121,3	116,4	122,5	117,4	111,1	111,6	23
111,2	107,0	121,0	122,8	124,6	103,8	24
142,6	145,2	148,9	150,0	141,9	141,2	25
110,0	109,9	113,2	97,8	87,8	95,1	26
125,7	132,6	151,1	139,9	127,6	135,7	27
136,3	132,9	145,2	147,1	141,6	147,7	28
148,9	156,7	152,2	158,4	156,0	151,4	29
190,4	197,4	214,3	190,5	185,4	184,2	30
118,8	116,3	122,5	122,2	114,8	110,2	31
124,3	125,1	126,0	125,6	122,6	123,0	32
107,7	111,5	105,2	109,6	103,0	104,0	33
140,8	138,5	146,6	141,5	142,0	141,8	34
123,0	129,9	115,9	117,4	129,8	120,6	35
156,6	159,5	135,0	146,4	173,5	149,6	36
112,2	120,4	108,2	108,3	116,2	110,8	37
139,4	143,3	149,6	128,6	144,2	140,5	38
185 990	167 529	206 293	157 442	161 513	184 383	39
783 258	1 141 774	917 868	1 165 808	1 235 112	1 428 677	40
12 644,0	12 995,0	13 878,5	13 755,6	12 184,5	12 198,8	41
533,0	425,3	517,3	490,8	426,8	493,0	42
12 111,0	12 569,7	13 361,2	13 264,8	11 757,7	11 705,8	43
215,8	192,1	175,6	193,8	163,5	142,9	44
835,0	816,8	887,0	939,1	793,8	772,7	45
11 060,2	11 560,8	12 298,6	12 131,8	10 800,4	10 790,1	46
3 238,9	3 262,5	3 374,1	3 388,8	2 888,9	3 025,8	47
7 821,3	8 298,3	8 924,5	8 73,0	7 911,5	7 764,3	48
1 494,3	1 628,9	1 461,0	1 720,6	1 532,4	1 483,3	49
220,7	229,2	200,4	225,8	218,7	194,6	50
1 309,1	1 467,8	1 547,8	1 440,6	1 363,6	1 297,3	51
108,8	100,1	114,8	116,9	115,8	118,5	52
1 101,5	1 113,1	1 223,2	1 120,0	1 052,4	1 044,8	53
1 034,0	1 073,1	1 168,8	1 178,6	1 030,9	1 059,8	54
1 490,1	1 507,5	1 565,2	1 595,5	1 377,1	1 367,5	55
169,8	160,1	164,9	129,0	102,7	116,1	56
56,1	55,4	60,7	53,9	55,2	48,5	57
508,8	503,5	552,4	565,6	501,2	500,2	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

		1990		1991	
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt		
Noch: Handel und Gastgewerbe					
1	* EG-Länder zusammen . . . . .	Mill. DM	7 752,1	7 565,1	
2	EFTA-Länder zusammen . . . . .	"	1 846,7	1 725,9	
3	übrige Länder . . . . .	"	3 610,5	3 556,9	
Fremdenverkehr <sup>1)</sup>					
4	* Gästeankünfte . . . . .	1 000	940	974	
5	* darunter von Auslandsgästen . . . . .	"	180	169	
6	* Gästeübernachtungen . . . . .	"	2 885	2 962	
7	* darunter von Auslandsgästen . . . . .	"	457	415	
Verkehr					
Binnenschifffahrt					
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen . . . . .	1 000 t	10 917	...	
9	* davon Güterempfang . . . . .	"	6 019	...	
10	* Güterversand . . . . .	"	4 598	...	
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich . . . . .	1 000 t	11 980	...	
12	davon Bergverkehr . . . . .	"	7 723	...	
13	Talverkehr . . . . .	"	4 241	...	
Kraftfahrzeuge					
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	70 167	79 888	
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen . . . . .	"	63 363	71 800	
16	Lastkraftwagen . . . . .	"	3 206	3 849	
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern . . . . .	"	2 262	2 865	
Straßenverkehrsunfälle					
18	Unfälle insgesamt . . . . .	Anzahl	45 290	43 749	
19	* davon mit Personenschaden . . . . .	"	6 945	6 509	
20	mit nur Sachschaden . . . . .	"	38 345	37 240	
21	* getötete Personen . . . . .	"	127	118	
22	* verletzte Personen . . . . .	"	8 901	8 312	
23	darunter schwerverletzte Personen . . . . .	"	2 200	2 070	
Deutsche Bundesbahn <sup>3)</sup>					
24	Güterempfang . . . . .	1 000 t	6 820	(6 602)	
25	Güterversand . . . . .	"	8 128	(7 791)	
Deutsche Bundespost <sup>4)</sup>					
26	Briefsendungen . . . . .	Mill.	261	266	
27	Paketsendungen . . . . .	1 000	4 099	5 286	
Geld und Kredit					
Kredite und Einlagen <sup>5)</sup>					
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) . . . . .	Mill. DM	517 420	566 522	
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken . . . . .	"	503 971	553 267	
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.) . . . . .	"	104 846	112 606	
31	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	103 824	111 217	
32	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	1 022	1 389	
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre) . . . . .	"	39 424	48 881	
34	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	33 315	40 832	
35	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	6 109	8 049	
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber) . . . . .	"	364 777	393 010	
37	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	301 999	324 089	
38	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	62 778	68 921	
39	durchlaufende Kredite . . . . .	"	8 373	12 025	
40	an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	6 698	9 934	
41	an öffentliche Haushalte . . . . .	"	1 675	2 091	

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Belastungen auf Sparkonten).



1991			1992			Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
7 493,3	7 838,8	8 059,2	8 146,9	7 350,0	7 230,6	1
1 733,8	1 852,5	1 747,3	1 804,7	1 623,5	1 512,7	2
3 417,0	3 303,7	4 072,0r	3 804,0	3 211,1	3 455,6	3
1 104	1 111	948	920	1 157	1 057	4
184	193	200	154	171	170	5
3 283	3 385	3 269	2 895	3 401	3 213	6
430	469	526	356	394	393	7
11 078	11 052	10 443	...	...	...	8
6 345	6 157	6 247	...	...	...	9
4 683	4 895	4 196	...	...	...	10
13 062	13 027	11 914	...	...	...	11
8 765	8 319	8 293	...	...	...	12
4 297	4 708	3 621	...	...	...	13
96 508	98 486	121 531	88 924	85 554	79 029	14
86 453	89 001	112 504	76 423	74 153	68 371	15
3 752	4 059	4 095	3 586	3 986	3 623	16
4 728	3 658	3 484	6 868	5 961	5 095	17
43 513	46 683	44 726	43 178	46 377	43 179	18
6 674	7 431	7 856	6 245	8 529	7 716	19
36 839	39 252	36 870	36 933	37 848	35 463	20
114	123	114	97	111	120	21
8 694	9 472	10 047	7 985	10 653	9 745	22
2 192	2 247	2 469	1 857	2 626	2 258	23
6 500	6 550	6 634	6 488	6 179	6 192	24
7 791	7 628	7 571	7 281	6 966	7 184	25
244	264	265	272	232	276	26
4 123	3 880	4 744	7 276	5 403	5 416	27
532 718	542 188	544 645	.	.	591 495	28
519 915	529 175	531 770	.	.	578 074	29
106 221	111 032	109 655	.	.	120 071	30
105 079	109 674	108 652	.	.	118 064	31
1 142	1 358	1 003	.	.	2 007	32
42 761	45 206	46 275	.	.	49 209	33
35 259	37 572	38 363	.	.	42 335	34
7 502	7 634	7 912	.	.	6 874	35
373 746	375 972	378 830	.	.	409 744	36
308 075	310 178	312 231	.	.	337 157	37
65 671	65 794	66 599	.	.	72 587	38
9 990	9 978	9 885	.	.	12 471	39
8 039	8 002	7 883	.	.	10 150	40
1 951	1 976	2 002	.	.	2 321	41

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NRW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. Ab 1992 vierteljährlich die für den betreffenden Monat gültigen Bestandszahlen, außer bei Gutschriften und



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>1)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	466 441	490 548
2	Sichteinlagen und Termingelder <sup>1)</sup>	"	298 682	322 801
3	von Unternehmen und Privatpersonen	"	252 691	272 782
4	von öffentlichen Haushalten	"	45 991	50 019
5	Spareinlagen	"	167 759	167 747
6	bei Sparkassen	"	97 990	96 820
7	Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften) <sup>2)</sup>	"	10 690	10 686
8	Belastungen auf Sparkonten <sup>2)</sup>	"	10 908	10 687
Zahlungsschwierigkeiten				
9	Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	304	301
10	Vergleichsverfahren	"	1	1
11	Wechselproteste (ohne die bei der Post) <sup>2)</sup>	"	1 484	1 352
12	Wechselsumme <sup>2)</sup>	Mill. DM	16	17
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	551 027	498 765
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	524 723	472 274
15	von Lastenzuschuß	"	26 304	26 491
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	154	152
17	Mietzuschuß je Fall	"	154	151
18	Lastenzuschuß je Fall	"	158	160
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 332	10 490
20	darunter Pflichtmitglieder	"	6 012	6 107
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 083	3 113
Steuern				
Steueraufkommen				
22	Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	11 159,0	12 662,4
23	Steuern vom Einkommen	"	6 072,4	6 671,4
24	Lohnsteuer <sup>3)</sup>	"	4 008,5	4 591,5
25	veranlagte Einkommensteuer	"	1 028,7	1 074,5
26	nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	253,4	266,3
27	Körperschaftsteuer <sup>3)</sup>	"	781,8	739,0
28	Steuern vom Umsatz	"	5 086,7	5 991,0
29	Umsatzsteuer	"	1 959,5	2 384,3
30	Einfuhrumsatzsteuer	"	3 127,2	3 606,7
31	Bundessteuern	"	2 034,4	2 515,1
32	darunter Zölle	"	342,2	404,7
33	Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	1 535,0	1 698,4
34	darunter Mineralölsteuer	"	839,1	868,9
35	Landessteuern	"	582,2	600,4
36	darunter Vermögensteuer	"	145,7	152,3
37	Kraftfahrzeugsteuer	"	183,1	209,8
38	Biersteuer	"	33,5	38,8
39	Gemeindesteuern <sup>4)</sup>	"	3 585,8	3 767,9
40	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 905,6	3 060,5
41	Grundsteuer A	"	13,9	14,5
42	Grundsteuer B	"	587,1	615,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>				
43	Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	24 185,8	27 979,9
44	darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2
45	Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	9 919,0	11 682,4
46	Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0
47	Steuereinnahmen des Landes	"	13 269,6	14 094,1
48	darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 975,2	8 732,2
49	Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 359,4	3 345,5
50	Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,5	200,0
51	Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 475,4	5 917,6
52	darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 266,7	2 549,7
53	Anteil an der Gewerbesteuer	"	2 528,5	2 660,4

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) ab 1992 vierteljährlich zusammengefaßte Werte



1991			1992				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
462 683	462 868	461 069	.	.	492 617	.	1
300 001	300 581	300 104	.	.	326 044	.	2
252 400	252 421	253 801	.	.	277 658	.	3
47 601	48 160	46 303	.	.	48 386	.	4
162 682	162 287	160 965	.	.	166 573	.	5
94 482	94 215	93 304	.	.	95 393	.	6
8 939	8 760	10 653	.	.	28 190	.	7
9 457	9 260	11 975	.	.	28 118	.	8
342	269	359	299	344	321	331	9
-	2	1	-	-	2	2	10
1 479	1 873	1 244	.	.	2 375	.	11
20	16	17	.	.	32	.	12
554 043	522 909	510 183	376 386	377 317	385 960	...	13
516 168	495 429	481 831	350 505	351 228	359 285	...	14
27 875	27 480	28 352	25 881	26 089	26 675	...	15
156	155	152	131	131	134	...	16
156	154	152	129	129	130	...	17
161	161	161	152	152	152	...	18
10 452	10 458	10 469	10 572	10 564	10 566	10 561	19
6 064	6 070	6 081	6 114	6 104	6 105	6 104	20
3 110	3 113	3 116	3 141	3 143	3 146	3 149	21
10 633,2	16 225,7	12 341,1	10 458,3	11 422,4	16 570,6	...	22
4 169,4	10 003,1	6 410,4	4 482,4	4 980,3	10 020,6	...	23
3 937,5	4 704,6	5 347,2	4 456,6	4 404,1	4 662,8	...	24
-71,2	2 823,6	7,9	-324,5	182,2	2 809,6	...	25
164,2	301,3	859,3	108,6	425,3	117,9	...	26
138,8	2 173,6	195,9	241,6	-31,2	2 430,3	...	27
6 463,9	6 222,6	5 930,7	5 976,0	6 442,1	6 550,0	...	28
2 643,1	2 445,8	2 167,5	2 237,5	2 909,0	2 796,5	...	29
3 820,8	3 776,8	3 763,3	2 738,4	3 533,1	3 753,5	...	30
2 067,7	2 188,4	2 100,3	2 603,8	2 766,3	3 042,6	...	31
404,6	401,4	388,2	380,0	350,8	326,5	...	32
1 532,8	1 681,2	1 581,1	1 715,6	1 856,4	1 848,3	...	33
780,8	799,3	792,8	917,5	1 016,6	994,6	...	34
802,0	460,1	501,5	645,5	852,9	474,9	...	35
379,8	38,3	51,4	33,1	380,4	9,0	...	36
178,3	189,1	199,0	288,2	230,3	240,6	...	37
52,1	31,4	47,5	38,5	38,9	38,4	...	38
.	3 492,9	.	.	.	4 149,7	...	39
.	2 791,6	.	.	.	3 354,4	...	40
.	14,7	.	.	.	14,4	...	41
.	607,1	.	.	.	699,9	...	42
.	26 275,2	.	.	.	29 485,5	...	43
.	7 983,7	.	.	.	8 527,4	...	44
.	11 787,3	.	.	.	12 329,2	...	45
.	190,8	.	.	.	216,3	...	46
.	13 090,8	.	.	.	14 237,7	...	47
.	7 983,7	.	.	.	8 527,4	...	48
.	3 201,6	.	.	.	3 479,1	...	49
.	190,8	.	.	.	216,3	...	50
.	5 388,5	.	.	.	6 145,6	...	51
.	2 277,1	.	.	.	2 428,6	...	52
.	2 410,0	.	.	.	2 921,8	...	53

- 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung - 4) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991	
			Monatsdurchschnitt		
Preise					
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte					
1	* Gesamtlebenshaltung . . . . .	1985 = 100	106,1	109,6	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren . . . . .	"	104,5	107,4	
3	Wohnungsmieten <sup>1)</sup> , Energie . . . . .	"	102,8	107,0	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung . . . . .	"	105,9	109,0	
5	Bekleidung, Schuhe . . . . .	"	108,2	110,9	
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen					
6	Gesamtlebenshaltung . . . . .	1985 = 100	106,0	109,5	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren . . . . .	"	104,5	107,2	
8	Wohnungsmieten <sup>1)</sup> , Energie . . . . .	"	104,0	108,2	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung . . . . .	"	105,7	108,6	
10	Bekleidung, Schuhe . . . . .	"	108,1	111,0	
Preisindex <sup>2)</sup> für Wohngebäude					
11	* Bauleistungen am Bauwerk . . . . .	1985 = 100	114,1	121,5	
12	davon Rohbauarbeiten . . . . .	"	113,4	120,7	
13	Ausbauarbeiten . . . . .	"	115,1	122,5	
14	Preisindex <sup>2)</sup> für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	114,0	121,1	
15	für Bürogebäude . . . . .		"	114,9	122,0
16	für gewerbliche Betriebsgebäude . . . . .		"	115,1	121,7
17	Preisindex für den Straßenbau <sup>2)</sup> . . . . .	"	110,8	117,4	
Löhne und Gehälter					
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau <sup>3)</sup>					
Bruttowochenverdienste					
18	* männliche Arbeiter . . . . .	DM	861	899	
19	* darunter Facharbeiter . . . . .	"	910	952	
20	* weibliche Arbeiter . . . . .	"	589	620	
21	* darunter Hilfsarbeiter . . . . .	"	578	610	
Bruttostundenverdienste					
22	* männliche Arbeiter . . . . .	DM	21,24	22,45	
23	* darunter Facharbeiter . . . . .	"	22,43	23,74	
24	* weibliche Arbeiter . . . . .	"	15,29	16,22	
25	* darunter Hilfsarbeiter . . . . .	"	15,05	15,98	
bezahlte Wochenarbeitszeit					
26	männliche Arbeiter . . . . .	h	40,5	40,1	
27	weibliche Arbeiter . . . . .	"	38,5	38,3	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup>					
in Industrie und Hoch- und Tiefbau					
kaufmännische Angestellte					
28	* männlich . . . . .	DM	5 329	5 619	
29	* weiblich . . . . .	"	3 652	3 881	
technische Angestellte					
30	* männlich . . . . .	DM	5 532	5 831	
31	* weiblich . . . . .	"	3 730	3 978	
in Handel, Kredit und Versicherungen					
kaufmännische Angestellte					
32	* männlich . . . . .	DM	4 409	4 642	
33	* weiblich . . . . .	"	3 007	3 186	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen					
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung <sup>4)</sup> . . . . .		+0,7	+0,7	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1990 bzw. 1991: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)





**Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet\*)**

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1990	1991
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung <sup>1)</sup>				
1	Bevölkerung <sup>2)</sup> . . . . .	1 000	79 753	...
2	Eheschließungen <sup>3)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner	6,5	5,7
3	Lebendgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	"	11,3	10,4
4	Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	"	11,5	11,3
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige . . . . .	1 000	28 444p	28 886p
6	Arbeitslose <sup>2)</sup> . . . . .	"	1 883	1 689
Landwirtschaft <sup>1)</sup>				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge . . . . .	1 000 t	.	493
8	Milcherzeugung . . . . .	"	2 393	2 201
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte . . . . .	1 000	7 411	7 515
10	Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill.	666	663
11	Umsatz . . . . .	Mill. DM	151 958	162 485
12	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	44 395	43 625
13	Index der Nettoproduktion . . . . .	1985 = 100	118,3	122,1
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte . . . . .	1 000	1 034	1 061
16	geleistete Arbeitsstunden . . . . .	Mill.	112	111
	darunter für Wohnungsbau . . . . .	"	42	41
Handel				
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt . . . . .	1986 = 100	125,5	136,2
18	Innerdeutscher Warenverkehr			
19	Bezüge . . . . .	Mill. DM	690	749
	Lieferungen . . . . .	"	1 777	3 894
20	Außenhandel <sup>1)</sup>			
21	Einfuhr . . . . .	Mill. DM	47 790	53 660
	Ausfuhr . . . . .	"	56 738	55 484
Geld und Kredit <sup>4)</sup>				
22	Bargeldumlauf <sup>2)</sup> . . . . .	Mrd. DM	158,6	171,8
23	Spareinlagen <sup>2)</sup> . . . . .	"	755,6	753,8
24	Kredite an			
25	Unternehmen und Privatpersonen <sup>2)</sup> . . . . .	Mrd. DM	2 271,0	2 517,8
	öffentliche Haushalte <sup>2)</sup> . . . . .	"	604,1	629,4
Steuern <sup>5)</sup>				
26	Einnahmen aus Steuern insgesamt . . . . .	Mill. DM	39 540	48 096
27	Steuern vom Einkommen . . . . .	"	21 253	24 900
28	Lohnsteuer . . . . .	"	14 799	17 848
29	veranlagte Einkommensteuer . . . . .	"	3 043	3 461
30	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag . . . . .	"	903	948
31	Körperschaftsteuer . . . . .	"	2 508	2 643
32	Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zölle) . . . . .	"	5 490	7 802
33	darunter Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) . . . . .	"	4 964	6 352
34	Landessteuern . . . . .	"	2 114	2 426
35	Zölle (100 %) . . . . .	"	597	692
Preise				
36	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes . . . . .	1985 = 100	93,1	93,6
37	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) . . . . .	1985 = 100	116,4	124,3
38	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte . . . . .	1985 = 100	101,0	103,4
39	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte . . . . .	1985 = 100	94,7	94,1
40	Preisindex für die Lebenshaltung			
	aller privaten Haushalte . . . . .	1985 = 100	107,0	110,7
41	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen . . . . .	"	106,7	110,5

\*) Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. — 1) Angaben für den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 — den Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990 — — Quelle: Statistisches Bundesamt



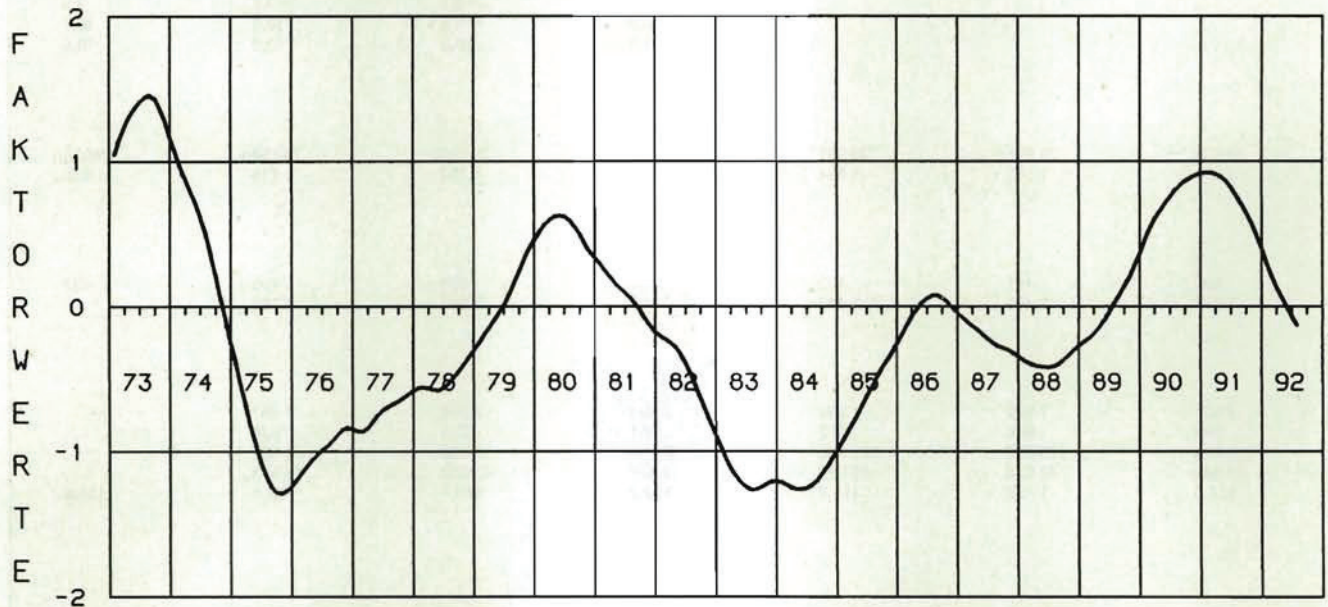
1991			1992				Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
...	...	...	...	...	...	...	1
...	...	...	5,3	8,1	7,8	7,5	2
...	...	...	9,9	9,5	10,6	10,7	3
...	...	...	11,3	10,2	10,9	10,5	4
29 003	29 075p	28 971p	29 143p	29 110p	29 134p	29 025p	5
1 604	1 593	1 694	1 747	1 704	1 715	1 828p	6
506	467	492	444	438	456	433	7
2 603	2 469	2 347r	2 267	2 450	2 292	...	8
7 501	7 505	7 550	7 384	7 356	7 357	...	9
648	666	662	661	628	636	...	10
155 264	168 659	161 986	165 788	157 558	167 582	...	11
41 048	44 875	42 028	44 874	42 258	45 313	...	12
118,9	126,8	118,9	122,3	119,1	122,0	115,8	13
1 050	1 054	1 063	1 056	1 062	1 068	...	14
117	123	129	121	117	123	...	15
44	46	47	45	44	46	...	16
135,7	132,8	141,0r	140,7	133,0	129,5	136,6p	17
724	649	840	976	822	...	...	18
3 874	4 114	4 138	5 125	5 265	...	...	19
55 228	53 117	58 497	58 090	51 030	49 525	...	20
54 551	53 588	58 748	60 414	52 157	51 536	...	21
161,0	161,4	162,8	171,9	172,3	172,6	177,5	22
733,4	731,1	717,2	743,9	743,1	743,0	740,8	23
2 334,5	2 367,1	2 384,1	2 591,2	2 607,4	2 644,6	2 653,6	24
615,1	613,7	615,9r	651,9	649,9	652,0	661,0	25
40 527	55 653	45 051	42 978	46 320	...	...	26
15 891	37 193	22 083	17 357	18 380	38 133	...	27
15 344	18 366	19 346	17 508	17 973	19 006	...	28
-339	9 452	-216	-960	-238	9 889	...	29
617	1 574	2 961	663	973	1 220	...	30
270	7 802	-9	145	-328	8 018	...	31
6 850	5 757	6 526	8 359	9 350	...	...	32
6 416	5 379	...	6 357	7 344	...	...	33
3 237	1 996	2 034	2 528	3 778	...	...	34
716	674	...	671	641	...	...	35
92,1	91,8	94,2	92,8	93,0	93,0	92,6	36
124,3	.	.	.	131,0	.	.	37
103,0	103,1	104,0	104,9	105,1	105,2	105,1	38
95,9	95,4	94,0r	97,3	96,7	95,9p	93,6p	39
109,9	110,5	111,5	114,5	115,0	115,2	115,2	40
109,8	110,2	111,4	114,4	114,9	115,2	115,1	41

2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) Bevölkerung geschätzt – 4) Ab Juni 1990 Angaben für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark – 5) Ab Januar 1991 Angaben für

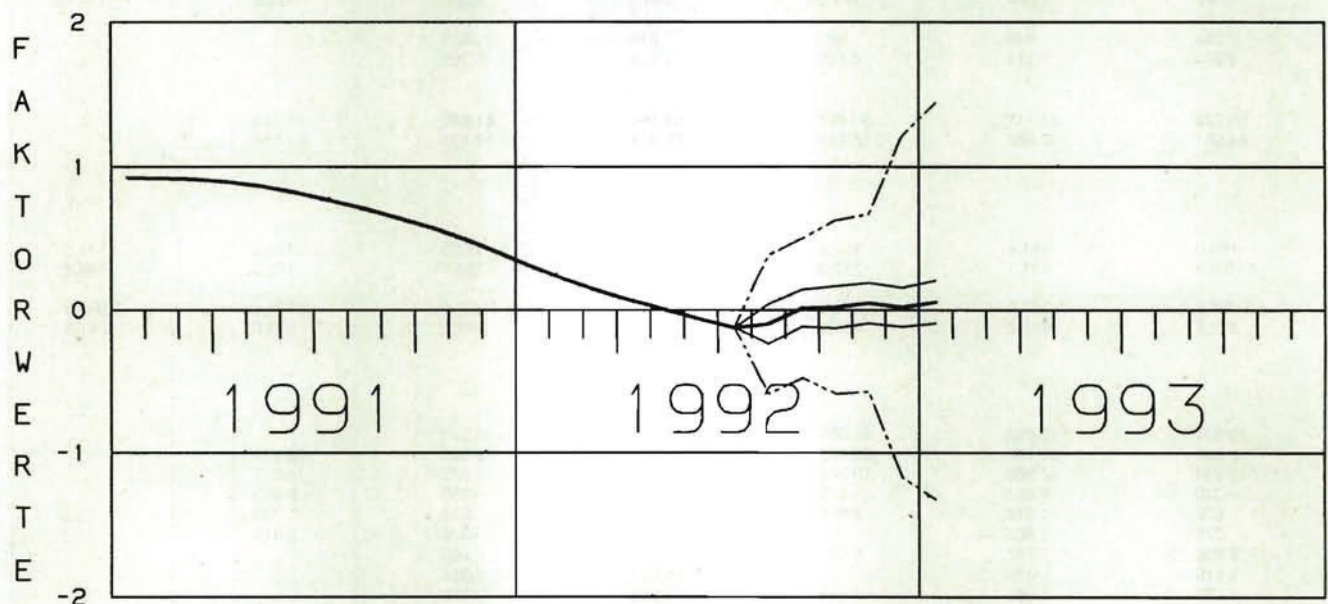


# MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS JULI 1992 REALISIERTE WERTE <sup>1)</sup>



AB AUGUST 1992 BIS JANUAR 1993 PROGNOTIZIERTE WERTE <sup>2)</sup>



—— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

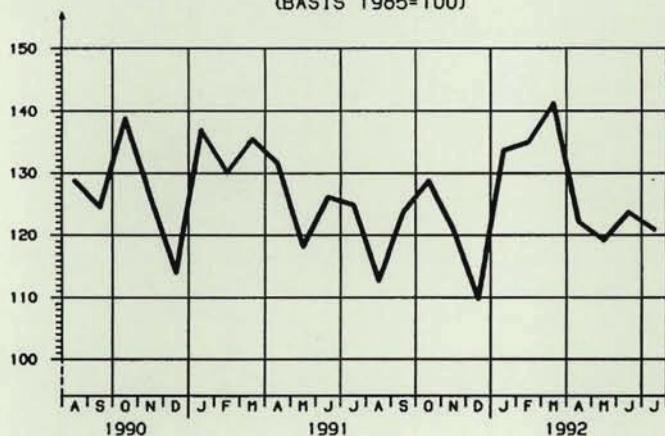
1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

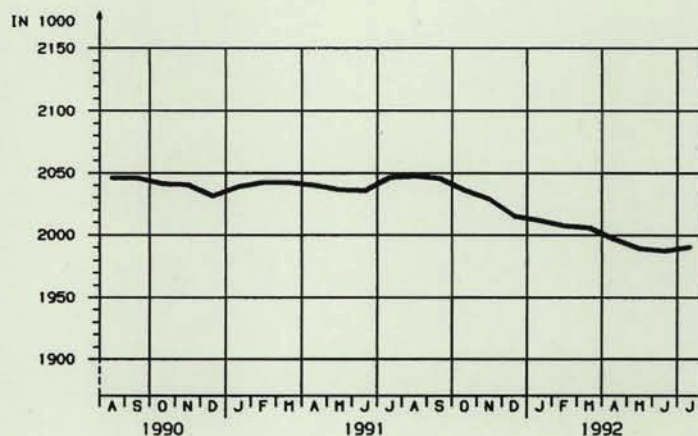


# BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE AUGUST 1990 BIS JULI 1992

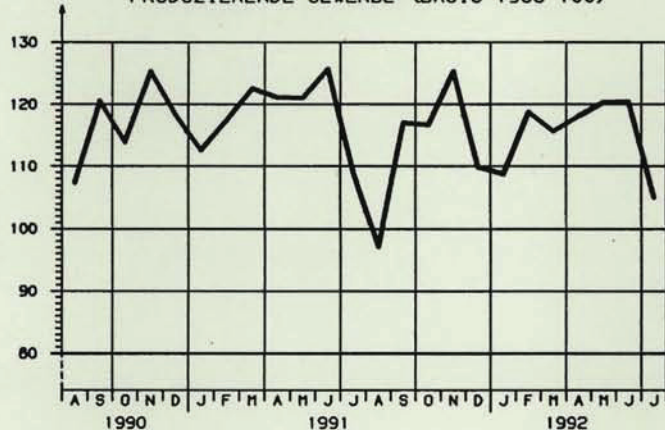
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)  
(BASIS 1985=100)



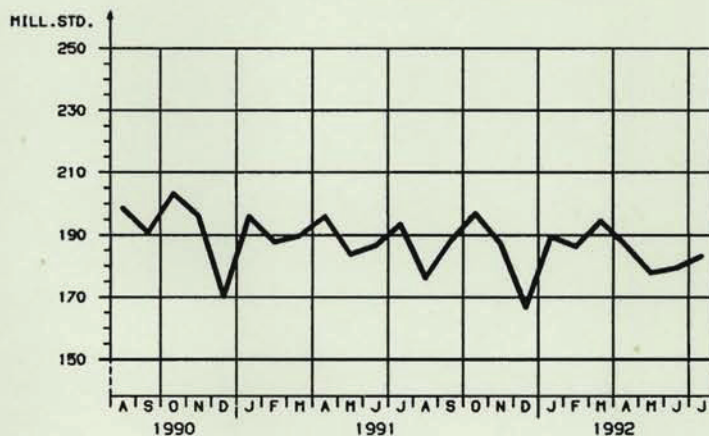
BESCHÄFTIGTE



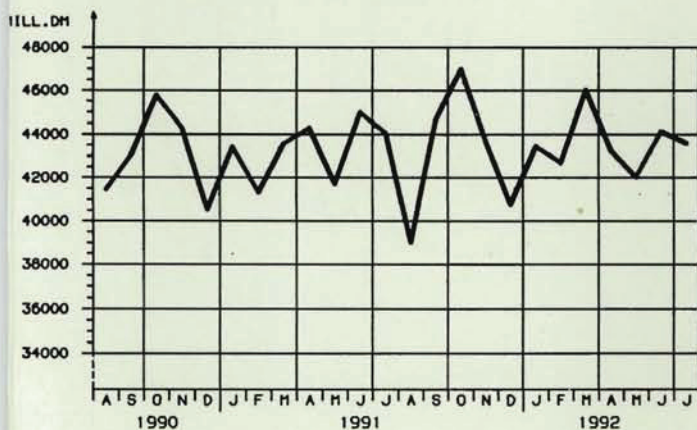
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS  
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1985=100)



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH  
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)

